

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
24. Februar 1928
Groß-Berlin 10 Pl.
Auswärts 15 Pl.

Die einwöchige Sonderausgabe des „Vorwärts“ vom 23. Februar 1928 enthält die Beschlüsse der 25. Versammlung der Arbeiterpartei Deutschlands in Berlin vom 12. bis 16. Februar 1928. Jedes weitere Wort 12 Bll. Die Beschlüsse des 12. Parteitag der Arbeiterpartei Deutschlands vom 15. bis 17. Februar 1928 in Berlin. Jedes weitere Wort 10 Bll. Die Beschlüsse der 15. Versammlung der Arbeiterpartei Deutschlands vom 15. bis 17. Februar 1928 in Berlin. Jedes weitere Wort 10 Bll. Die Beschlüsse der 15. Versammlung der Arbeiterpartei Deutschlands vom 15. bis 17. Februar 1928 in Berlin. Jedes weitere Wort 10 Bll.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Bernharder: Finkenstraße 229-237 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wollfr. 65 Diskont-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Völkerbund gegen Horthy-Ungarn.

Einhaltbefehl gegen die Waffenversteigerung.

Genf, 23. Februar.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat von dem gegenwärtigen Präsidenten des Rates, dem chinesischen Gesandten in Lissabon, Tschenglo, eine Depesche erhalten, in der der Präsident bittet, der ungarischen Regierung sofort mitzuteilen, daß der Rat mit einem Schritt der Tschekoslowakei, Rumänien und Südspaniens befaßt sei; da er durch die Presse erfahren habe, die ungarische Regierung sei zu dem Verkauf derjenigen Gegenstände geschritten, die den Anlaß des Schrittes der drei Regierungen bilden, halte er es für angezeigt, die Ausführung des Beschlusses der ungarischen Regierung aufzuschieben, bis der Rat sich mit der Angelegenheit befaßt habe.

Der Generalsekretär hat dieses Telegramm sofort im Wortlaut dem ungarischen Ministerpräsidenten Befehl übermittelt.

Das Pariser „Journal des Débats“ fordert, daß infolge des Vorgehens der ungarischen Regierung als normale Sanktion die Ständige Interalliierte Militärkontrollkommission in Ungarn wiedergeschaffen werde, die dank der übertriebenen Gefälligkeit der Alliierten aufgelöst worden sei. Ungarn zeige selbst, daß es einer derartigen Vergünstigung unwürdig gewesen sei. Eine unangebrachte Langmut würde hier einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen. Es bestände die Möglichkeit, daß einige Staaten gerade einen solchen Prä-

zedenzfall schaffen wollten, um ihn später in eigener Sache auszunützen.

Befehlen stellt sich dumm.

Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Ministerpräsident Graf Bethlen hat heute abend an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, auf dessen Telegramm in der Angelegenheit von Sz. Goltshard nachstehende Antwortdepesche geschickt:

„Der Inhalt Ihres Telegramms hat die ungarische Regierung überrascht. Auf Grund von Pressenachrichten, die aus amtlicher Quelle herrühren, ist es nämlich bereits seit mehreren Wochen bekannt, daß die kompetenten Behörden im Sinne der bestehenden Vorschriften das in Rede stehende Material unbrauchbar machen und im Wege der Versteigerung verwerten werden, falls der rechtmäßige Eigentümer sich nicht melden sollte. Da die Versteigerung für morgen früh angelegt worden ist und sie im Besitze der kompetenten Gerichtsbehörden in Sz. Goltshard den Bestimmungen des Staatseisenbahnreglements gemäß durchgeführt werden muß, wäre es unter den gegebenen Umständen unmöglich, die Durchführung dieses Verfahrens zu verschieben. Ich gestatte mir weiter zu bemerken, daß die Vorschriften betreffend die Ausübung des Inveftigationrechtes keine Bestimmung für solche Fälle enthalten. Nichtsdestoweniger wird die ungarische Regierung aus Courtoisie gegenüber der Person des derzeitigen Ratspräsidenten nicht versäumen, die Käufer zu erlauben, die Gegenstände, die sie kaufen werden, an Ort und Stelle zu besichtigen.“

Randstaaten-Not.

Zum zehnten Jahrestage der Republik Estland.

Von M. Marina-Reval, Sekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Im normalen Verlauf der Geschichte haben zehn Jahre nur geringe Bedeutung. Anders in Zeiten revolutionärer Umwälzungen, in denen wir jetzt leben, und in welche die ersten zehn Jahre der Republik Estland gehören. Hier umfassen sie die geschichtlichen Umgestaltungen, die für das kleine, 1 1/2 Millionen zählende estnische Volk den Beginn einer neuen Epoche bedeuten und die in der Hauptsache darin bestehen, daß ein bisher hart unterdrücktes, niedergehaltenes, fast geschichtsloses Volk die Freiheit erhält, sein Geschick selber gestalten zu können! Bisher nur Objekt der Geschichte, wird es von nun an auch Subjekt derselben: im Leben eines Volkes wohl ein Moment von weittragender Bedeutung!

Politisch völlig rechtlos, wirtschaftlich einer mächtigen Adelskaste unterstellt, kulturell zur völligen Unmöglichkeit der Selbsthilfe verdammt und einer rücksichtslosesten Entnationalisierung — der gewalttätigsten Russifizierung ausgeliefert — das war das Los des estnischen Volkes vor der Märzrevolution.

Diese Hemmnisse einer naturgemäßen Entwicklung hat die Märzrevolution hinweggeräumt, gestützt auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist am 24. Februar 1918 auch die Republik Estland gegründet worden auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, für die die besten Verfassungen der anerkanntesten Demokratien als Beispiel gedient haben. — Aber Verfassungen sind Postulate, aufgeschriebene Ziele! Sie zu verwirklichen, das ist schwieriger, erfordert unangesehene Entwidlungenergie, Kämpfe... Dazu sind die zehn Jahre entschieden nicht lang genug gewesen.

In einem Agrarlande wie Estland, wo 59 Proz. der Bevölkerung vom Ackerbau leben, spielt die Agrarverfassung eine große Rolle. Die Bauernschaft befand sich in drückender Abhängigkeit von dem grundbesitzenden Adel, der absoluter Herr des Bodens war und den Landhunger dazu ausnützte, um den Preis des Bodens durchaus noch nicht beendend, obgleich der exproprierte Boden derart hochzuhalten, daß die bäuerliche Landwirtschaft sich aus der Tributpflicht nicht herausarbeiten vermochte. Als die Macht des Zarismus 1917 endgültig gebrochen wurde, verlor der Adel seine eigentliche Stütze und stürzte gleich der Zarenmacht zusammen. Nun wurden nicht nur die Altbauern aller Vösten ledig, wozu sie dem Großgrundbesitz verpflichtet waren, sondern der Großgrundbesitz wurde verstaatlicht, um aufgeteilt zu werden. Dieser Boden ist nunmehr etwa 30 000 sogenannten „Anfiedlern“ zugeteilt worden, und zwar in der Größe von kleinen und mittleren Familienbetrieben.

Die Ansiedlung der Neubauern ist zum großen Teil mit Hilfe des Staates erfolgt. Sie erfordert große Summen und bedeutet daher den Steuerzahlern empfindliche Opfer. Die Versorgung der „Landhungerigen“ mit Land ist damit durchaus noch nicht beendet, obgleich der exproprierte Boden fast aufgeteilt ist. Es heißt also neuen Boden urbar zu machen. Es kommt hauptsächlich Moorboden in Betracht, der wohl reichlich vorhanden ist, dessen Urbarmachung jedoch sehr kostspielig ist. Daher ist die Erstellung neuer Heimstätten erst eine Frage der Zukunft.

Aber zur Lösung der Agrarfrage gehört auch die Versorgung der etwa 80 000 zählender Masse der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr Land oder — Arbeitsgelegenheit! Diese Betriebe sind nämlich so klein, daß sie die Inhabersfamilien weder mit genügend Arbeitsmöglichkeit, noch mit genügend Lebensmitteln versehen könnten. Es ist also unmöglich, die Arbeitskraft in den kleinen Eigenwirtschaften nutzbringend zu verwenden, sie anderwärts für Lohn zu verwerten — ist ebenso schwierig, namentlich im Winter.

Die Industrie ist zurückgegangen. Die Großindustrie hat den russischen Markt verloren und sich auf dem Weltmarkt nicht durchgesetzt. Daher ist die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter von etwa 45 000 auf etwa 30 000 gefallen! — Das Baugewerbe — ehemals das wichtigste Gewerbe mit zahlreichen Nebengewerben — liegt lahm, obgleich die drückendste Wohnungsnot es antreiben sollte... Die bürgerlichen Regierungen haben sich viel Mühe gegeben, die Industrie zu stützen. Man ist auf diesem Weg weiter gegangen, als es gut war: leichtfertig gewährte Kredite hatten in den ersten Jahren ein Grundungszwiebel zur Folge, das jetzt mit empfindlichen Verlusten abgebaut werden muß. Eine Zukunftshoffnung des Landes ist die Deschlieferindustrie. Das ausländische Kapital scheint dafür bereits größeres Interesse zu haben, was soviel bedeutet, daß man aus der Periode der Experimente heraus ist und mit der praktischen Ausbeutung beginnen kann. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit wird die Belegung der Deschlieferindustrie sehr zu begrüßen sein. Hoffentlich wird durch wachsende Arbeitsgelegenheit auch die Arbeiterbewegung belebt, die infolge der Arbeitslosigkeit sehr schwach ist!

Die unbemittelten Volksmassen sind unzufrieden. Die Revolution hat Estland zwar die politische Selbständigkeit ge-

Wo liegt die wahre „Sicherheit“?

So viel Länder, so viel Meinungen.

Genf, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Ergebnis der heutigen Diskussion: „England steht im Völkerbundspakt eine genügende Friedenssicherung. Es ist bereit, Schiedsgerichts- und Schlichtungsverträge abzuschließen, wo es seine Interessen gebieten. Über England hält einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag für keine Stärkung der Friedenssicherung und würde einen solchen nicht unterschreiben. Es kann sich auch nicht in allen Streitfragen dem Spruch des Internationalen Schiedsgerichts unterwerfen.“ Das ist in dürren Worten der Inhalt der am Donnerstag gehaltenen Rede des britischen Vertreters, Lord Cushendern, im Sicherheitskomitee des Völkerbundes.

„Wir leben im Völkerbund eine gewisse Sicherheit, aber keine ausreichende. Wir wollen die gegenwärtige Weltlage durch ein weltumfassendes Schieds- und Sicherheitsabkommen, das durch Sanktionen garantiert wird, verankern.“ Das steht wörtlich und zwischen den Zeilen der Abänderungsanträge zu der Einleitung und dem Schiedsgerichtsteil des Trager Gutachtens, die Polen, Rumänien und Jugoslawien eingebracht haben.

Frankreich hat sich am Donnerstag mit Wünschen nach Erweiterung und besseren Garantien des Schiedsgerichtswesens begnügt. Seine Meinung über den Pakt wird es erst bei dem Einzelthema „Sicherheit“ sagen. Italien, der Staat, der freie Hand für seine Expansionspläne braucht, schloß sich England an, dem Land, das für seine Kriegseroberungen nicht die gleichen Beschränkungen hat wie die Sieger Kontinentaleuropas. Japan, Chile, Holland, Schweden und Kanada stellten sich in der Grundidee neben England, sind aber weniger nationalgeopolitisch und fordern Schieds- und Schlichtungsverfahren für alle Streitfälle. Politis machte den technischen Vermittlungsvorschlag, einen allgemeinen Schiedsvertrag als Rahmenvertrag zu verfassen, dem auf die Besonderheiten der staatlichen Interessen rücksichtnehmende Einzelverträge einzuschließen sind. — Beschlüsse werden erst nach Beratung im Redaktionskomitee, also frühestens am Freitagabend, gefaßt.

Der Zollkampf in Frankreich.

Die Sozialisten gegen Lebensverteuerung.

Paris, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Im Kampf um die Zollnovelle ist jetzt eine Einigung erzielt worden. Nachdem schon in der Donnerstagsmorgensitzung der Kammer die Handelsverträge mit Deutschland und der Schweiz genehmigt worden sind, hat nun der Handelsausschuß beschlossen, den Widerstand gegen die sofortige Beratung der Zollnovelle fallen zu lassen; er will aber bei der Diskussion mehrere Abänderungsanträge stellen, die nach Möglichkeit die aus der Zollnovelle erzwungene Verteuerung der Lebenshaltung einschränken soll.

Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, gegen jede Erhöhung der Lebensmittelpreise aufzutreten, vor allem für Milch, Zucker, Trockengemüse, Fleisch und Getreide.

Oppositionsieg in Japan.

Die Regierung hofft noch.

London, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Das endgültige Ergebnis der japanischen Neuwahl liegt jetzt vor. Die Oppositionspartei Minseitō hat insgesamt 218 Sitze erobert gegen 217 der Regierungsparteien. Außerdem sind 8 Arbeiterkandidaten gewählt. Obwohl die Regierung einen Sitz weniger als die Minseitō-Opposition erhalten hat, hofft sie durch die Unterstützung eines Teiles der kleineren Parteien, die insgesamt 31 Sitze haben, am 23. März in dem neugewählten Parlament doch noch eine Mehrheit zu finden.

Das amtliche Ergebnis.

Tokio, 23. Februar.

Gewählt sind: 215 Konservative (Seiyūtaï), 212 Liberale (Minseitō), 16 Unabhängige, 3 Proletarier, 4 Kaufmannsparteiler und 3 Reformparteiler. Die noch ausstehenden Ergebnisse der Tschau-Inseln (8 Mandate) werden das Gesamtergebnis nicht wesentlich beeinflussen.

Judenstaat in Ostibirien?

Raum für Hunderttausende.

An die Sowjetregierung ist das Ersuchen gelangt, in der sibirischen Provinz Amur etwa fünf Millionen Morgen Land zur Judenansiedlung freizugeben. Das in Aussicht genommene Gebiet liegt in der Gegend des Burdejagebirges, 940 Kilometer von Wladiwostok entfernt, und ist bisher außerordentlich dünn bevölkert, da nur 27 000 Menschen, meist Russen und Koreaner, dort wohnen. Nach dem Urteil der Kammer des Landes ist in jenen Gebieten aber Raum für etwa eine Million Einwohner, die dort ihren auskömmlichen Unterhalt zu finden vermögen. Das Klima ist gesund, Malaria oder ansteckende Krankheiten sind bisher nicht wahrgenommen worden, und die Zahl der Grundbesitzer ist so gering, daß hier überwiegend größte Teil des Landes herrschaftslos Gut ist. Erst seit der Revolution ist eine Bahn dorthin gebaut worden. Nach einer Schätzung, die in der Abteilung für Judenansiedlung der Komzet, vorgenommen wurde, erfordert die Ueberführung einer Familie nach Ostibirien etwa 4000 M. so daß ohne große Schwierigkeiten 35 000 Familien dort ansässig gemacht werden könnten.

Hergt als Außenpolitiker.

Scharfe Urteile der Presse: wie Wilhelm II — es ist ein Jammer!

bracht, aber sie hat die materielle Not nicht beseitigt. — Die materielle Not des Volkes wird nach der siegreichen Revolution noch drückender empfunden als zuvor. So hört man im Volke die falsche Auffassung vertreten, daß die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse nichts Positives gebracht habe. Der Grund, aus dem diese unrichtige Auffassung erwächst, bildet zugleich den Nährboden für die staatsfeindliche Agitation. Die herrschenden Parteien veräümen, dieser Unzufriedenheit den Boden durch wirksame Maßnahmen sozialpolitischer Art abzugraben — durch zielbewusste soziale Gesetzgebung, soziale Versicherung, durch wirksame Lohn- und Arbeitspolitik, vor allen Dingen auch durch planvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Je weniger auf gesunde Sozialpolitik Wert gelegt wird, um so günstigeren Boden findet die kommunistische Agitation, die man bis jetzt leider nur mit Gewaltmitteln zu bekämpfen trachtet.

Es bleibt noch außerordentlich viel zu tun, bis wir in erträgliche Zustände gelangen, bis wir unser staatliches Leben von den Schlägen der Vergangenheit gesäubert haben werden. Und dabei ist es unverkennbar, daß die Reaktion mit jedem Tage dreister wird!

Arbeiter und Bauern.

Schieles neueste Parole im Zeichen des Kampfes gegen die Arbeitslosenversicherung.

Es weht ein frischer Wind durchs Land. Frühjahrsmaien, Kampfstimmung der Arbeiterschaft, dumpfes Grollen bei den Bauern, die dem Viehchen des Kattensängers nicht mehr folgen wollen, sondern dem Landbund selbst die Fäden bringen. Ein besonders erhebender Anblick, jetzt die deutschnationalen Minister vor der Öffentlichkeit zu hören. Sie waren mit dem Reichspräsidenten Hindenburg zu der sogenannten Nottagung des deutschen Landwirtschaftsrates im Schöneberger Rathaus aufmarschiert. Herr Schiele, der sich selbst Landwirtschaftsminister nennt, wartete mit seinem angeblich neuen landwirtschaftlichen und politischen Programm auf, das man von früheren Gelegenheiten her eigentlich längst kennt. Unter den Zuhörern in vorderster Reihe seine Ministerkollegen: der noch melancholischer gewordene Herr v. Reudell und der gleichfalls recht betrübt dreinblickende Herr Dr. Hergt. Schwere Sorgen, die sie drücken.

Der Reichspräsident und sechs Reichsminister beim deutschen Landwirtschaftsrat — das zeigt die Orientierung der Reichspolitik von heute. Eine Nottagung der Arbeiterschaft würde ein solches Parteit von Bürgerblockministern nicht erleben.

Herr Schiele benutzte die Kundgebung zu einem deutschnationalen Wahlauftritt.

Er rief den versammelten Großagrariern zu: „Möchte der gesamte landwirtschaftliche Berufsstand draußen, wenn er zur großen politischen Entscheidung gerufen wird, seine ganze Kraft einsetzen, was die stärkste und wirksamste Selbsthilfe ist.“

Wählt deutschnational! Im selben Atemzuge erklärte er, Arbeiter und Bauer müßten zusammengehen.

Wie die Großagrariere sich die Solidarität mit den Arbeitern denken, sprach der Präsident der Landwirtschaftskammer Sachsen, Rittergutsbesitzer Vogelsang, aus:

„Die Sozialpolitik der letzten Jahre überschreitet das Maß einer gesunden sozialen Fürsorge, das von der Wirtschaft getragen werden kann. Unter allen Umständen ist das Arbeitslosenversicherungsgesetz in seiner jetzigen Form unhaltbar, da es in mancher Hinsicht der Arbeitsschau Vorschub leistet, ja sogar eine ausgesprochene Arbeitsflucht hervorruft.“

In diesem Zeichen proklamiert Herr Schiele die Solidarität von Arbeitern und Bauern!

Schiele als Arbeiter- und Bauernführer ist eine herrliche Errungenschaft der deutschnationalen Wahlsphäre. Sicherlich werden Arbeiter und Bauern ihre ganze Kraft bei den Wahlen einsetzen, aber in anderer Richtung als Herr Schiele und seine sorgenvollen Kollegen sich denken!

Krise auch in Bayern!

Heid droht mit Demission.

München, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Die Regierung Heid scheint ein schnelles und unruhmsüchtes Ende zu nehmen. Die Ursache des Verfalls ist die von dieser Bürgerblockregierung ausgearbeitete Vorlage über die neue Beamtenbesoldung, die sich im wesentlichen an die vom Reichstag beschlossene Besoldungsregelung für die Reichsbeamten hält. Selbst in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei, besonders in ihrem bäuerlichen Teil, ist man über diese Vorlage sehr mißvergnügt. Ebenso verlangen die deutschnationalen Berücksichtigung ihrer Vorschläge, ohne die sie ihre Zustimmung verweigern wollen. Ganz ablehnend verhält sich der Bauernbund, der unter allen Umständen nur jenen Beamten eine Erhöhung genehmigen will, deren Besoldung jährlich 7000 M nicht überschreitet. Erst wenn die finanzielle und wirtschaftliche Lage Bayerns besser geworden ist, will der Bauernbund die Gehälter auch der Beamten über 7000 M. erhöhen lassen. Ministerpräsident Heid aber verlangt unbedingt Solidarität der Koalitionsparteien. Wenn sie nicht zu erreichen ist, wofür wenig Aussicht besteht, soll unter Hinweisung des Bauernbundes aus der Koalition des Kabinetts Heid demissionieren und die Regierungsgeschäfte bis nach der Neuwahl des Landtags, also bis Mai, einem Geschäftsministerium übertragen werden. Das würde bedeuten, daß die Besoldungsvorlage jetzt nicht verabschiedet wird. Die Entscheidung über die Krise der bayerischen Regierung erwartet man im Laufe der nächsten Woche.

Prozeß Becher.

Hauptverhandlung am 15. März.

Leipzig, 23. Februar.

Die mehrfach verschobene Hauptverhandlung im Hochverratsprozeß gegen den Dichter Johannes R. Becher ist nunmehr für Donnerstag, den 15. März, angesetzt worden. Den Vorsitz wird Senatspräsident Lorenz führen, während Reichsanwalt Sailer die Anklage vertreten wird. Verteidiger Bechers ist Rechtsanwalt Dr. Apfel. Die Anklage erfolgt auf Grund der literarischen Tätigkeit Bechers und lautet auf Vorbereitung zum Hochverrat, Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung, Beschimpfung der republikanischen Staatsform und von Mitgliedern der Regierung sowie auf Gotteslästerung.

„Wenn unser Vizekanzler Hergt Außenpolitik treibt, gibt es immer ein Unglück. Er ähnelt hierin vollständig Wilhelm II., dessen Geist ihn offenbar beseelt.“ Das ist das Urteil, das der Reichsdienst der deutschen Presse über die Unterhaltung zwischen Vizekanzler Hergt und König Amanullah fällt. Es hat keinen Zweck, diese Entgleisung des Vizekanzlers, die das politische Auseinanderstreben der Männer der sterbenden Regierung hell beleuchtet, zu beschönigen. Was Wilhelm II. nach dem Krüger-Telegramm recht war, ist Herrn Hergt billig.

Die Bedeutung seines außenpolitischen Seitensprungs wird im Reichsdienst deutscher Presse scharf herausgearbeitet:

„Reichsaußenminister Dr. Stresemann bemüht sich seit Jahren um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem britischen Auswärtigen Amt. Dast zu der gleichen Stunde, in der Dr. Hergt seinen neuesten außenpolitischen Vorstoß machte, taufte unser Außenminister an der Riviera mit dem früheren englischen Botschafter in Berlin Lord Aberdeen, der immer noch eine überaus einflußreiche Persönlichkeit im englischen Auswärtigen Amt ist. Beide Staatsmänner ahnten schwerlich, daß gleichzeitig der deutsche Vizekanzler einen außenpolitischen Huzarenritt machte, der geeignet ist, ihre außenpolitische Linie zu verschieben und ihre außenpolitischen Zielsetzungen zu erschweren. So sehr wir die Schädigung der deutschen Außenpolitik durch den Vizekanzler Dr. Hergt beklagen, nicht minder scharf verurteilen wir die Außerachtlassung aller Rücksichtnahme auf unseren hohen Gast, den König Amanullah. Derartige Gespräche, wie sie Dr. Hergt in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Reichskanzlers mit König Amanullah hatte, pflegen allgemein als vertraulich betrachtet und behandelt zu werden. Es ist nicht anzunehmen und widerspricht jeglicher vernünftiger Ueberlegung, daß der König von Afghanistan seine Einwilligung zu dieser außenpolitischen Kundgebung gab. Gefährlich das aber nicht, dann steht nicht nur eine Gesandtschaftsangelegenheit, sondern auch eine Taktlosigkeit vor, die um so größer ist, als König Amanullah in wenigen Tagen der britischen Regierung seinen Staatsbesuch abzustatten gedenkt. Es ist ein Jammer!“

Nicht minder scharf urteilt das „Berliner Tageblatt“: „Wer hat Herrn Hergt ermächtigt, als Sprecher der Reichsregierung über das Verhältnis zwischen zwei fremden Staaten

sich irgendwie zu äußern? Außenpolitik auf eigene Faust haben deutschnationale Politiker zwar auch schon bisher mehr als genug getrieben; das aber in offizieller Eigenschaft zu tun, blieb Herrn Hergt überlassen. Und sein Mangel an politischem Instinkt trat auch noch hinterher besonders klar zutage, als er, offenbar stolz auf seine Leistung, der ihm nahestehenden Presse alle diese Details übermittelte. Der Außenminister Stresemann, der im Süden Erholung sucht, wird diese verkleinerte Neuaufgabe der Affäre des Krüger-Telegramms mit gemischten Gefühlen aufnehmen.“

Es ist nur gut, daß die Tage der Regierung, in der Herr Hergt Vizekanzler ist, gezählt sind — aber wieviele Dummheiten können nicht noch in wenigen Wochen gemacht werden!

Straffe Führung — durch Hergt.

Gerüchte um Marz.

Der „Jungdeutsche“ meldete gestern, daß Reichskanzler Marz sein Rücktrittsgesuch einreichen werde mit der Begründung, daß nur eine straffe Führung der parlamentarischen Erledigung des Notprogramms gewährleistet sei.

Dazu erklärt der Reichsdienst deutscher Presse:

„An amtlicher Stelle wird die Nachricht des „Jungdeutschen“ demontiert. Offenbar schießt auch die Darstellung des Blattes weit über das Ziel hinaus. Bekannt ist, daß der Kanzler noch immer an den Folgen der Grippe leidet und daß seine Kräfte durch die langjährige anstrengende Arbeit stark in Mitleidenschaft gezogen sind. Aus diesem Grunde wird der Kanzler bekanntlich auch, sobald es die Verhältnisse erlauben sich zu einer Kur in einen geeigneten Ort Deutschlands begeben. Unrichtig ist aber, daß der Gesundheitszustand des Reichskanzlers zu einem Rücktrittsgesuch Dr. Marz geführt hat oder in nächster Zeit führen wird.“

Infolge der Erkrankung des Reichskanzlers wird also der Vizekanzler Hergt den Versuch unternehmen, durch „straffe Führung“ den Bürgerblock als „einiges, unteilbares Ganze“ zusammenzuhalten bis zur Verabschiedung des Notprogramms.

Reichsrat gegen Reichsregierung.

Preußen will für richtige Verteilung der Kleinwohnungskredite sorgen.

Der Reichsrat hielt gestern unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers v. Reudell eine Sitzung ab, in der zunächst ohne Einspruch die vom Reichstag angenommene Novelle zum Betriebsrätegesetz und die Heraushebung der Lohn- und Gehaltspfindungsgrenze zur Kenntnis genommen wurde. Die vom Wohnungsausschuß und Haushaltsausschuß des Reichstags eingebrachte und vom Reichstag angenommene Vorlage auf Kreditgewährung zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde an den Ausschuß zurückverwiesen.

Gegen die Zurückverweisung nahm der Vertreter des Reichsarbeitsministers Stellung mit der Erklärung, die Reichsregierung halte es für selbstverständlich, daß mit allen Mitteln darauf hingewirkt werde, daß die Bau- und Bodenbank die Kredite, die durch die Reichsbürgschaft gesichert sind, nicht dazu benutzt, um die Wohnungspolitik der Länder irgendwie zu durchkreuzen. Die Länder haben selbst die Möglichkeit, auf die Gewährung der Kredite dadurch einzuwirken, daß sie auch Vorhaben, die nicht erwünscht sind, nicht mit Hauszinsfremdhypotheken beenden. Außerdem haben die Länder im Geschäftsführenden Ausschuß einen entscheidenden Einfluß.

Die Reichsregierung lehnt es aber ab, Maßnahmen zu treffen, die im Endergebnis dazu führen, daß der Wohnungsbau auf Monate hinaus verschoben wird, daß nicht rechtzeitig gebaut wird, und daß durch behördliche Schwierigkeiten die Durchführung der vom Reichstag gebilligten Aktion in der einen oder anderen Weise gehemmt wird.

Vom Vertreter Preußens wurde demgegenüber erklärt, die Zurückverweisung an den Ausschuß bedeute nur eine Verschiebung der Erledigung um acht Tage. Eine Verzögerung der Bautätigkeit trete dadurch in keiner Weise ein. Es solle nur für eine richtige Verteilung der verfügbaren Mittel gesorgt werden. Dieser sei die preußische Regierung nicht in der Lage, sich ein endgültiges Urteil darüber zu bilden, ob diese richtige Verteilung gewährleistet sei. Am 28. Februar findet in Bamberg eine Besprechung der Länder über das Wohnungsprogramm statt. Es sei zweckmäßig, diesen Termin abzuwarten.

Die Vorlage wurde dann an den Ausschuß zurückverwiesen. Ohne Einspruch wurde die vom Reichstag beschlossene Änderung der Tarifverordnung gebilligt.

Fall Lunatscharski.

Auf dem Umweg über die Frau.

Man liest in der „Roten Fahne“:

„Aber die Taktlosigkeit der Frau des Volkskommissars und Parteigenossen Lunatscharski, die der Sensationspresse Stoff liefert, ist eine Angelegenheit, die wir einmal anagen in müssen. Wir kümmern uns den Teufel darum, wer die Frau des Genossen Lunatscharski ist und was sie treibt. Aber Frau Spinelli, die wir nicht kennen und die uns nicht interessiert, besitzt die Geschmacklosigkeit, anstatt sich damit zu begnügen, daß ihre vielgenannten Bekleidungsstücke aus Goldblum sind, darüber in der Öffentlichkeit einen Lunatscharski-Mantel zu tragen. Die deutschen revolutionären Arbeiter verbiten es sich auf das ernstlichste, daß man ihren schweren Kampf gegen die Feinde und Verleumder der Sowjetunion, zu deren Vertretern Genosse Lunatscharski und sein guter revolutionärer Name gehört, durch private Launen der Frau Spinelli erschwert.“

Frau Rosenell, nicht Spinelli, dreht in Berlin einen Film, und hat verschiedenen Journalisten Interviews gegeben. Das Berliner russische Blatt will wissen, daß Krestinji der Frau Lunatscharski das Betreten der Sowjetbolschewisten verboten habe, und daß diese die „Rote Fahne“ wegen Beleidigung zur Rechenschaft zu ziehen beabsichtige.

Lunatscharski selbst hat in Moskau heftige Differenzen. Man will ihm an den Kragen, weil er als Vorsitzender der Tolstoj-Jubiläumskommission Tolstois Werke ungenügend der Defektsicht übergeben will. In Berlin fällt die „Rote Fahne“ über seine Frau her, für deren Fortkommen als Schauspielerin er sich große Mühe gegeben hat. Das sieht nach einem Fall Lunatscharski aus — auf dem Umwege über die Frau.

Der Nachtragsetat.

8 Millionen Phoebeus-Verlust.

Die Regierung hat dem Reichsrat jetzt den angekündigten Nachtragsetat zugeleitet. Es werden rund 600 Millionen Mark angefordert. Davon sind rund 525 Millionen Mark dauernde Ausgaben und 470 Millionen Mark einmalige Ausgaben.

In den Hauptposten steht der Nachtragsetat 172 Millionen Mark für Erhöhungen der Ruhegehälter, Kriegserlöse usm.

vor, 160 Millionen Mark für Vorkaufungen nach dem Kriegsschadenschußgesetz, 81 Millionen Mark für die Grenzgebiete, 50 Millionen Mark für verschiedene soziale und wirtschaftliche Hilfs- und Notstandsmaßnahmen, 44 Millionen Mark für die Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes und 56 Millionen Mark für Abgeltung der Forderungen vor

Für sonstige Ausgaben der einzelnen Ministerien werden rund 25 Millionen Mark verlangt. Unter diesen 25 Millionen Mark befinden sich 7 Millionen Mark für die Liquidierung des Phoebeus-Scandals. Die Gesamtverbindlichkeiten des Reiches aus dem Phoebeus-Geschäft werden auf 10 Millionen Mark geschätzt. Die Regierung ist allerdings der Auffassung, wie sie in den Erläuterungen des Nachtragsetats darlegt, daß der Phoebeus-Verlust nach Veräußerung der von der Emelka übernommenen Aktien auf ungefähr 8,2 Millionen Mark und im „günstigen“ Falle sogar auf 5,7 Millionen Mark herabgedrückt werden könne.

Sowjettern gegen Hasenkreuz.

Straßenschlacht in der Hasenheide.

Die Nationalsozialisten veranstalteten gestern abend in zwei Sälen in der Hasenheide Kundgebungen, in denen Dr. Göbbels sprach. Die Kundgebungen verliefen ruhig. In der Diskussion durfte sogar ein Kommunist reden. Nach den Kundgebungen sammelten sich die Kommunisten und verfolgten die Nationalsozialisten nach dem Untergrundbahnhof Hasenheide.

Einige Steinwürfe verletzten eine Anzahl Nationalsozialisten; die Kommunisten schlugen die Verletzten nieder und begannen eine regelrechte Straßenschlacht. Die von Straßenspassanten herbeigerufene Polizei eilte mit zwei Kraftwagen hinzu. Als die Kommunisten die Polizeiautos ankommen sahen, flüchteten sie in die Nebenstraßen, so daß keiner gefaßt werden konnte. Vom Rettungsdienst erschienen drei Rettungswagen, in denen vier Schwerverletzte zur Unfallstation gefahren wurden.

Wie steht es im Bergbau?

Die Friedensförderung überschritten — Die Schichtleistung gestiegen — Der Lohnanteil zurückgeblieben.

Bei der Beratung des Berg- und Hüttenrats im Hauptausschuß des Landtages stellte am Donnerstag der Handelsminister Dr. Steiger fest, daß die Förderungsziffern in allen Kohlenrevieren gestiegen sind, und daß besonders auch an der Ruhr die Friedensförderung überschritten ist. Auch die Schichtleistung pro Kopf der Belegschaft ist gestiegen. Das Handelsministerium unterstützte die Bestrebungen auf Durchführung der Ferngasversorgung, jedoch seien die Belange der Kommunen und der Verbraucher genügend zu beachten. Bei der von Reich und Staat unterstützten Hilfsaktion für das Waldenburger Steinkohlenrevier sei ein Betrag vorgesehene, der einer Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiterschaft dienen soll.

In den Verhandlungen zum Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages sind Zahlen über die von Polen geforderte Einfuhrmenge von Kohlen nach Deutschland noch nicht genannt. Das Handelsministerium werde jedoch darauf dringen, daß die Interessen der schlesischen Kohlenreviere gewahrt werden. Für Erweiterung des Bergarbeiterlohnes sollen auf dem Gebiete des Steirer- und Kohlenfeldes zwei Kommissionen gebildet werden, die zunächst die im Ausland vorhandenen Unfallversicherungsvorschriften studieren und entsprechende Vorschläge für den deutschen Bergbau machen sollen.

Für die sozialdemokratische Fraktion stellte Genosse Otter (Bodum) fest, daß im Gegensatz zu der durch den Minister anerkannten Produktionssteigerung der Lohnanteil der Bergarbeiterschaft zurückgeblieben ist. Das könne nicht mit mangelnden Erträgen im Bergbau begründet werden, denn die Bilanzen der Bergbaubetriebe zeigen recht beachtliche verbleibende Gewinne. Zudem habe man von einem Abbau der zahlreichen Direktoren und hohen leitenden Beamten auf den einzelnen Betrieben noch nichts bemerkt.

Genosse Franz (Oberschlesien) forderte beim Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse Oberschlesiens, das dadurch nicht benachteiligt werden dürfe. Die Unfallziffern, insbesondere auch die tödlichen, seien im ober-schlesischen Bergbau bedenklich gestiegen. Dadurch reifere die auch der sozialdemokratische Antrag, eine Vermehrung der Grubenkontrollen vorzunehmen.

Genosse Jakobs wandte sich dann noch gegen die geplante Stilllegung im Bergbau. Das vorgesehene Einsetzen der technischen Rothilfe bei bevorstehenden Lohnkämpfen der Bergarbeiterschaft sei absolut überflüssig. Genosse Jakobs wies dann noch nach, daß auf einzelnen Fachen durch Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften geradezu mit dem Leben der Bergarbeiter gespielt werde.

Angenommen wurden vom Hauptausschuß unter anderem die sozialdemokratischen Anträge, die Zahl der Grubenkontrollen um 15 zu erhöhen, die Reolerprämien abzuschaffen, nach Möglichkeit die Stilllegung der Vorkohle in Waldenburg zu verhindern, und angeht die aus dem abzuschließenden deutsch-polnischen Handelsvertrag erwachsende Erschwerung des Wettbewerbs für die schlesische Kohle auf Ausbau der Oderwasserstraßen und beim Reich auf fruchtliche Erleichterungen hinzuwirken.

„Mit eiserner Sparsamkeit.“

Preußens Staatshaushalt 1928.

Die preußische Regierung hat dem Landtag eine Denkschrift über den Haushaltsplan 1928 zugeleitet, in dem sie betont, daß im Haushaltsgesetz für 1928 bereits die Möglichkeit zu einer Kürzung der schlesischen Ausgabenfonds um 10 Proz. der Haushaltsansätze vorgesehen sei. Größere Kürzungen seien nicht möglich, da der ganze Etat mit eiserner Sparsamkeit aufgestellt sei. So konnten z. B. für die notwendige Förderung der Milchmilkerei im Jahre 1928 keine Mittel bereitgestellt werden. Dagegen seien verbilligte Kredite für den Absatz von Obst und Gartenerzeugnissen vorgesehen. Zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms werde die Erweiterung der Reichszwischenkredite durch Auslandsgelder geplant.

In der Denkschrift heißt es zum Schluß, daß die Vereinfachung der Verwaltung „im Wege der regiminenellen Entlastung der Zentral- und Provinzialbehörden“ weiter durchgeführt werde. Die Bemühungen der preußischen Regierung könnten aber nur dann Erfolg haben, wenn die übrigen Länder an dem Problem der Reichsreform mitarbeiten.

Reichsgericht!

Seine Justiz — Argument des belgischen Chauvinismus.

Brüssel, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Im Senat wurde die Debatte über den Etat des Ministeriums des Wehrwesens fortgesetzt. Neben der energisch pazifistischen Rede des Sozialisten und Friedenspreisträgers La Fontaine ist die deutscheneindliche Hejrede des belgischen Liberalen Mangette hervorgehoben. Den Sozialisten erwiderte er, in Belgien brauche man keine Friedenspropaganda, da es weder Imperialisten oder Befürworter des Krieges gäbe; diese Propaganda müßte man in Deutschland machen! Auf den Einwurf La Fontaines, daß es an Friedenspropaganda auch in Deutschland nicht mangelte und die Pazifisten sogar für ihre Ueberzeugungen ins Gefängnis gehen, antwortete Mangette, dies beweise eben, daß in Deutschland militaristischer und kriegerischer Geist herrsche. Unter Protest der Sozialisten erklärte Mangette fortsetzend, man könne einem Volke nicht trauen, daß seinem Temperament nach arglistig und betrügerisch sei. Am Mittwoch erst habe er aus Deutschland ein Dokument erhalten, das beweise, daß dort zum Kriege gerüstet werde durch Bau strategischer Eisenbahnen, Automobilmotoren des Truppen-transportes und Ausbau der Befestigungen, besonders in der Nähe der belgischen Grenze. Die belgische Politik müsse auf engere Freundschaft mit Frankreich aufgebaut sein. Auf Frankreich könne Belgien mehr rechnen als auf Deutschland, Holland oder England.

Die Hejrede Mangettes müßte tragischer genommen werden, wenn man nicht schon längst seinen maßlosen Chauvinismus kennt; er hat schon vor etwa einem Jahre im Senat einen nicht minder scharfen Angriff auf England gerichtet.

Die Polizeipräsidenten-Konferenz. Am 23. und 24. Februar findet in Berlin eine Konferenz der preußischen Polizeipräsidenten statt, um Fragen des Innenministeriums, verkehrspolizeiliche Fragen sowie Fragen rein polizeitechnischer Natur zu besprechen.

Das neue südschwedische Kabinett besteht aus 10 Radikalen, 5 Demokraten, einem lomenischen Volksparteiler, einem Mohammedaner und einem Parteilofer.

Die Nachlese.

Nach dem Einzug Amanullahs ließ sich der ehemalige Kronprinz Ovationen bereiten.



„Warum nicht? Ich habe doch auch im Weltkrieg die Lorbeeren anderer gesammelt!“

Wien fordert Abberufung Schobers

Debatte über Südtirol im österreichischen Nationalrat.

Wien, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat erklärte Parteivorsitzender Genosse Seiz namens aller sozialdemokratischen Mitglieder des Nationalrats, des Bundesrats und des Wiener Landtags, also für die überwältigende Mehrheit der Wiener Bevölkerung, daß der Wiener Polizeipräsident Schober nicht ihr Vertrauen genieße. Die Sozialdemokratie fordere die Aufhebung dieses Zustandes durch Abberufung Schobers. Bundeskanzler Seipel antwortete, daß die Angriffe auf den Polizeipräsidenten dessen Stellung nicht schwächen, sondern nur befestigen. Seiz stellte demgegenüber fest, daß der Bundeskanzler wie ein österreichischer Rechthaber oder ein trotziges Kind handle.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es noch zu einer Kundgebung gegen das faschistische Regime in Südtirol. Als erster Redner schilderte der christlichsozialistische Abgeordnete Dr. Kolb die Bedrückung der Deutschen in Südtirol und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die österreichische Außenpolitik der Regierung Seipel es an der nötigen Energie fehlen lasse. Er appellierte an das Weltgewissen und machte auf die ungeheuerlichen Fälle der Unterdrückung in Südtirol aufmerksam. Dann sprach unter Tiroler Genosse Abraham, der erklärte, die Sozialdemokraten hätten schon im alten Oesterreich sich für die italienische Minderheit in Tirol eingesetzt und ihnen sei es auch zu verdanken, daß die Italiener damals volle Freiheit hatten. „Wir deutschen Arbeiter“ — so führte er wörtlich aus — „sind deshalb auch heute besonders berufen, gegen die Vergewaltigung in Südtirol Protest einzulegen. Wir rufen dem ganzen italienischen Volk ins Gedächtnis zurück, wie viel Freiheit die Italiener in Oesterreich hatten. Wir wenden uns besonders an den besseren Teil der Italiener, an den liberalen Teil, der selbst unterdrückt ist, und sagen ihm:

Es ist unwürdig, daß ein Staat von 42 Millionen Menschen eine Gruppe von 220 000 Menschen so behandelt!

(Einstimmiger langanhaltender Beifall.) An der Behandlung der Deutschen in Südtirol sieht man aber, wohin Gewalttätigkeit führen muß. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß, wenn die deutschen und die französischen Wahlen mit dem Sieg der Linken enden, eine Stärkung der Demokratie in ganz Europa eintritt. Wenn die breiten Volksschichten auf die Regierungen überall in Europa Einfluß haben, dann wird es möglich sein, das brutale Gewaltregime in Italien zu brechen. Viele Millionen freilebender Menschen aller Nationen warten darauf, daß dieses brutale Regime zusammenbricht.“

Bundeskanzler Seipel gab zu, daß an keiner anderen Grenze ähnliche Probleme wie in Südtirol entstanden sind. Eine Intervention beim Völkerbund könnte aber nach seiner Meinung die Lage der Südtiroler Deutschen nicht bessern, weil diese Minderheit nicht unter dem Schutz des Völkerbundesvertrages steht.

Mussolini gegen den Nordtiroler Landtag.

Innsbruck, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Vor einiger Zeit haben die bürgerlichen Abgeordneten Tirols im Wiener Parlament eine Anfrage über die schmachvolle Behandlung der Südtiroler Deutschen eingebracht. Man wollte damit eine diplomatische Aktion in Form eines Appells der Regierung an den Völkerbund und eine Aufstellung der Minoritätenfrage im Völkerbund erzwingen. Dr. Seipel hat die Anfrage in einer Weise beantwortet, die auch in seiner eigenen Partei Empörung wachgerufen hat. Man verlangt vielmehr, die bürgerlichen Tiroler Abgeordneten, sieben an der Zahl, sollen einer solchen Regierung die Gefolgschaft verweigern. Aus dem Nationalratsbericht geht hervor, daß tatsächlich ein Tiroler Christlichsozialer gegen die Regierungspolitik in dieser Sache gesprochen hat. (Ann. d. Red.) Die von Seipel ausgehende Stiefherlichkeit der Aperttheit, die in dem amer-

zogenen Hong zur Konsultation vergibt, daß das höchste Recht auch zum höchsten Unrecht werden kann, hat größeren Schaden angerichtet als einen gewiß reparierbaren Krach im bürgerlichen Lager. Die italienische Presse bemüht die (vorgestrigte) Antwort Seipels als Beweis, daß alle die traurigen Wahrheiten, die über das Los der Südtiroler und die Uebergriffe des Faschistenregimes verbreitet werden, lediglich „pangermanistische Verleumdungen gegen Italien“ seien. Und die faschistische Diplomatie, die nach Seipel auch so hartnäckig ihrem Rechte und ihrer Pflicht nachgehe, nur dann und wann das gute Einvernehmen etwa durch den Bannfluch gegen die deutsche Sprache und Kultur zwischen Brenner und Salurn stört, skatziert sofort ein neues Exempel der Bevormundung: Im Tiroler Landtag hat die bürgerliche Mehrheit die Schaffung einer Gedenkmünze für Kriegsteilnehmer beschlossen, und natürlich wurde in der kurzen Debatte darüber auch Südtirol erwähnt, das den bitteren Reich des Krieges bis zur Reize leeren muß. Aber in durchweg harmlosen, dem Zweck angepassten Worten. Schon darin wittert der Faschismus das Konzept einer Haupt- und Staatsaktion. Die römische Diplomatie hat bei der Wiener Regierung den offiziellen Text der Reden verlangt und dabei dem Unmut darüber Luft gemacht, daß der Landeshauptmann die (in gar keiner Weise erfolgte „Beleidigung Italiens“ nicht verhindert habe. Der Landtag unter der Zensur Mussolinis, die vom Nordtiroler Volk gewählten Abgeordneten mit dem faschistischen Raullorb — das fehlte wahrlich noch!

Gegen Verfeuchung Nordamerikas.

Washington, 23. Februar.

Senator Fish hat bekanntgegeben, daß er im Kongreß eine Vorlage einbringen werde, die den italienischen Faschisten die Einbürgerung in der Union unmöglich machen solle. Außerdem werde er eine Untersuchung über die Tätigkeit der Faschisten in den Vereinigten Staaten fordern.

Studentenstreik in Kairo.

Gegen eine reaktionäre Kleidervorschrift.

Kairo, 23. Februar.

Ein Teil der Studenten der Al-Azhar-Universität ist in den Zustand getreten, weil ihnen verboten wurde, die Schulräume in europäischer Kleidung mit dem Turban auf dem Kopf zu betreten. Nach Erklärungen des Leiters des theologischen Instituts der Universität, Scheich Ahmed Harun, ist dieses Verbot nicht als prinzipiell zu betrachten. Die Frage der Kleidung der Studenten ist augenblicklich in der Schwebe und bildet einen wichtigen Teil des Programms, das von der mit der Reform der Universität betrauten Kommission geprüft wird.

König Amanullah in Moskau.

Besuch bei den Kommunisten.

Die „Rote Fahne“ macht sich lustig über einige Genossen in amtlichen Stellungen, die an offiziellen Empfängen des afghanischen Staatsoberhauptes teilgenommen haben. Sie vergißt dabei, daß die Russische Botschaft in Berlin zu Ehren des Königs Amanullah die Sowjetfahne gehißt, daß der russische Botschafter Krestinski, das Mitglied der Dritten Internationale, mit seiner Frau am Empfangsabend teilgenommen haben und heute an der Galaoper teilnehmen werden. Sie vergißt ferner, daß der Afghankönig in einige Wochen in Moskau eintreffen wird und dort von Stalin und Kallinin mit den gleichen Ehren empfangen werden soll. Er wird eine Ehrenkompanie der Roten Armee abschreiten, genau wie in Paris und Berlin. Und da werden die Führer der russischen kommunistischen Partei aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Roten Armee mit dem Roten Bannerorden dekoriert worden sind, ist Gewähr dafür geboten, daß auch die roten Revolutionäre in Moskau Herrn Amanullah mit königlichen Ehren empfangen werden.

Zwei Sorten Ueberstunden?

Ein interessantes Rechtsgutachten.

Für die ost- und westfälische Textilindustrie bestehen tarifliche Arbeitszeitregelungen, die infolge des Arbeitszeitgesetzes aufrechterhalten sind. In beiden Tarifgebieten sind Zweifel darüber aufgetaucht, ob neben den tariflich vorgesehenen Ueberstunden noch gemäß § 3 der Arbeitszeitverordnung (Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 1927) vom Arbeitgeber nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung an 30 Tagen im Jahr Mehrarbeit bis zu zwei Stunden verlangt werden kann. Infolge dieser Zweifel sind eine Reihe von Schlichterfällen entstanden, die noch dadurch verstärkt wurden, daß ein Teil der im Tarifgebiet zuständigen Gewerbeaufsichtämter für die Auslegung eintrat, die Mehrarbeit nach § 3 der Arbeitszeitverordnung sei neben den tariflichen Ueberstunden zulässig und von den Arbeitnehmern zu leisten. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat zur Klärung der Dinge ein Rechtsgutachten durch

Univ.-Prof. Dr. Lutz Richter-Letzpiß erstatten lassen. Dem Gutachter wurden folgende drei Fragen gestellt:

1. Sind durch die in den beiden Arbeitszeitabkommen für Ost- und Westfalen vorgesehenen Ueberstunden die Bestimmungen des § 3 der Arbeitszeitverordnung abgegolten?
2. Sind tarifbestimmte (oder durch Allgemeinverbindlicherklärung erworbene) Arbeitnehmer zur Leistung solcher Mehrarbeit verpflichtet, zu der eine Gewerbeaufsichtsbehörde einem tarifgebundenen Arbeitgeber über die Tarifbestimmungen hinaus Erlaubnis gibt?
3. Sind die Gewerbeaufsichtsbehörden berechtigt, die Arbeitszeitverordnung auszulagern und über die Auslegung Rechtsauskunft zu erteilen?

Der Gutachter unterschied bei seiner Untersuchung scharf zwischen der öffentlich-rechtlichen Zulässigkeit der Mehrarbeit und der bürgerlich-rechtlichen Verpflichtung zur Mehrarbeit. Das Arbeitszeitrecht als Teil des Arbeitnehmerschutzrechts regelt, wie in dem Gutachten hervorgehoben wird, das Rechtsverhältnis zwischen dem Arbeitgeber (und gegebenenfalls auch dem Arbeitnehmer) einerseits und dem Staat andererseits und gehört wegen der notwendigen Beteiligung des Staates und eines Trägers öffentlicher Gewalt dem öffentlichen Recht an. Die Frage nach der Verpflichtung zur Leistung einer bestimmten Arbeit oder von Arbeit zu einer bestimmten Zeit liegt dagegen im Rechtsverhältnis zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber, die beiderseits nicht (oder doch nicht notwendig) Personen des öffentlichen Rechtes, sondern einfache Bürger sind und mit ihren Rechtsbeziehungen in der Ebene des bürgerlichen Rechtes bleiben.

Gestützt auf diese scharfe Unterscheidung, kommt der Gutachter zu dem Ergebnis, daß in der ost- und westfälischen Textilindustrie dem Arbeitgeber vom Arbeitnehmer über die 48stündige Wochenarbeitszeit hinaus nur die in den beiden Arbeitszeitabkommen ausdrücklich vorgesehenen Ueberstunden geschuldet werden, daß darüber hinaus die 30-Tage-Beschäftigung des § 3 der Arbeitszeitverordnung dem Arbeitgeber zwar öffentlich-rechtlich unterworfen, mangels bürgerlich-rechtlicher Grundlage aber nicht möglich ist, daß diese Grundlage auch durch die Gewerbeaufsichtämter nicht geschaffen werden kann und daß die Gewerbeaufsichtämter sich der Stellungnahme zur Frage der bürgerlich-rechtlichen Mehrarbeitsverpflichtung zu enthalten haben.

Der Einheitsverband in Berlin.

Aufstieg der Eisenbahnerorganisation.

Die Jahres-Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, am 21. Februar in „Schindels Festhale“, befahte sich zunächst mit dem Geschäftsbericht. Der Bevollmächtigte Winkler schilderte die Maßnahmen der Organisation bei der Arbeitszeitbewegung sowie bei den Lohn- und Gehaltsbewegungen und zeigte so, welche ungeheure Arbeit die einzelnen Abteilungen zu leisten hatten. Für die Schulung der Betriebsräte und den weiteren Ausbau der Bildungsbestrebungen wurde in weitgehendster Weise Sorge getragen. Zu der umfangreichen Bureauarbeit kamen noch über 300 Versammlungen und 375 Sitzungen. Ein bedeutender Fortschritt ist in der Reorganisation der Kasse zu erblicken, an der sich die Lohn- und Abrechnungsbureaus im Eisenbahnbetrieb ein Beispiel nehmen könnten.

Mit aller Schärfe und unter starkem Beifall der übergroßen Mehrheit der Delegierten wies Kollege Winkler die tendenziöse Kritik der kommunistischen Redner gegen die in Versammlungen und in der kommunistischen Presse erhobene Herabsetzung der Gewerkschaftsinstanzen bei den Lohnbewegungen zurück.

Aus dem Kassensbericht von Jaser ging hervor, daß die Gesamteinnahmen für die Hauptkasse im Jahre 1927 196.626,30 M. betrug, 161.663,40 M. im Jahre 1928. Die Einnahme der Ortskassen betrug mit 86.870,45 M. ab, gegen 70.856,13 M. im Vorjahre. Der Ortskassenbestand erhöhte sich von 9595,19 M. auf

17.588,32 M. Ein beachtenswerter Fortschritt ist in der Beitragsleistung zu verzeichnen, die im Jahresdurchschnitt pro Mitglied 45,95 M. beträgt. Die Mitgliederzahl konnte auf über 7000 gesteigert werden, trotz der zeitweise starken Fluktuation.

Neben den bekannten Rednern der Kommunisten war die überwiegende Mehrheit der stark besuchten Generalversammlung mit der geleisteten Arbeit der Ortsverwaltung einverstanden. Die Ortsverwaltung für das Geschäftsjahr 1928 wurde unter Ablehnung sämtlicher Gegenanträge der Kommunisten gebildet.

Die Anträge über Lohn- und Arbeitszeit, Herabsetzung der Ziffer 2 des § 8 des Ortsstatuts, Einberufung von Reichskonferenzen für Bahnunterhaltungs-, Güterbahnen- und Betriebsarbeiter usw. wurden angenommen. Die Versammlung endete mit einem kräftigen Appell, auch im kommenden Geschäftsjahr treue Mitglieder für die Organisation zu werben.

Gestern rot, heute gelb. Ein Agitationserfolg der SPD.

Warum hoben so viele Straßenbahner für die gelbe Liste gestimmt. Die „Rote Fahne“ sagt es uns. Im vorigen Jahre wurde die Liste mit großer Mehrheit gewählt, an deren Spitze der kommunistische Betriebsratsvorsitzende Flieger figurierte. Da gegen dessen Lässigkeit in gewerkschaftlicher Beziehung nichts einzuwenden ist, wurde Flieger auch in diesem Jahre wieder als Spitzenkandidat aufgestellt. Die „Rote Fahne“ schreibt: „Dazu hat die Verbands-

leitung erzwungen. . . den verhassten Flieger als Spitzenkandidaten auf die Liste 1 zu setzen. Das sind die wahren Ursachen, die den Wahlausgang verschuldet haben.“

Wieso ist Flieger, der doch der große Mann der SPD war, auf einmal die Ursache, daß so viele Straßenbahner gelb gewählt haben? Sehr einfach: Flieger ist aus der SPD ausgeschlossen worden weil er sich weigerte, die Parole der SPD höher zu stellen, als die Beschlüsse seiner Organisation. Flieger slog, weil er es ablehnte, mit einer überwiegend aus „revolutionären Unorganisierten“ bestehenden Belegschaft einen Streik zu führen, den wohl die SPD forderte, der aber sicher zu einer schweren Niederlage geführt haben würde. Deswegen — und die „Rote Fahne“ findet das ganz begreiflich — haben die „revolutionären Unorganisierten“ zum guten Teil gelb gewählt. Gestern rot, heute gelb.

Arbeiter und Angestellte solidarisch.

Zur Beweugung in der Berliner Metallindustrie.

Die Rückwirkungen des mitteldeutschen Metallarbeitertampfes machen sich erfreulicherweise auch in Berlin geltend, wo sowohl die Angestellten, wie auch die Bergzeigmacher sich in einer Bewegung befinden. Um diese Solidarität auch nach außen zu dokumentieren, spricht heute abend der Bevollmächtigte des DMB, Jisto, in einer Versammlung des Metall-Verbands um 18 Uhr im „Nordischen Hof“, Invalidenstr. 126, über die Lehren des mitteldeutschen Metallarbeitertampfes. Als zweiter Punkt ist vorzugehen: Wozu verpflichtet die Kündigung der Gehaltsätze? Alle Metall-Funktionäre müssen erscheinen.

Betriebsrätewahl bei Ehrlich u. Graeb.

Bei der Wahl am Donnerstag wurden 1040 Stimmen abgegeben und zwar für die Liste I der Freien Gewerkschaften 942, Liste II (Baterländische Verbände) 82, Stimmen; 14 Stimmen waren ungültig. Alle 10 Mandate fallen damit auf die Liste der Freien Gewerkschaften. Ein guter Erfolg, da die „Baterländischen“ im vergangenen Jahre noch eine Vertretung erhielten. Diesmal schalten sie ganz aus, womit der Normalzustand wieder hergestellt ist.

22 000 Färbereiarbeiter in New York sind in den Streik getreten zur Durchsetzung einheitlicher Arbeitsbedingungen und Lohnsätze.

„Die wirtschaftsriedliche Arbeiterbewegung Deutschlands.“ Vorben. Wesen und Wollen der gelben Organisationen.“ Unter diesem Titel hat der Verlag von Julius Springer, Berlin, eine 164 Seiten starke Schrift von Dr. Hans-Alexander Apollant herausgebracht, die den ersten Anfängen der gelben Gründungen in Deutschland im Jahre 1905 bis zu ihren Vorläufern in Frankreich nachgeht und das Treiben der „Wirtschaftsriedlichen“ bis zu der jüngsten Spaltung im Dezember 1927 verfolgt. Das Buch soll in erster Linie eine Quellenammlung sein und will auch weiteren Kreisen Kenntnis von dieser sonderbaren Bewegung und ihrer Verirrung des Gedankens einer „Arbeiterbewegung“ vermitteln. Für die Bekämpfung dieser gelben Verirrung bietet das Buch so reiches Material, daß es in keiner Gewerkschaftsbücherei fehlen dürfte. (Der Preis beträgt 4,80 M.)

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Gust Geyer; Schriftf.: G. Hünig; Red.: G. Hünig; Druck: G. Hünig; Vertrieb: G. Hünig; Berlin, Spandauer-Str. 10; Preis: 4,80 M.; Postumschlag 10%.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise soweit Vorrat; Fleisch, Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Frische Ananas . . . Pfund 90 Pf.	Kochbirnen ² Pfund 35 Pf.	Mandarinen . . . Pfund 35 Pf.
EBäpfel rote . . . Pfund 20 Pf.	Zitronen Dutzend 32 Pf. 45 Pf.	Bananen . . . Pfund 50 Pf.
Tafeläpfel große 25 u. 30 Pf.	Bananen . . . Pfund 50 Pf.	Waiskohl ² Pfund 6 Pf.
Kalif. Äpfel Pf. 40 u. 50 Pf.	Waiskohl ² Pfund 6 Pf.	Möhren gewaschen, Pfund 9 Pf.
Apfelsinen ² Pf. 50, 65, 85 Pf.	Möhren gewaschen, Pfund 9 Pf.	Wirsingkohl ² Pfund 18 Pf.
(Halbbloß) Nr. 60, 80, 1 M.	Wirsingkohl ² Pfund 18 Pf.	Blumkohl Kopf von 20 Pf. an
Messina-Apfelsinen	Blumkohl Kopf von 20 Pf. an	
(Halbbloß, Kiste 100 Stück) 9.75		

Geflügel

Hasen gestreift und ausgeworfen . . . Pfund von 88 Pf. an
Enten gefroren . . . Pfund 110 125
Suppenhühner (Wolga) . . . Pfund 110 an
Gänse gefroren . . . Pfund 58, 70, 80 Pf.

Konserven

Br.- u. Schnittbohnen 1/4 Dose 1.74 Pf.	Ananas Hawaii, 8 Scheiben 1.20
Junge Erbsen . . . 76 Pf.	Mirabellen 1/4 D. 68 Pf. 1.25
Junge Erbsen fein . . . 1.25	Melange Früchte . . . 1.40
Kaiserschoten . . . 1.67	Bienenhonig ² Pfund 2.30
Leipziger Allerlei . . . 86 Pf.	Oelsardinen ² Pfund 78 Pf.
Karotten geschnitten . . . 38 Pf.	Flußlachs ² Pfund 1.05
Gemischt-Gemüse fein 1.50	Crab Meat ² Pfund 2.10 4.20
Apfelmus . . . 58 Pf.	
Pflaumen mit Steine . . . 65 Pf.	

Konfitüre, 2-Pfund-Eimer

Pflaumen 1 M. Aprikosen 1.10	Johannisbeeren, Orange 1.15
Himbeeren, Erdbeeren 1.35	Ananas 1.60

Tee Ceylon II Mischung 1.25	Indien Mischung 1.55	China Mischung 1.70	Ceylon P. Mischung 1.85	Darjeeling Mischung 2 M
------------------------------------	----------------------	---------------------	-------------------------	-------------------------

Weißer Bohnen . . . Pfund 20 Pf.

Rund-Bohnen Pfund 27 Pf.	Koch-Erbsen ² Pfund 24 Pf.
Linzen . . . Pfund 20 Pf.	Viktoria-Erbsen ² Pfund 32 Pf.
Neue Linzen . . . Pfund 28 Pf.	Gelbe Erbsen ² Pfund 33 Pf.
Gelbe Spalt-Erbsen Pfund 36 Pf.	

Rotwurst Pfund 75 Pf.

Landleberwurst Pfund 1.10	Zerelat u. Salami ² Pfund 1.65
Speck fett u. mager, Pfund 1.10	holsteinische, Pfund 1.65
Dampfwurst . . . Pfund 1.15	Leberwurst ² Pfund 1.65
Mortadella . . . Pfund 1.15	Bierwurst . . . Pfund 1.65
Hildesheimer . . . Pfund 1.30	Nußschinken ² Pfund 1.80
Mettwurst . . . Pfund 1.30	Klalgestr. Rosenthaler Straße, Moritzplatz:
Jagd- u. Filetwurst Pf. 1.45	Schinkenpolnische Pf. 1.45
Schinkenpolnische Pf. 1.45	Schinkenspeck Pfund 1.55
Schinkenspeck Pfund 1.55	Teewurst Pfund 1.45

Frisches Fleisch

Kalbskamm Brust u. Rücken Pfund 75 Pf.
Kalbskeule ganz u. geteilt . . . Pfund 90 Pf.
Querrippe Pfund 70 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfund 80 Pf.
Schmorfleisch und Roastbeef mit Knochen Pfund 90 Pf.
Schweinebauch und Rücken, mit Beilage Pfund 78 Pf.
Schweinekamm und Blatt, Pfund 85 Pf.
Hammelvorderfleisch Pfund 90 Pf.
Kabler, Speer u. Kamm Pfund 98 Pf.
Dickes Rückenfeil Pfund 75 Pf.
Lieser Pf. 70 Pf. Gehacktes Pf. 70 Pf.
Rindernieren-Talg ausgelassen Pfund 55 Pf.

Prima Gefrierfleisch

Suppenfleisch Pfund 52 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfund 58 Pf.
Hammelfleisch Dicke Rippe u. Brust Pfund 70 Pf.
Hammelrücken Pfund 75 Pf.
Kuheuter Pfund 25 Pf.

Fettbücklinge Pfund 22 u. 28 Pf.

Sprotten Pfund 25 u. 45 Pf.	Bücklinge Kleier, Pfund 55 Pf.
Sprotten . . . Kleier 38 Pf.	Fleckheringe ² Pfund 40 Pf.
Fetteringe 7 Stück 50 Pf.	

THEATERKASSE WERTHEIM

Opernzyklus des Volksverbandes der Bücherfreunde in der Staatsoper (Kroff)

4. März Tannhäuser	11. März Tristan u. Isolde	18. März Boris Godunoff
7. März Tosca	16. März Hoffmanns Erzählungen	

Vorverkauf ab 25. Febr. zunächst nur für Mitglieder der Vereinigung Berliner Bühnenfreunde
Karten 1.50 bis 6 M einschließlich Garderobe

Limburger halbfett 35 Pfund 44 Pf.

Steinbuscher vollf. 95 Pf.	Cremerkäse vollfett, Pf. 1.25
Edamer halbfett, Pfund 78 Pf.	Margarine Pfund 50, 58 Pf.
Holländer halbfett, Pf. 78 Pf.	Schweineschmalz ² Pfund 72 Pf.
Tilsiter vollfett, Pf. 95 Pf. 1.10	Molkerei-Butter Pfund 1.86
Schweizer ² Pfund 90 Pf.	Tafelbutter Pfund 1.92
Schweizer ² Pfund 1.35	Dänische Butter Pfund 2.10

Fische

Grüne Heringe schwedische 5 Pfund 45 Pf.
Brätschollen . . . Pfund 18 u. 35 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 28 Pf.
Siberlachs kleine Stücke . . . Pfund 95 Pf.
Lebende Hechte . . . Pfund 85 Pf. an

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

Edel-Apfelwein aus Tafelobst, mild	58 Pf.
Feiner Fruchtwein Johannisbeerwein (weiß und rot) und Stachelbeerwein	90 Pf.
Oberhaardter stillig	1 10
Domaine St. Coloma milder, spanischer Rotwein	
1926 Wöllsteiner Hölberg seltiger Rheinbessa	1 35
1925 St. Justin feiner spez. Rotwein, Burgunderlyp	
1926 Nierssteiner kernig, kräftig	1 50
1924 Ockfener Bocksteiner pikantier Saarwein	
1925 Liebraumilch bescheidender Damenwein . . .	2 M
1926 Zeltinger Himmelreich sehr blumig . . .	
Deutscher Weinbrand „Qualitätsbrand“, Hausmarke	3.70

Creme-Schokolade

(Apfelsine u. Himbeer) 2 Tafeln à 100 Gr.	45 Pf.
Haselnuß-Schokolade 3 Tafeln à 100 Gramm	95 Pf.
Vollmilch Schokolade 3 Tafeln à 100 Gramm	90 Pf.
Milchnuß-Karamellen 1/4 Pfund 25 Pf. 1/2 Pfund 45 Pf.	

Gebr. Kaffee eigene Rösterei Pfund von 2.30 an

Explosion im Admiralspalast.

Ein Maschinenmeister durch Rauchgase getötet.

Gestern nachmittag um 10 1/2 Uhr ereignete sich in den in der Prinz-Couls-Ferdinand-Str. 3 gelegenen Maschinen- und Heizungsanlagen des Admiralspalastes ein folgenschweres Explosionsunglück, bei dem ein Maschinenmeister den Tod fand. Zwei andere Arbeiter, die durch Einwirkung von Kohlenoxydgasen das Bewußtsein verloren hatten, konnten durch die zu Hilfe gerufenen Feuerwehre gerettet werden. Zu dem Unfall, der wahrscheinlich durch eine Verletzung unglücklicher Umstände herbeigeführt worden ist, wird folgendes mitgeteilt:

In den Keller- bzw. Parterreräumen auf dem Grundstück Prinz-Couls-Ferdinand-Str. 3 befinden sich die umfangreichen Heizungsanlagen für das Admiralspalasttheater und das Admiralsbad, wozu mehrere große Kessel gehören. In den Nachmittagsstunden muß nun in der Maschinerie eine Störung eingetreten sein, denn größere Mengen Rauchgase strömten aus und erfüllten mehrere Räume mit dichten Schwaden. Der 48jährige Maschinenmeister Oswald Schmidt aus der Mengelstraße 34 zu Friedenau, der 25jährige Heizer Erich Weich aus der Georgenstraße 24 und der 33jährige Arbeiter Karl Lechner aus der Pallasstraße 69, denen zusammen die Bedienung der Anlage obliegt, forschten nach der Ursache und stiegen zur ersten Etage hinauf, um eine Regulierungsloge, die dort in einer Kammer eingebaut ist, zu untersuchen. Auch die Kammer war mit dichten Rauchwolken angefüllt.

Die Männer hatten den Raum kaum betreten, als plötzlich eine heftige Explosion erfolgte. Eine Wand, die zu einem Nachbarräum führte, wurde durch den Luftdruck teilweise eingedrückt, die Arbeiter zu Boden geschleudert, wo sie bewußtlos liegen blieben.

Von Angestellten wurde sofort die Feuerwehr alarmiert, die unter Leitung des Branddirektors Rende mit zwei Rettungswagen anrückte. Die mit Gasmasken ausgerüsteten Feuerwehrbeamten drangen in die Kammer ein und holten die Bewußtlosen ins Freie. Während es gelang Weich und Lechner nach langwierigen Bemühungen ins Leben zurückzurufen, waren diese bei Meister Schmidt, der u. a. im Gesicht Verbrennungen erlitten hatte, vergeblich. Seine Leiche wurde beschlagnahmt.

Die sofort eingeleitete Untersuchung hat noch keine Klärung der Ursache des sonderbaren Unfalles mit seinen tragischen Folgen ergeben. Ohne Frage handelt es sich jedoch um eine Explosion von Verbrennungsgasen, die vermutlich durch den Schornstein nicht genügend Abzug gefunden hatten und stark kohlenoxydgasig waren. Mehrere Ingenieure des Dampfessel-Überwachungsvereins nahmen eine eingehende Untersuchung vor, ohne jedoch zu einem Resultat über die Ursache zu kommen. Wie uns hierzu noch von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, besteht für das Theater keinerlei Gefahr. Die Sachverständigen werden die etwas geheimnisvolle Explosion im Laufe des heutigen Vormittags zu klären versuchen.

Juwelier Brandenburg bleibt in Haft.

Die geschiedene Frau erstattet Meineidsanzeige.

Wie erinnerlich, ist gegen den Juwelier Brandenburg, der schon in mehreren Attentats- und Attentatsversuchen verwickelt gewesen war, der Verdacht eines weiteren Attentats aufgetaucht. In Verbindung damit steht die Anschuldigung, daß er in einem Strafverfahren, das gegen ihn im Jahre 1922 wegen fahrlässiger Tötung des Kindes eines früheren Staatsanwaltes mit seinem Auto die Freisprechung mit Hilfe angeworbener falscher Zeugen bewirkt habe.

Brandenburg war am letzten Sonnabend auf Veranlassung des Staatsanwaltschaftsrats Ryker verhaftet worden. Hiergegen hatte Rechtsanwalt Dr. Puppe Beschwerde eingelegt und es fand vor dem Ermittlungsrichter der mündliche Haftprüfungstermin statt, dem auch Oberstaatsanwalt v. Clausen beiwohnte. Nach der Mitteilung der Anklagebehörde hat sich das Belastungsmaterial gegen Brandenburg sowohl wegen des Attentats als auch wegen Anstiftung zum Meineid verdichtet. Die Hauptakten und ein Teil der Beweismittel des Strafverfahrens aus dem Jahre 1922 sind bekanntlich spurlos verschwunden. Wie sich jetzt herausstellt, war eines Tages ein Mann bei der Staatsanwaltschaft erschienen, der sich als Brandenburg ausgab und um Einsichtnahme in seine Akten bat. Die Akten sollten hervorgehoben werden, und der angebliche Brandenburg wollte am nächsten Tag wiedererkommen, kam jedoch nicht. Inzwischen lagen die Akten zwei Tage auf dem Sekretariat und sind dann entwendet worden. Die Meineidsanzeige gegen Brandenburg ist von seiner geschiedenen Frau erstattet worden. Gegenüber dem Zeugen Brandenburgs hat die Ehefrau jetzt Kaffler Brandenburgs beigebracht, die dieser aus dem Gefängnis herausgeschickt hat

und die Befragung enthielten, bestimmte Zeugen zu bearbeiten. Die Kaffler sollten sofort verurteilt werden, was die Frau aber nicht getan hat. Angesichts dieses schweren Belastungsmaterials wurde die Haftentlassung abgelehnt.

Ein „Jugenderzieher“.

Die „schwarze Schmach“ im Gymnasium.

Daß insbesondere unsere höheren Schulen Pflegestätten nationalitätlicher Beschränktheit sind, ist leider kein neues Thema mehr. Weich' sonnige Typen den bedauerlicherweise Schülern Kultur, Wissen und Gesittung beibringen, erhebt ein charakteristischer Vorfall, der uns aus dem Gymnasium eines Berliner Vorortes mitgeteilt wird. Einige von modernem Geist besetzte jüngere Lehrer hatten beschlossen, mit dem unzeitigen Ritsch, der die Wände der Klassenzimmer verunzierte, aufzuräumen. Man teilt ja zur Genüge die in Del gemiddelte Großmutter Eprit unter Glas und Rahmen, die nicht nur in ästhetischer Beziehung ein wahrer Greuel ist. Diese Art „Kunst“ ist eben so schamlos, wie der patriotisch-monarchistische Ritsch, der noch immer, 8 1/2 Jahre nach der Revolution, fest und munter den Schülern den Geist der Vergangenheit demonstriert. Als die jungen Lehrer an Stelle einer schlechten Radierung, die das „Deutsche Eck“ mit dem pompösen Standbild Wilhelms des Ersten darstellt, den bekannten „Jungen von Vincenz von Sogh“ aufhängten, begann ein schwarzweißroter Oberlehrer seiner nationalen Entrüstung auf folgende köstliche Weise Ausdruck zu geben:

„Den deutschen Rhein haben sie uns weggenommen und die schwarze Schmach haben sie uns hingehängt!“

Wobei noch festzustellen ist, daß der berühmte Soghische „Junge“ ein Musterbeispiel vollkommener Farbentkomposition ist.

Menschen, Göttern gleich...

27] Roman von Herbert George Wells.

Jetzt, da Sie einer geordneten und vollendeten Schönheit der Lebensformen gegenübergestellt sind, leisten Sie immer noch Widerstand; Sie leisten Widerstand, um der Furcht zu entgehen; Sie machen geltend, daß unsere Welt unromantisch, bar jeder Größe, defizient und schwach sei. Nun — was körperliche Kraft anbelangt, geben Sie einmal diesem jungen Mann, der neben Ihnen sitzt, die Hand.“

Mr. Catskill warf einen Blick auf die ausgestreckte Hand und schüttelte abnungsvoll sein Haupt.

„Reden Sie weiter“, sagte er.

„Doch wenn ich Ihnen erkläre, daß weder unser Wille noch unser Körper so schwach ist, wie Ihrer, so leugnen Sie das hartnäckig. Sie wollen es nicht glauben. Wenn Sie es für einen Augenblick zugeben, so verfallen Sie danach wieder in das System der Ausreden, das Ihre Selbstachtung schützt. Ein einziger unter Ihnen läßt unsere Welt ganz gelten wie sie ist, und auch er tut es eher deshalb, weil er Ihrer Welt überdrüssig ist, als weil er nach unserer verlangt. So aber hat es meiner Ansicht nach zu sein. Ihre Gesinnung ist die des Zeitalters der Verworfenheit, eingestellt auf Streit, Unsicherheit und geheime Selbstsucht. In solcher Weise zu leben, haben, haben es die Natur und Ihr Staat Sie gelehrt und so müssen Sie notwendigerweise leben bis zu Ihrem Tode. Solche Lektionen können nur in zehntausend Generationen verlernt werden, durch die allmähliche Erziehung von dreitausend Jahren.“

Aber die Frage, was wir mit euch anfangen sollen, ist für uns ein Rätsel. Wir werden unser Möglichstes tun, um euch anständig und freundlich zu behandeln, wenn ihr unsere Befehle und Richtlinien achten wollt.“

Aber wir wissen, daß es für euch sehr schwierig sein wird. Ihr seid euch noch nicht bewußt, wie schwer es euch eure Gewohnheiten und Vorurteile machen werden. Eure Gruppe hat sich so weit vernünftig und anständig benommen, wenn nicht in Gedanken, so doch in den Handlungen. Aber wir haben heute eine andere Erfahrung viel tragischerer Art von Erdlings-Gewohnheiten erlebt. Ihr Geschwäh, daß wildere, barbarischere Welten über uns herfallen würden, hat heute in der Wirklichkeit seine groteske Parallele gefunden. Es ist wahr, es ist etwas Wildes, Rattenähnliches und Gefährliches um die Erdmenschchen. Ihr seid nicht die einzigen Erdlinge, die durch das Tor, das sich heute für einen Augenblick aufgetan hatte, nach Utopien gekommen sind. Es sind noch andere hier.“

„Natürlich!“ sagte Mr. Barnstaple. „Ich hätte es erraten sollen! Jene dritte Gruppe!“

„Es ist noch eine andere dieser verrückten, selbstfahrenden Maschinen, wie ihr sie habt, in Utopien vorhanden.“

„Der graue Wagen“, sagte Mr. Barnstaple zu Mr. Burleigh. „Er war keine hundert Yards vor Ihnen.“

„Mit mir uns von Hounslow an um die Wette gefahren“, sagte Mr. Burleighs Fahrer. „Das war 'ne heiße Sache.“

Mr. Burleigh wandte sich an Mr. Freddy Rusb. „Ich glaube, Sie sagten, daß Sie jemanden erkannt hätten!“

„Lord Barralunga fast sicher und ich glaube, Miß Greeta Grey.“

„Es waren noch zwei Männer“, sagte Mr. Barnstaple. „Die werden die Voge komplizieren“, sagte Mr. Burleigh.

„Sie komplizieren sie schon“, sagte Urthred. „Sie haben einen Mann getötet.“

„Einen Utopen?“

„Diese anderen Leute, — es sind im ganzen fünf — deren Namen Sie zu kennen scheinen, kamen gerade vor Ihren beiden Fahrzeugen nach Utopien. Anstatt stehen zu bleiben, wie Sie es taten, als sie sich auf einer neuen fremden Straße befanden, scheinen sie ihr Tempo sehr erheblich beschleunigt zu haben. Sie fuhren an einigen Männern und Frauen vorüber machten ihnen merkwürdige Zeichen und erzeugten mit einem speziell für diesen Zweck bestimmten Instrument einen schreulichen Lärm. Weiterhin begegneten sie einem Silberleoparden, rannten ihn an, überfuhren ihn glatt und brachen ihm das Genick. Es scheint, daß sie nicht halt gemacht haben, um nachzusehen, was aus ihm geworden ist. Ein junger Mann namens Chrysol kam auf die Straße heraus, um sie zum Halten aufzufordern. Aber ihre Maschine ist in einer ganz phantastischen Weise erbaut, sehr vorzüglich und sehr verrückt. Sie ist ganz außerstande, plötzlich stehen zu bleiben. Sie wird nicht durch einen einzelnen Rotor angetrieben, der vollständig beherrscht wird. Sie hat eine Art Rotor, der durch eine verwickelte Zahnradübertragung die Achse der Hinterräder antreibt, und sie hat verschiedene ungeschickte Bremsvorrichtungen, die durch Reibung auf bestimmte Punkte wirken. Offenbar können sie den Rotor mit der höchsten Geschwindigkeit betreiben und gleichzeitig die Räder einflechten, so daß sie sich nicht drehen können. Als ihnen der junge Mann entgegenschnitt, waren sie ganz unfähig zu halten. Vielleicht haben sie es versucht; sie sagen es wenigstens. Ihre Maschine schleuderte ganz gefährlich und traf ihn mit ihrer Fianke.“

„Und tötete ihn?“

„Und tötete ihn sofort. Sein Körper war fürchterlich geschändet. Aber nicht einmal deswegen hielten sie an. Sie

Kommentar überflüssig. So etwas unterrichtet an einer republikanischen Schule und wird dafür vom Volkstaat honoriert. Bodauernsmerier als diese hoffnungslosen Lehrer gehalten ist der Nachwuchs, der hier ganz systematisch der Borniertheit ausgeliefert wird.

Sieben HafentrezlümmeL.

Sechs von diesen lieben Kindern werden freigesprochen.

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Warmuth — die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Stargard — hatten sich vor dem Potsdamer Schöffengericht sieben Nationalsozialisten wegen Landfriedensbruch zu verantworten. Angeklagt sind: der Lagerhüter Johann Schulze, Berlin, der Landwirtschaftslehre Karl Fleck, Berlin, der Feinmechaniker Werner Teichert, Neutölln, der Arbeiter Ernst Kubn, Neutölln, der Lehrling Helmuth Goldmann, Berlin, der Landarbeiter Karl Killan, Spandau, und der Referendar Dr. Walter Greßke, Friedrichshagen. Es waren etwa 40 Zeugen geladen. Die Verhandlung gab folgendes Bild:

Am 10. Oktober 1926 veranstalteten die Nationalsozialisten einen Märkertag in Potsdam. Gegen 12 Uhr nachts, nach dem Festkommers, betraten zwei Nationalsozialisten mit HafentrezlümmeL das Gewerkschaftshaus von Praß in der Kaiser-Wilhelm-Straße und verlangten Bier. Die Wirtin machte die HafentrezlümmeL darauf aufmerksam, daß das Gewerkschaftshaus wohl nicht der richtige Ort für sie sei. Im selben Moment ertönte auch schon draußen auf der Kaiser-Wilhelm-Straße ein Pfiff und etwa 30-40 Nationalsozialisten stürzten aus den Anlagen hervor, um in das Gewerkschaftshaus einzudringen. Die Potsdamer Schupo hatte vorher schon Wind bekommen und hatte einige Beamte postiert. Der Trupp drang aber in das Gewerkschaftshaus und überrannte einen Schupomann, daß er zu Boden fiel. Im Lokal entstand nun eine wilde Schlägerei zwischen einigen Kommunisten und den HafentrezlümmeL. Erst das Ueberfallkommando konnte mit dem Gummifnüppel Ordnung schaffen. Es folgten Verhaftungen. Nach etwa zwanzig Minuten kam es aber erneut zu einem Zusammenstoß, wobei der Arbeiter Oskar Binder, der als Rebenkämpfer auftrat, schwere Verletzungen am Hinterkopf erlitt. Sämtliche Angeklagten bestreiten, sich an dem Ueberfall beteiligt zu haben. Der angeklagte Referendar Greßke gibt jedoch zu, daß er zweimal geschlagen hat. Die Angeklagten greifen in ziemlich dreister Art die Aussagen der Potsdamer Polizeibeamten an. Der angeklagte Referendar beantragt sogar, die Aussagen der Polizeibeamten einer genaueren Prüfung unterziehen zu wollen.

Eine Sensation gab es nach der Mittagspause. Ein Polizeioberwachtmeister Nachow von der Schupolizei Potsdam trat zum Richterisch und machte dem Vorsitzenden die Mitteilung, daß der angeklagte Nationalsozialist Feinmechaniker Werner Teichert aus Neutölln während der Mittagspause auf dem Gerichtskorridor laut die Ueuerung getan hat: „Die Polizei und das Gericht sind die reinsten Judendrüsen geworden.“ Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Warmuth gab darauf die Feststellung ab, daß das Gericht auf dem Standpunkt stehe, daß die Ueuerung ja abern sei, daß sie das Gericht nicht berühre.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Lagerhüter Johannes Schulze, der bereits vielfach vorbestraft ist, darunter auch mit Rückfallstrafe, wegen verhärteten Landfriedensbruches ein Jahr Gefängnis, gegen den Landwirtschaftsgehilfen Karl Fleck, der noch jugendlich ist, ebenfalls wegen Landfriedensbruches vier Monate Gefängnis und gegen den Landarbeiter Karl Killan aus Spandau, der ebenfalls schon mehrfach vorbestraft ist, sechs Monate Gefängnis, gegen Referendar Greßke die Freisprechung und gegen die übrigen Angeklagten ebenfalls die Frei-

verlangsamten ihr Tempo, redeten hastig miteinander und als sie dann sahen, daß Leute kamen, setzten sie ihre Maschine wieder in Bewegung und machten sich auf und davon. Es schien, als ob sich ihrer eine panische Angst vor Gefangenahme bemächtigt hätte. Ihre Beweggründe sind sehr schwer zu verstehen. Jedenfalls machten sie sich davon. Sie fuhren immerzu, einige Stunden lang ins Land hinein. Ein Flugzeug wurde nun ausgesandt, um sie zu verfolgen, und ein anderes, um die Straße vor ihnen freizumachen. Es war sehr schwer, die Straße freizumachen, weil weder unsere Leute, noch unsere Tiere solche Behikel verstehen — noch ein solches Benehmen. Am Nachmittag gerieten sie ins Gebirge und fanden offenbar unsere Straßen viel zu glatt und schwierig für ihre Maschine. Sie machte außerordentlichen Lärm, als ob sie mit den Zähnen knirschte, und gab einen blauen Dampf mit einem unangenehmen Geruch von sich. In einer Kurve, wo sie plötzlich stecken blieb, glitt sie aus, rutschte seitwärts, rollte über einen Felsen und fiel etwa auf doppelte Mannshöhe hinab in einen Gebirgsstrom.“

„Und wurden sie getötet?“ fragte Mr. Burleigh mit erwartungsvoller Spannung in der Stimme, wie es Mr. Barnstaple vorkam.

„Keiner von ihnen.“

„Oh“, sagte Mr. Burleigh, „und was geschah dann mit ihnen?“

„Einer hat einen gebrochenen Arm und ein anderer ist im Gesicht arg zerschritten. Die zwei anderen Männer und die Frauen sind unverletzt mit dem Schrecken und der Aufregung davongekommen. Als unsere Leute zu ihnen hinaufkamen, hielten die vier Männer die Hände hoch über ihre Köpfe. Augenscheinlich fürchteten sie, sofort getötet zu werden, und taten dies als Bitte um Gnade.“

„Und was tun Sie mit ihnen?“

„Wir bringen sie hierher. Wir denken, es ist besser, euch Erdlinge alle zusammenzubringen. Gegenwärtig haben wir noch keine Ahnung, was mit euch geschehen soll. Wir möchten von euch lernen und möchten freundlich zu euch sein, wenn es möglich ist. Es wurde vorge schlagen, ihr solltet wieder in eure Welt zurückgebracht werden. Leisten Endes mag das für euch das Beste sein. Aber augenblicklich wissen wir nicht genug, um dies durchführen zu können. Als Ardenn und Chrysolagone den Versuch machten, einen Teil unserer Materie durch die F-Dimension zu bewegen, glaubten sie, daß sie sich in dieser Dimension in einem leeren Raum befinden würde. Daß ihr dort waret und in unfer Unversum hineingezogen wurdet, ist das unerwartetste Geschehnis, das sich seit tausend Jahren in Utopien ereignet hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Sprechung. Das Urteil lautete bei Schulze auf sechs Monate Gefängnis, wovon drei Monate zu verbüßen sind; für den Rest der Strafe wird eine dreijährige Bewährungsfrist zugewilligt. Gegen Fleck sind Erziehungsmaßregeln angeordnet, deren Form dem Vormundschaftsgericht überlassen bleibt. Alle übrigen Angeklagten wurden auf Staatskosten freigesprochen.

Um den Potsdamer Platz.

Eine Stadtverordnetenversammlung, die in Obstruktion endete.

Auf Zukunftspläne einer Umgestaltung des Potsdamer Platzes deutet die Magistratsvorlage hin, die einen Teil des städtischen Grundstücks Bellevuestr. 2 im Tausch wegzugeben beantragt, damit die Stadt einen Teil des privaten Grundstücks Bellevuestr. 1 unter günstigen Bedingungen in ihren Besitz bringen und zur Straßenlandfreilegung verwenden kann. Die bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung wehren sich gegen diesen für die Stadt vorteilhaften Grundstücks-tausch mit einer Heftigkeit, die Verwunderung erregen muß. Als gestern unser Genosse Krille darauf hinwies, daß durch eine Ablehnung die städtischen Interessen geschädigt würden, erging die Rechte sich in lärmenden Unterbrechungen. Das Warenhaus, das später einmal an der Ecke des Potsdamer Platzes errichtet werden könnte, macht ihnen Sorge. Die Magistratsvorlage wurde mit einer von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Aenderung, die den Vorteil der Stadt noch steigert, durch die Linke angenommen. Aber die Gegner forderten dann eine dritte Lesung und führten in der Abstimmung die Beschlusunfähigkeit herbei. Man sieht nicht recht, was sie mit der Verschleppung, die ihnen gesucht ist, erreichen wollen. Der Beschluß wird ja auch nach der dritten Lesung nicht anders ausfallen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben die Kommunisten Einspruch dagegen, daß anlässlich des Empfanges König Amanullahs im Rathaus diesem im Namen aller Körperschaften eine Gedenkmappe überreicht werde. Sie wünschten nicht, daß der Eindruck entsteht, daß sie etwa mit dieser Ueberreichung einverstanden seien! Im übrigen mühten sie auch gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder für die Ausschmückung des Rathauses Protest zu erheben.

Eine recht ausgiebige Debatte ergab sich dann über eine Vorlage des Magistrats, die einen

Grundstücksumtausch in der Bellevuestraße

zum Gegenstand hat. Das Verkehrsinteresse gebietet, daß hier in nächster Zeit Veränderungen vorgenommen werden, und so will die Stadt einen Teil des Grundstücks Bellevuestr. 1, Ecke Friedrich-Ebert-Straße, gegen einen Teil des Grundstücks Nr. 2 eintauschen. Eigentümerin dieses Grundstücks ist die Canada-Land-Compagny-Alleingewesellschaft, hinter der sich vier gut deutliche Baufirmen verbergen. Die Canada-Land-Compagny soll zu diesem Tauschland 700 000 Mark dazuzahlen, und sie soll ferner das gesamte zu übernehmende Gelände ebenso wie das der Stadt verbleibende Gelände auf ihre Kosten straßenmäßig herstellen lassen. Die Gesellschaft will ein Warenhaus errichten, das innerhalb einhalb Jahren fertiggestellt sein muß.

In der Aussprache darüber beantragte Stadtv. Genosse Dr. Loewy, die Zahlung der Gesellschaft auf 900 000 Mark zu erhöhen. Namens des Magistrats betonte Stadtrat Busch die Notwendigkeit, das bezeichnete Grundstück für eine Aenderung der Straßenfluchtlinie im Interesse des Verkehrs in den Besitz der Stadt zu bringen. Die Stadtv. Linke (Dnait) und Caspari (D. Sp.) lehnten die Vorlage ab. Der Deutschnationale brachte die alte grundsätzliche Abneigung gegen die Grundstückspolitik der Stadt zum Ausdruck. Das Großkapital werde nur gestärkt. Caspari empfahl, es ruhig auf eine Enteignung des von der Stadt benötigten Grundstücks ankommen zu lassen. Von der sozialdemokratischen Fraktion sagte Genosse Krille, daß sich der Magistrat in drei Sitzungen in ausgiebigster Weise mit der Angelegenheit beschäftigt habe, ein Beweis dafür, daß die Sache mit dem nötigen Ernst und der genügenden Sachkenntnis behandelt wurde. Was das angeblich unterliegende Großkapital betreffe, so müsse doch gesagt werden, daß das Kapital eigentlich sehr schwer zu klaffizieren sei. Niemand wisse, welche Geldleute und Kapitalgruppen hinter irgendwelchen Firmen stehen. Im übrigen sei doch nichts internationaler als das Kapital. Eine Ablehnung des Projekts würde eine schwere Schädigung städtischer Interessen bedeuten, da in absehbarer Zeit das Grundstück doch gebraucht würde. Eine Enteignung ohne bedeutend höhere Inanspruchnahme städtischer Mittel sei nicht möglich. Krille bat um Annahme der Vorlage. — Unter Ablehnung aller Aenderungsanträge wurde in namentlicher Abstimmung die Vorlage des Magistrats mit der Maßgabe angenommen, daß die Gesellschaft 900 000 Mark zuzahlt.

Am Anschließ daran gab es eine erregte Geschäftsordnungs-

Ein ungetreuer Briefträger.

Etwa 10 000 Mark veruntreut. — Der Täter geständig.

Der Postüberwachungsdiens auf dem Berliner Postamt W 3 in der Französischen Straße ist umfangreichen Unterschlagungen eines Briefträgers auf die Spur gekommen. Der Beamte wurde daraufhin von der Polizei verhaftet und hat auch bereits ein Geständnis abgelegt. Es handelt sich um einen leistungsfähigen verheirateten Beamten; er hat im ganzen etwa 10 000 Mark an sich gebracht, hat aber den Schaden durch einen Hypothekendarlehen in Höhe von 14 000 Mark gedeckt.

Dem Leiter des Postamtes sowie mehreren anderen Beamten sind schon vor längerer Zeit gewisse Unregelmäßigkeiten im Postbetriebe aufgefallen, die sich insbesondere bei den Bestellberichten bemerkbar machten. Es fiel nämlich auf, daß in diesen Berichten gewisse Veränderungen von unbekannter Hand vorgenommen sein mußten. Trotz eifrigster Nachforschungen war es jedoch anfänglich nicht möglich, den Täter zu fassen. Vorige Woche nun ließ bei dem Postamt die Reklamation des Abenders eines Einschreibebriefes ein, in dem darüber Beschwerde geführt wurde, daß der Brief, in dem sich 2000 Mark in Fünzigmarkscheinen befanden, nicht an seinem Bestimmungsort angekommen sei. Daraufhin wurden die Nachforschungen der Beamten des Ueberwachungsdienstes noch verschärft.

Nach kurzer Zeit wurde festgestellt, daß an einem sogenannten Sammelschein für Einschreibebriefe Veränderungen vorgenommen worden waren. Die weiteren Ermittlungen führten dann zur Feststellung des Täters, eines festangestellten Brief-

trägers in mittleren Jahren, der verheiratet ist und ein Kind hat. Der Mann ist bei der Unterschlagung des Einschreibebriefes mit den 2000 Mark außerordentlich raffiniert zu Werke gegangen. Um die Quittung für den fraglichen Einschreibebrief unbemerkt verschwinden lassen zu können, hat er diesen Brief auf einer sogenannten Sammelscheinunter die Adressen noch mehrerer anderer darauf befindlicher Einschreibebriefe vermerkt. Da dieser Sammelschein bereits vorher quittiert worden war, konnte die Fälschung naturgemäß anfangs nicht auffallen.

Wie der Mann den wertvollen Inhalt des Briefes entdecken konnte, bedarf noch der Aufklärung. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß die Bestellbeamten für den Inhalt eines Briefes im Laufe der Zeit ein merkwürdig sicheres Gefühl bekommen. So war es offenbar hier. Es war mehrfach aufgefallen, daß der Beamte Aussagen machte, die nicht mit seinem Gehalt in Einklang stehen konnten. Um etwa auftauchende Bedenken zu zerstreuen, erklärte der Mann deshalb stets entweder, daß er eine Erbschaft gemacht oder in der Lotterie gewonnen habe. Als die Ermittlungen keinen Zweifel mehr an der Schuld des Briefträgers ließen, wurde er verhaftet. Anfangs leugnete er jedoch jegliche Beteiligung an den Unterschlagungen. Erst unter der Wucht des Belastungsmaterials, das man gegen ihn gesammelt hatte, bequeme er sich zu einem Geständnis. Es besteht der Verdacht, daß sich der Beamte noch eine Reihe weiterer Veruntreuungen hat zuschulden kommen lassen.

debatte. Von den ablehnenden Parteien wurde noch eine Gesamt- abstimmung verlangt. Als sie damit nicht durchkamen, beantragte Stadtv. Lange (Z.) eine dritte Lesung; Stadtv. Koch (Dnait.) beantragte dazu noch nomenklische Abstimmung! Die Abstimmung ergab die Beschlusunfähigkeit der Versammlung — die Rechte halte mit ihrer Obstruktion einen Augenblickserfolg!

In Erledigung der Anträge wegen der Volksspeisung durch die Stadt und die Unterstützung des privaten Vereins „Wohlfahrtspeisung“ wurde beschlossen, die Zuwendungen an den Verein einzustellen. Dann aber wird auch eine Vorlage über die Umorganisation der gesamten Volksspeisung erwartet.

Flammentod einer Greisin.

Im Lehnstuhl hilflos verbrannt.

Ein furchtbares Brandunglück trug sich in den gestrigen Abendstunden im Hause Artonaplag 7 zu. Aus der im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung der 82jährigen Witwe Marie Chollier, die allein einen kleinen Haushalt führte und schon ziemlich hilflos war, drang starker, beißender Qualm, so daß Flurnachbarn, die ein Unheil befürchteten, die Feuerwehr herbeiriefen. Den eindringenden Dampfen bot sich ein schrecklicher Anblick. Auf einem Polsterstuhl sah inmitten des brennenden Zimmerinventars am ganzen Körper in Flammen gehüllt, die Greisin. Der rechte Arm war bereits völlig verkohlt. Nachdem er fast bis zur Unkenntlichkeit verbrannte Körper geborgen war, konnte das Feuer nach kurzer Zeit niedergesämpft werden. Offenbar ist die Greisin ein Opfer ihrer Leichtfertigkeit geworden. Sie hatte die Angewohnheit, über der brennenden Petroleumlampe Papier anzuzünden. Schon einmal hatte sie dabei ihre Kleider in Brand gesetzt, konnte jedoch auf ihre Hilferufe durch blitzschnelle Hausbewohner noch im letzten Augenblick gerettet werden. Gestern blieb die Hilfe aus und sie kam in den Flammen endend um.

Angst vor der Republik?

Unter den Linden steht ein Klost des Fremdenverkehrs-bureaus der Stadt Berlin, an dessen Schaufenster ein Führer für den Fremden angeschlagen ist. Dieser Führer zeigt einen Zweifelhafte Grundgang durch die wichtigsten Teile der Weltstadt vor und endet zum Schluß nach einem Gang durch die Siegesallee an der Siegessäule, die bekanntlich, so unpopulär sie auch manchem sein mag, beinahe auf dem Platz der Republik steht. Auf der Führerkarte sind alle größeren Gebäude eingezeichnet. Die Karte ist handschriftlich ausgeführt und dann mit Tusche nachgezogen. Sämtliche Straßen sind peinlich korrekt verzeichnet, nur der Platz der Republik fehlt. Er ist in ganz

leiser, andeutender Bleistiftausführung festgezeichnet. Das Fehlen des Republikplatzes in dieser Führerkarte für Fremde scheint doch mehr als ein bedauerlicher Zufall zu sein. Hat das Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin Bedenken, den Platz der Republik in seinen offiziellen Orientierungskarten zu erwähnen?

Staatsanwalt unter Verdacht.

Eine aufsehenerregende Dienstenthebung.

Großes Aufsehen erregt in Moabit die vor einigen Tagen erfolgte Dienstenthebung des seit einer Reihe von Jahren bei der Staatsanwaltschaft I Berlin tätigen Staatsanwaltschaftsrats Dr. Flint. Es ist gegen ihn ein Disziplinarverfahren bereits eingeleitet worden. Wie von amtlicher Seite erklärt wird, hat sich nach nicht ergeben, ob mit den Vorgängen, die zur Enthebung von den Dienstgeschäften und zur Einleitung des Disziplinarverfahrens geführt haben, strafbare Handlungen in Verbindung stehen. Der Name des Staatsanwalts Dr. Flint wurde schon vor zwei Jahren während des großen Sprit-Werber-Prozesses vor dem Schöffengericht Mitte genannt. Die Angeklagten hatten Andeutungen gemacht, daß ein höherer Beamter der Staatsanwaltschaft mit dem flüchtigen Spritschieber Ruben in Verbindung gestanden habe. Es wurde auch angedeutet, daß Ruben von einer bestimmten Seite eine rechtzeitige Warnung erhalten habe. Damals machte Hermann Weber den Zwischenruf:

„Das war der Staatsanwalt Dr. Flint.“

Das Gerücht ging auf die unbestimmten Andeutungen der Tageskopien nicht näher ein. Die Behörde scheint dem Vorfall auch keine Bedeutung beimessen zu haben, dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Flint über seine Amtstätigkeit weiter aus und war sehr häufig Anklagevertreter in Strafsachen vor dem Schöffengericht Mitte. In dem späteren Spritschieberprozeß gegen die Ruben- und Stahltonzerne wurde Staatsanwaltschaftsrat Dr. Flint als Zeuge darüber vernommen, daß er über Ruben günstige Auskünfte erteilt und ihn als einwandfreie Persönlichkeit bezeichnet hatte. Er erklärte als Zeuge, daß er im guten Glauben gehandelt habe, da er selbst bis zur Aufdeckung der Spritschieberungen Ruben für eine einwandfreie Persönlichkeit gehalten habe.

Die Lombardfandale.

In unserer Morgenausgabe vom 22. Februar schreiben wir bei der Behandlung des Koeich-Bergmann-Prozesses: „Ein Oberregierungsrat Dr. Jäger, der auf eine Anzeige Bergmanns wegen Betruges rechtskräftig verurteilt ist, hat usm.“ Oberregierungsrat Dr. Jäger erjudt uns nun, uns dahin gehend zu berichtigen, daß weder eine Anzeige wegen Be-

Große Kaffee Reklame



Auswahl der besten Erzeugnisse der Weltproduktion!
direkter Import
bestbewährtes Röstverfahren
schnellste Zuführung täglich frischer Röstung
Verkauf aus luftdicht abgeschlossenen Behältern
sichern Ihnen stets gleichmäßige gute Qualitäten und sind die natürlichen Ursachen
unseres großen Umsatzes in

Reichelt-Kaffee

Bis Sonnabend, den 3. März als besondere Vergünstigung

ermäßigte Preise bei unveränderten Qualitäten

Spezial 1/4 Pfd. statt 1.10 nur **95 Pf.** Hochfein 1/4 Pfd. statt 80 Pf. nur **70 Pf.**

Exquisite 1/4 Pfd. statt 1.00 nur **85 Pf.** Extrafein 1/4 Pfd. statt 60 Pf. nur **55 Pf.**

Speziell empfohlen wir: Hochfein 1/4 Pfd. jetzt **70 Pf.**

Kaffee

Reichelt

Tee

über 150 eigene Läden

kruges gegen ihn, noch ein Urteil wegen Betruges oder überhaupt wegen irgend eines Deliktes erlangt sei". Es handelte sich in der Angelegenheit um einen reinen Zivilprozeß. Wir bedauern unseren Irrtum, der auf unrichtige Nachrichtenübermittlung durch ein Korrespondenzbüro zurückzuführen ist.

Gleichzeitig bitte die „Detektiv Karl Graeger“, daß sie niemals einem Arzt eine Auskunft in der von uns dargestellten Art gegeben hat. Wir möchten hinzufügen, daß der Vorsitzende im Koch-Prozeß über die sonderbare Auskunftserteilung durch die Detektive an Major von Hindenburg Herrn Graeger sehr scharf laute, es habe nur eine mögliche Auskunft gegeben, nämlich die: „Hände weg, Bergmann ist ein Betrüger“.

Der Künstler als Reporter.

Eine interessante Ausstellung.

Eine künstlerische Veranstaltung, die durch ihren eigenartigen Vorwurf sich von anderen unterscheidet, wird bei Anker Ruthardt in Berlin gezeigt. „Der bildende Künstler als Reporter“ will uns seine Arbeit, die sich ja sonst in Tageszeitungen und Journalen verflüchtigt, hier im geschlossenen Rahmen vorführen. Es ist interessant, zu beobachten, wie hier das Erlebnis, das er aus eigenem Gefühl oder im Auftrag darstellte, doch zu einer betonten Geschlossenheit wächst, die ihm viel mehr als seinem Kollegen von der Feder, dem Journalisten und Tagesreporter, den Anspruch auf Kunstleistung zubilligt. In knapperen Umrissen, scharfer betonten Punkten muß der Zeichner-Reporter die Dinge erfassen, er muß in der Schnelligkeit mit der Momentkamera konkurrieren, weil Druckpapier und Publikum auf die neue Sensation warten. Mit Musikern hat der mehr visionäre Strich seines Bleistifts das gemeinsame, daß er gleichsam zum Text die Kompositionen entwirft, Improvisationen, die um so mehr gelten, wenn sie auch die sichere Handschrift des Künstlers verraten.

Bei vielen der Zeichner sehen wir diese Bedingungen erfüllt, die der neue Beruf aus sich heraus gebildet hat. Es sind die jedermann bekannten Künstler Koch-Gotha, Willibald Kraus, Finetti, Dolbrin und andere, die dominierend und eigentlich ihren großen Namen als Künstler der zeichnerischen Reportage zu verdanken haben. In Wirklichkeit versteckt sich hinter dem spielerischen Können des Illustrators der gute Maler, man braucht da nur an Rengel und Sievogl, auch an den alten Meister Heinrich Zille zu erinnern. Über vieles in der Ausstellung weicht von dem Gefagten ab, es ist das nichts anderes als gute Illustration, die ihren Weg in die Presse findet. So hätten schon von vornherein die farbigen Skizzen auszuheben müssen, die gar nicht in die Ausstellung gehören, andererseits fehlen sehr bekannte Zeichner, die wir gewöhnt sind, als Mitarbeiter illustrierter Zeitungen zu sehen.

Bei manchen unter diesen Blättern, die charakteristische Merkmale ihres Gebrauchs aus der Druckerwerkstatt am Rand geschrieben tragen, möchte man wünschen, daß sie einmal als Sammlung für ein örtliches Museum beisammen bleiben, weil sie die Zeitgeschichte vielfach besser als das geschriebene Wort festhalten, so z. B. Bernstein-Landsberg Rundgebungen aus Revolutionstagen festlegt oder E. Stumpff die großen Momente aus dem Ring der Scherathletikämpfe, — dazu zählen auch Bilder aus Industrien, wie sie Franz Graf zeigt oder Helmut Krommer mit Radierungen. Mancher kleine Kulturanspruch hat so viel Persönlichkeitswert, daß er noch misslingen wird, wenn bereits der Vorwurf

historisch geworden ist. Dazu könnte man „Verkehrshindernisse“ zählen, eine Zeichnung von Müller-Dichtenberg, die darstellt, wie Straßenbäume zur Verbreiterung des Fahrdammes entfernt werden. Zeichnungen von Weltreisen, vom „Zoo“, politischen Köpfen, bei deren Karikatur die Zeichner einen ganzen Weltartikel geschrieben haben, und tausend andere Vorwürfe, die der Tag herauswirft und die mit ihm verschwinden, das sind die Dinge um die sich die „Kollegen“ von der Graphit reihen, die als gelungene Reportage immer wieder durch die exponierte Darstellungsgabe verblüffen.

Friedrich Katteroth.

Amanullah im Sportforum.

Ein bißchen viel für einen Tag.

Gestern nachmittag wohnte Amanullah einer Vorführung bei, die von der „Deutschen Hochschule für Leibesübungen“ in der großen Turnhalle des neuen Sportforums im Grunewald veranstaltet wurde. Das Forum und die Gebäude waren mit den schwarzrotgoldenen Flaggen der Republik und den schwarzen Flaggen Afghanistans reich geschmückt. Kurz nach 16 Uhr betrat der Emir mit Gefolge die festlich geschmückte Turnhalle, während die Musik die afghanische und die deutsche Nationalhymne spielte. Nachdem die Gäste, die von dem Vorsitzenden der Hochschule, Dr. Remwald, dem Rektor Geheimrat Prof. Dr. Bier und dem Verwaltungsdirektor Prof. Dr. Schiff begleitet

Funkwinkel.

Der Vortragende im Rundfunk muß auch sprechen können. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen. Es genügt aber nicht, daß er die Sprechtechnik beherrscht. Er muß sinngemäß vortragen, muß den trockenen, dozierenden Ton ebenso meiden wie überfliegerte Begeisterung und Pathos. Müller-Rübersdorf erzählt von Wanderungen in der deutschen Literatur und benimmt sich dabei wie ein lyrischer Lenor. Er spricht mit dem edlen Tremolo der Rührung und verliert sich dabei in entsetzlichen Wäckerliches, besonders, da er eine barock überladene Gartenlaubensprache bevorzugt. In vollkommenem Gegensatz stehen dazu schon dem Stoff nach die Ausführungen Margarete Wieland über die Altersversicherung der weiblichen Angestellten. Margarete Wieland wirkt für eine segensreiche Einrichtung von höchster sozialer Bedeutung, indem sie die Gefahren eines unversicherten Lebens darstellt, den Aufbau der Institution erklärt, die Beringfügigkeit der monatlichen Abgaben betont usw. Anders liegen die Dinge bei dem Referat Max Bählers über die Neuregelung der Renten Kriegsbeschädigter. Denn hier handelt es sich allein um eine Erklärung des neuen Gesetzes, die jeden Ton verträgt. Wertwürdig berührt es, wenn der Vortragende am Schluß den bekannten „Dank des Vaterlandes“ wieder einmal zitiert, einen Dank, den sich die Betroffenen wohl anders vorgestellt haben werden. Und es ist nicht notwendig, eine sinnlose Phrase auch noch im Rundfunk zu wiederholen. — Zwei ausgezeichnete Konzerte stehen auf dem Programm: die Kapelle Gebriider Steiner schafft mit ihrer Veranstaltung „Opernklänge“ ein vorbildliches Nachmittagskonzert. Und abends spielt das Rosé-Quartett zwei Werke von Mozart und Beethoven mit höchster künstlerischer Vollendung.

wurden, auf der von einem großen Balken überspannten Straße Platz genommen hatten, sollte sich vor ihren Augen ein buntes Bild ab. In einem reichhaltigen Programm zeigten die Studenten und Studentinnen der Hochschule in schneller Folge kurze Darbietungen aus fast allen Spiel- und Sportarten. Ein kleines Orchester gab den Spielen und Übungen die musikalische Illustration. Besonders gefielen den Gästen die farbenprächtige Bewegungsstudien der Frauen und die schönen Saltoerläufe, die von Männern und Frauen vom federnden Sprungbrett aus über „Tisch“ und „Brett“ ausgeführt wurden. Im Verlauf dieser Stunde hat sich dem Gast aus Afghanistan das Gesicht des neuen Deutschlands offenbart, das sich hinter dem von den Rechtsblättern überchwänglich gepriesenen „Preußenium“ des am Dienstag abend ausgeführten Zapfenstreiches wahrhaftig nicht verstecken braucht.

Der Besuch im Zeughaus.

Um die häßlichen Ereignisse des gestrigen Tages kurz zusammenzufassen, sei berichtet: Nach der Besichtigung des Flughafens frühstückten die afghanischen Gäste beim Reichstagspräsidenten. Nachmittags begab sich Amanullah zum Zeughaus, wo er vom Reichspräsidenten, der Feldmarschallsuniform angelegt hatte, und vom preussischen Ministerpräsidenten, dessen Verwaltung das Zeughaus untersteht, empfangen wurde. In der Statue der Siegesgöttin legte der König zu Ehren der deutschen Gefallenen einen Kranz nieder, um dann die Sammlungen des Zeughauses zu besichtigen. Gestern abend waren die afghanischen Gäste zum Abendessen beim Bizekanzler geladen, der das Reich für den ans Bett gebundenen Reichskanzler vertritt.

Heute mittag findet ein Empfang des Königs und der Königin mit Gefolge im Berliner Rathaus statt. Die Begrüßungsfestlichkeiten werden von der Funkstunde in Berlin, dem Zwischenfender Stettin und der Deutschen Welle durch Rundfunk übertragen. Die Begrüßung ist auf 12 Uhr mittags angesetzt und wird sich bis gegen 13 Uhr hinziehen.

Erziehung zum Recht.

Die Notwendigkeit, in der Schule auch Belehrung über Gesetz und Recht zu geben, wird von keinem Einsichtigen bestritten. Schwierigkeiten liegen aber in dem Lehrverfahren, denn Rechtspflege ist ein „trockenes“ Wissensgebiet, das dem nach Anschauung verlangenden Kinde wenig zusagt. Vor mehreren Jahren ist in Berlin hauptsächlich aus Kreisen der Pädagogen eine Arbeitsgemeinschaft für erziehende Rechtskunde zusammengetreten, die diese Arbeit der Schule fördern will. Sie bemüht sich auch, für die rechtstündliche Unterweisung geeignete Anschauungsmittel zu schaffen. Wie die Aufgabe angefaßt wird, zeigte eine an weitere Kreise sich wendende Veranstaltung, die am Sonntag im Hause der 44. Gemeindefschule (Wilhelmstraße 117) stattfand.

Durch Bilder und Modelle, die das Kind, zum Teil selber anfertigt, wird die „trockene“ Rechtskunde belebt. Die Vorgänge, von denen die Gesetzesparagrafen mit dürren Worten reden, werden durch lebensvolle Veranschaulichung dem Verständnis des Kindes nahe gebracht. Das Leben und Treiben in der Familie, in Haus und Hof, auf der Straße, in der Schule, bei Wanderungen usw., all die Handlungen und Unterlassungen, durch die fahrlässig oder gar böswillig ein Mitmenschen an seinem Gut oder an seiner Gesundheit geschädigt werden kann, sind in den Kreis der Darstellung gezogen. Eine in den Räumen der

SONNE AUF Macedonien



Wohl nirgends findet die Tabak-Pflanze so günstige Vorbedingungen wie in Macedonien: Eine schmale Humusdecke, in der sich die Pflanze mit Würze sättigt, aber nicht zu üppig wuchert, reifende Sonnenstrahlen, unter denen die ätherischen Öle des Tabaks sich reinigen und veredeln.

Welche Stellung Macedonien unter den Anbaugebieten orientalischer Tabake einnimmt, und wo dieses gesegnete Tabakland zu finden ist, haben wir bereits gesagt. Heute möchten wir noch darüber sprechen, welche Geschmackseigenschaften der Macedonien-Tabak hat, also die Ernten aus dem östlichen Teile des Landes und aus dem Westen Thraciens.

Aus der Tabakstaude, die sich sonst kräftig entwickelt und starke lange Blätter trägt, ist in Macedonien ein zierliches und rassiges Gewächs entstanden. Die Blätter sind bedeutend zarter und kleiner, und es scheint, dass in ihnen derselbe Gehalt an Aroma zusammengedrängt wird, der sich sonst auf grosser Blattfläche ausbreitet. Deshalb ist der Geschmack des



Macedonien-Tabaks so würzig wie frisch gebackenes Brot, aber infolge des mageren Bodens auch so leicht wie Maselein. Das Aroma entwickelt sich erst während des Rauchens und erreicht seinen Höhepunkt mit dem letzten Zuge. Es ist also gerade umgekehrt wie bei einer unedlen Zigarette, die möglicherweise beim ersten Zuge besticht, die man aber nicht zu Ende rauchen mag. Und das Allerwichtigste: Eine echte Macedonien-Zigarette ist stets bekömmlich und hinterlässt keinerlei Nachgeschmack auf der Zunge. Das ist überhaupt das beste Zeichen für einen edlen Tabak.

Die kostbaren Ernten der Anbaugebiete in Ost-Macedonien und West-Thracien waren bislang nur den Zigaretten hoher Preislagen vorbehalten. Seitdem sich HAUS NEUERBURG aber nicht mehr auf die Herstellung von teuren Zigaretten beschränkt, sondern auch eine gute 5 Pf.-Zigarette fabriziert, kann sich jeder Raucher den Genuss eines derartig edlen Tabaks verschaffen, denn

Overstolz keine echte Macedonien-Zigarette

Auf falschen Wegen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat tagt. — Patronanz des Reichspräsidenten. Forderungen und kein Programm.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, die gesetzliche Vertretung der deutschen Landwirtschaft, hatte seine 58. Vollversammlung mit Rücksicht auf die Krise in der Landwirtschaft beschleunigt einberufen und früher abgehalten als vorgesehen war. Man tut dem Landwirtschaftsrat nicht Unrecht, wenn man ihn die Traditionsgarde der deutschen Agrarpolitik der Vorkriegszeit nennt, und so war es denn auch eine Demonstration für die wirtschaftspolitischen Forderungen des Reichslandbundes, der Fortsetzung des alten Bundes der Landwirte, wenn der deutsche Reichspräsident, begleitet von einem Reichskabinett, diese Traditionsnote unterstrich. Es war eine einseitig gestellte Bühne, auf der ein einseitig entworfenes Bild der deutschen Agrarkrise abrollte und auf der einseitig orientierte, durch alte Traditionen gebundene Minister und Präsidenten von Landwirtschaftskammern ihre Forderungen für die Rettung der „Landwirtschaft“ erhoben.

Der Reichsernährungsminister Schiele sprach gefassten folgende Worte aus: „Das bedenklichste Merkmal der Verschuldung ist es, daß dem Schuldbetrag von über 7 Milliarden Mark in der Landwirtschaft ein wesentliches Attribut in Gestalt von verbesserter Ausrichtung der Betriebe nicht gegenübersteht. Die Kredite hatten im wesentlichen konsumptiven Charakter und dienen zur Abdeckung von Steuern, Schuldzinsen und Lasten, die alle im völligen Mißverhältnis zur Rentabilität standen und stehen, sowie dem Lebensunterhalt für die Betriebsleiter.“ Herr Schiele hat damit übertrieben. Die verbesserte Bodenbindung ist ein Attribut, der stark vermehrte Maschinenpark ebenso, und mindestens drei von den sieben Milliarden dienen noch heute der Landwirtschaft als Betriebskapital. Aber Herr Schiele ahnt offenbar nicht, wie er mit seiner Feststellung von dem konsumptiven Charakter der aufgenommenen Kredite alle durch eigene Schuld hochverschuldeten Landwirtschaftsbetriebe anklagt, und wie er alle diejenigen rechtfertigt, die die unfähigen Landwirte für offen zugabe liegende Mißwirtschaft verantwortlich machen wollen. Er legt den Präsidenten Brandes ins Unrecht, der sagt, daß es in der Landwirtschaft keine Reinigungsstufe geben könne, wie sie etwa die Industrie gehabt habe, er legt den Präsidenten von Flemming ins Unrecht, der behauptet, daß die Landwirtschaft nicht sanierungsreif sei, und er gibt vor allem der Haltung des preussischen Staates und auch der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste recht, die seitlich beide deshalb eine reinigende Lösung der Agrarkrise verlangen, weil für den Konsum verbrauchte Kredite bei den schlechten Betrieben die leistungs-fähigen und gutgeleiteten Betriebe mit ins Unglück reißen müssen.

Die Widersprüche des Programms.

Herr Schiele spricht nicht von den Ursachen, sondern er meint die Folgen einer schlechten Führung der Landwirtschaft, wenn er die Preis- und Marktkrise, nicht aber die unzulängliche Betriebsführung für die heutige Krise verantwortlich macht. Herr Schiele merkt die hoffnungslose Widersprüchlichkeit seines Programms nicht, das die deutsche Landwirtschaft als Gesamtheit bis zur kommenden Ernte hindurchbringen will, zugleich und insbesondere aber auch die gefährdeten Betriebe, obwohl heute und in aller Zukunft die Rettung der gefährdeten Betriebe auch die Mehrheit der nichtgefährdeten und zu rettenden Betriebe mit in den Strudel reißen muß.

Das Programm des Herrn Schiele, das in einer Resolution des Deutschen Landwirtschaftsrates ausführlich wiederholt und ergänzt wird, soll ein Rettungsprogramm für den Augenblick sein. Dabei handelt es sich aber entweder nicht um Maßnahmen, die sofort getroffen werden, oder es handelt sich um Maßnahmen, bei denen eine Sofortwirkung ausgeschlossen ist. Die 100 Millionen Reichsvorschüsse für die geplante Umschuldung können erst auf lange Sicht wirksam werden. Dasselbe gilt für die eventuelle auszubehnde Schafwollensanleihe. Die 25 Millionen für landwirtschaftliche Genossenschaften zur Standardisierung der Produktion und zur Verbesserung der Absatzbedingungen können nur in der Zukunft wirken. Die 30 Millionen für die Absatzförderung von Vieh und Viehprodukten können vielleicht eine baldige Wirkung haben, aber kein Mensch weiß, wie die Maßnahmen gedacht sind, und weil nur vorübergehende Preiswirkungen erzielt werden können, ist keinerlei Garantie für eine rationalisierende Dauerwirkung. Damit auch keine Garantie für die unerreichte Lösung der Rentabilität gegeben. Die Ausdehnung des Einflusses der Rentenbankkreditanstalt auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften und auf die Preußenkasse hat selber viel mehr politischen als praktischen Sinn und wird, soweit nicht einfach der Landwirtschaft mehr Geld zur Verfügung gestellt werden sollen, der ersten Schritt zur Verstaatlichung der Landwirtschaft sein, der ersten Schritt zur Verstaatlichung der Landwirtschaft und des Staates. Die Besetzung der Reichsregierung wäre eine Sofortmaßnahme, aber weil die Schweinepreise dadurch nicht erhöht werden können und weil die Vieh- und Wollensanleihe dadurch nicht erzielt werden kann, ist sie sinnlos. Von dem ganzen Programm bleibt eine augenfällige Wirkung nur bei den sofort zu verwendenden 30 Millionen, von denen aber nur gesagt werden kann, daß sie mit Sicherheit umsonst verprungen werden.

Ausdehnung der alten, schlechten Großagrarierspolitik von der Getreidewirtschaft auf die Vieh- und Kreditwirtschaft.

Denn die an sich vernünftig klingenden Maßnahmen, wie Standardisierung, Rationalisation, Ausbau und Förderung des Genossenschaftswesens und der landwirtschaftlichen Abgaborganisation, die dadurch angestrebte Berringerung der Preispanne zwischen Erzeuger- und Konsumentenpreisen, sind unwirksam, wenn die gegenwärtige Kreditkrise der Landwirtschaft, die eine Agrarkrise in der Hauptsache bei den Großbetrieben ist, nicht im voraus für die großbetrieblige Getreidewirtschaft gelöst wird. Das Programm der neuen Agrarpolitik bleibt ein leeres Versprechen, die geplanten Maßnahmen werden einer reinigungs- und sanierungsbedürftigen Gesamtwirtschaft künstlich aufgepumpt mit dem hoffnungslosen und unsinnigen Ziel, die Bodenrente des Großagrariers zu schützen. Die handelspolitischen Forderungen dieses neuen Programms, die sich grundsätzlich gegen austauschfördernde Handelsverträge mit Oststaaten wenden, sind politische Zweckforderungen im Interesse der östlichen Großgüter, deren Unterdrückung durch die deutsche Schwerindustrie die Lasten verdecken

soll, daß mit der verarbeitenden Industrie, die exportieren will, auch der intensiv arbeitende Bauer auf die Dauer die Fische bezahlen soll. Die Ansicht, daß man einer passiven Handelsbilanz nur entgegenwirken kann, wenn man die weniger arbeitsintensiven, also billigen Agrarprodukte einführt und nach Möglichkeit arbeitsintensiv, also teure Produkte ausführt, ist dem neuen agrarpolitischen Programm des Herrn Schiele vollständig verschlossen.

Wohl versuchten die übrigen Redner der Tagung des Landwirtschaftsrates eine sachliche Beweisführung für ihr Rettungsprogramm anzutreten. Herr von Flemming aber hat den geringeren Anteil der Klein- und Mittelgüter und das tatsächliche Ueberwiegen des Großgrundbesitzes bei der Verschuldung der Landwirtschaft nur von einem engen Gesichtskreis, also falsch dargestellt. Die tatsächlich enormen Zinssätze des Jahres 1924 werden zu Unrecht verantwortlich gemacht für die übermäßige Verschuldung, weil der Hauptteil der Verschuldung erst später erfolgte. Wo er niedrigere Zinssätze fordert, übersieht er, daß sein eigener Wunsch, in allererster Linie eine allgemeine Rentabilität der Landwirtschaft wiederherzustellen, eine natürliche Senkung der Zinssätze verhindern muß, weil die Kreditnachfrage zu groß bleiben würde. Wenn er schließlich, wie es auch die Resolution des Deutschen Landwirtschaftsrates tut,

eine vom Wechsel der Parlamente unabhängige Reichsliste

fordert, die mit den Spitzen der Landwirtschaft, dem Reichsernährungsministerium und der Reichsbank zusammen die Vorbereitungen zur Sanierung der Landwirtschaft zu treffen hat, so werden damit nachträglich, aber mit um so stärkerem Nachdruck, die Maßnahmen hinsichtlich der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste und die Absichten der neuen Leitung gerechtfertigt; die bisherige Tätigkeit des Reichsernährungsministeriums oder erfährt eine Kritik, wie sie vernichtender nicht denkbar ist.

„Neue Agrarkredite ohne wiederhergestellte Betriebsrentabilität bedeutet nicht Rettung der Landwirtschaft, sondern neue Lausung, eine neue Morphiumrippe mit so starker Dosis, daß sie voraussichtlich zum Tode führt.“ So hat Freiherr v. Münch, der Präsident der Rheinischen Landwirtschaftskammer, emphatisch und sicher nicht unrichtig ausgerufen, aber gegenüber Herrn Schiele und seinen übrigen Vorrednern verweigert er die Konsequenz zu ziehen, daß eine allgemeine Rentabilität der Landwirtschaft nicht wieder hergestellt werden kann, wenn nicht vorher bei den schlecht geführten Betrieben jener Besitz- und Betriebsleiterwechsel vor sich gegangen ist, der, wie allgemein bekannt, seit 1914 nur zu einem Bruchteil des Vorkriegsausmaßes erfolgte.

Große Verwirrung und tatsächliche Programmlosigkeit

ist so der Eindruck, den die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates hinterläßt. In einer großen Stunde muß die Landwirtschaft, muß die Öffentlichkeit erkennen, daß diese Körperschaft ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist.

Sicher ist der Deutsche Landwirtschaftsrat dem Reichslandbund nicht gleichzusetzen. Sicher macht der Deutsche Landwirtschaftsrat auch nicht, wie der Reichslandbund, kurzfristige Maßpolitis, wenn es auch zu verstehen ist — denn auch er hat, wie die Krise beweist, versagt —, daß er sich zu verteidigen sucht. Aber der Deutsche Landwirtschaftsrat ist von einer Tradition beherrscht, die im günstigsten Falle vielleicht in der Vorkriegszeit, wo die deutschen Gesamtverhältnisse noch andere waren, noch einigen Sinn haben konnte. Wie im industriellen Deutschland angesichts eines verlorenen Krieges und einer nicht wiederherzustellenden militärischen Machtposition das wirtschaftspolitische Schwergewicht nicht bei der Rüstungsindustrie der Schwerindustrie, sondern nur bei der verarbeitenden und Fertigungsindustrie heute und in aller Zukunft liegen kann, so kann sich Deutschland heute und in aller Zukunft auch nicht in allererster Linie den Schutz der extensiven Bodenrente erlauben. Und wie es unsinnig wäre, die verarbeitende und Fertigungsindustrie durch Zollaufbau und durch Subventionen vorwärts zu treiben, so unsinnig ist es auch, den Schutz der extensiven Getreidewirtschaft einfach nur deshalb auf die arbeitsintensive Bauernwirtschaft aus-zudehnen, weil man die großagrarisches Bodenrente unter allen Umständen schützen will. Beides zusammen ist weder in einem Sofortprogramm noch in einem Sanierungsprogramm möglich, nachdem die Krise heute da ist und gelöst werden muß. Das hat auch der Deutsche Landwirtschaftsrat nicht verstanden, und darum wird er den Aufgaben der Stunde nicht gerecht. Es ist die alte Zeit, es sind alte, nicht mehr haltbare Vorstellungen, die den Deutschen Landwirtschaftsrat beherrschen und die durch die Patronanz des Reichspräsidenten hindern und die Unselbstständigkeit der Vertreter einer Rechtsblockregierung auf dieser Tagung nur unterstreichen werden.

Preußen macht detaillierte Vorschläge.

Wie wir hören, beabsichtigt die preussische Staatsregierung von sich aus, detaillierte Vorschläge zur Durchführung des Rettungsprogramms der Reichsregierung für die Landwirtschaft zu machen.

Siemens gegen Schacht.

Siemens-Konjunktur weiter glänzend. — Abschlußprämien für gute Führung.

Herr Carl Friedrich von Siemens ist sicherlich ein ausgezeichneter Meister und Dirigent. Er versteht nicht nur sehr gut, in seinem Bankwäher Schloß vor Herzoginnen und Prinzessinnen höchst eigenhändig ein Orchester zu dirigieren, sondern ebenso gut auch eine Generalversammlung im Sinne der Großaktionäre zu leiten.

Seit Jahren bildet den Mittelpunkt der Siemens-Generalsammlungen die große Rede des Herrn von Siemens als Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Ortest wirtke auf der gestrigen Versammlung seine Erklärung, mit dem Prinzip der Geheimniskrämerie endlich zu brechen und sogar die hoch umstrittenen Umsatzziffern der beiden Siemens-Konzerne zu nennen, wenn — ein

beachtlicher Teil der Aktionäre dies wünsche. Bei der Abstimmung hierüber wurde der Antrag eines neuerlichen Kleinaktionärs durch die ablehnende Haltung der Großaktionäre natürlich zu Fall gebracht. Die Regie hatte wieder einmal geklappt.

Sehr beachtenswert waren die Ausführungen über die öffentliche Hand als Elektrizitätsproduzenten und als Auftraggeber für die Elektroindustrie. Sie stellten die ungewollte Unterdrückung der großen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen und in ihrem Kern eine scharfe Verurteilung der schachtischen Kreditpolitik dar. Da in Deutschland 75 Proz. der Kraftenergie von öffentlichen Betrieben betrieben wird, stammte auch ein wesentlicher Teil der Siemens-Aufträge von dieser Seite. Die im Herbst eingetretene Geldknappheit verbunden mit der Drosselung der Gemeinde- und Länderanleihen werde sich daher bei der elektrotechnischen Industrie besonders bemerkbar machen. Das Abstoppen der öffentlichen Aufträge sei aber einzig und allein auf die Geldnot der Gemeinden zurückzuführen und nicht etwa auf eine zurückgehende Nachfrage. Im Gegenteil, der Bedarf an elektrischer Kraft sei zweifellos noch in ständigem Wachsen begriffen. Damit sagt Herr von Siemens nichts anderes, als daß nur die Verstopfung der billigeren ausländischen Geldquellen die deutschen Kommunen hindert, einen natürlichen Bedarf durch Ausbau ihrer verbrennenden Kraftanlagen zu decken. So sehen auch bei Herrn v. Siemens die im Kopfe von Herrn Schacht entstandenen „Luzusaussagen“ der Städte aus.

Zum Schluß warf Herr von Siemens mit der Wurft nach der Speckseite: Die Siemens-Bewertung will auch Angestellte und Arbeiter an den Jahresgewinnen teilnehmen lassen. So sollen für 1926/27 an die Arbeitnehmer, die seit zehn Jahren bei Siemens arbeiten, Abschlußprämien in Höhe von 5 Proz. des Jahresverdienstes verteilt werden. Den Belegschaften wären regelmäßige höhere Löhne, bei denen sie selbst einen Notgroßlohn für schlechte Zeiten zurücklegen könnten, entschieden notwendiger, als solche Abschlußprämien nach mindestens zehn-jähriger „guter Führung“, wie man sie bei Siemens ausläßt. Die Siemens-Arbeiter haben nach den Erfahrungen mit den gleichen Zellen in den Betrieben allen Grund, diesen Maßnahmen das gründlichste Mißtrauen entgegenzusetzen.

Was über das laufende Geschäft gesagt wurde, war durchweg günstig. Die im Dezember eingetretene leichte Senkung der Beschäftigungsziffer hat sich im neuen Jahr nicht fortgesetzt. Der Bestand hat jetzt sogar wieder den Monatsdurchschnitt von 1927 übertraffen! Wiesmachen mit schlechter Konjunktur und so wird also Herr von Siemens sich etwas überlegen müssen, wo über Arbeiterforderungen zu verhandeln sein wird.

Güterverkehr wächst langsam weiter an.

In der Woche zum 11. Februar hat sich die arbeitstäglige Wagenstellung der Reichsbahn wieder leicht von 141 700 auf 142 200 erhöht.

Tabellarische Uebersicht seit Januar (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	1928	1927	1928	1927
1. 1.—7. 1.	746,1	721,5	124,5	126,2	
8. 1.—14. 1.	827,7	778,1	138,0	129,7	
15. 1.—21. 1.	836,6	790,3	139,4	131,7	
22. 1.—28. 1.	846,7	793,4	141,1	132,2	
29. 1.—4. 2.	850,3	795,8	141,7	132,6	
5. 2.—11. 2.	853,1	802,9	142,2	133,8	

Der Vergleich mit der vorjährigen Entwicklung zeigt, daß die Ausdehnung des Güterverkehrs ungefähr im gleichen Ausmaß erfolgt wie in den entsprechenden Wochen des Vorjahres. Seit Jahresbeginn hat dagegen in diesem Jahre die arbeitstäglige Wagenstellung bereits um 18 000 zugenommen, während im vorigen Jahre die Zunahme nur knapp 14 000 betrug.

Der Handel mit Polen.

Wie aus Warschau gemeldet wird, hielt der polnische Minister für Industrie und Handel auf einer Wirtschaftskonferenz eine Ansprache, in der er eine weitgehende Einschränkung der geltenden Reglementierungsvoorschriften für den Warenverkehr in Polen ankündigte. Die Erleichterung soll sich auf etwa 75 Proz. der bisherigen Vorschriften beziehen. — Diese sogenannte Reglementierung, die für bestimmte Waren Einfuhrverbote und Beschränkungen vorsah, bedeutete für die ausländischen Exportindustrien natürlich ein schweres Hindernis, ihre Ware in Polen an den Mann zu bringen. Um so mehr ist diese polnische Maßnahme zu begrüßen. Zur Erhöhung der Zölle, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen am Poleneport interessierten Ländern Aufsehen erregt hatte, erklärte der Minister, daß sie sich keineswegs gegen einen bestimmten Staat richteten und nur entsprechend dem gesunkenen Notwert aufgewertet seien. Er hoffe, daß die Einschränkung des Reglementierungszwanges die bevorstehenden Vertragsabschlüsse, insbesondere mit Deutschland, erleichtern werde.

Die Uebermacht des Ruhrtruffs im Röhrenverband. Vor der Produktion des Röhrenverbandes entfallen nach einer neuen Aufstellung 50 808 Proz. auf den Ruhrtruff (Vereinigte Stahlwerke A.G.). Ihm folgen die Rheinisch-Westfälische Röhrenwerke mit 17 Proz., die Preß- und Walzwerke A.G. Reicholz mit 6,4 Proz., die Hahnfeld Werke mit 6,1 Proz., der Mitteldeutsche Stahltruff mit 5,5 Proz., die Rheinisch-Westfälische Eisenwerke mit 3,6 Proz., die Oberschlesische Eisenhütten A.G. mit 3,1 Proz., der Schweizer Bergwerksverein mit 2,5 Proz., Rheinmetall mit 2,1 Prozent, die Kammerich-Werke mit 1,5 Proz., die Hölleschen Röhrenwerke mit 0,8 Proz. und die Maschinenfabrik und Eisengießerei Soalder-Leningen mit 0,4 Proz.

Die „Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften“ in Basel, die vor Jahresfrist vom Genossenschaftsbund der Schweiz und vom Verband Schweizerischer Konsumvereine ins Leben gerufen wurde, nimmt eine großzügige Erweiterung ihres Betriebes vor. Die Erweiterung bezweckt vor allem die Aufnahme der seit 15 Jahren bestehenden Bankabteilung des Verbandes der Konsumvereine. Die Bilanzsumme der Bank betrug am Schluß des ersten Geschäftsjahres 1927 rund 50 Millionen Franken.

Günstige Entwicklung des Rohkohlenshandels im Januar. Gegenüber dem bedeutenden Rückgang der deutschen Braunkohlausfuhr in den letzten Monaten des vorigen Jahres weist die Januarabfuhr ein scharfes Ansteigen auf. So erhöhte sich der Steinkohlensabfuhr im Ausland um 18 Proz. auf 2,7 Millionen Tonnen, der Braunkohlensabfuhr um etwa 6 Proz. auf 736 000 Tonnen und die Preßkohlausfuhr sogar um 80 Proz. auf fast 300 000 Tonnen. Gleichzeitg sank die Einfuhr von Braunkohlen insgesamt um 13 Proz. Dem Werte nach hat sich der Kohlenüberfluß im Januar von 48,8 auf 58,7 Millionen Mark, also um 20 Proz. erhöht.

Die internationale Bergbaukrise.

Engländer gegen internationales Übereinkommen.

Brüssel, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Der Vorstand der Bergarbeiterinternationale befaßte sich am Donnerstag mit der Krise im internationalen Bergbau und den Mitteln, die ihr abzuhelfen sollen. Als Grundlage dient eine von dem internationalen Sekretär ausgearbeitete Resolution, wonach die Hauptursache der Krise das wachsende Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch und die anarchische Konkurrenz ist. Zweck Abhilfe wird die Unterstützung der Opfer der Krise, eine internationale Organisation der Produktion und eine Verteilung auf Grund einer internationalen Verständigung gefordert.

Diese Grundzüge wurden von den Delegierten aller Länder mit Ausnahme der Engländer unterstützt. Die Engländer wandten sich gegen ein internationales Übereinkommen, weil es auf eine Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter hinausläufe. Sie befürworteten demgegenüber eine Angleichung der Arbeitszeit und der Löhne an die englischen, mit der Nebenabsicht, dadurch die Überproduktion zu erschweren und die Konkurrenz einzudämmen.

Nach langer Debatte wurde die Resolution des Internationalen Sekretariats schließlich mit allen Stimmen gegen die Engländer verabschiedet. Außerdem wurde einstimmig ein Protest gegen die Haltung der englischen Regierung zum Washingtoner Abkommen angenommen.

Um die Löhne für 28000 Chemiarbeiter.

Das Lohnabkommen in der chemischen Industrie gekündigt.

Die von der Tarifkommission der chemischen Industrie beauftragte engere Kommission hat in ihrer Sitzung am 22. Februar beschloffen, die Lohnsätze der chemischen Industrie, Sektion VII (umfassend den Bezirk Hesse, Hesse-Nassau und Waldeck), am 1. März zu kündigen, so daß sie am 31. März ablaufen.

Das gekündigte Abkommen regelt die Lohnsätze für 28 000 Beschäftigte. Am 31. März laufen auch die Lohnabkommen der Bezirke Ludwigshafen und Köln ab.

Verhandlungen in der Kanalschifffahrt.

Der Reichsarbeitsminister hat an den Deutschen Verkehrsband ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: In dem Tariflohnstreit der westdeutschen Kanalschifffahrt ist in den Verhandlungen am 24. Januar 1928 von der Schlichterkammer der einstimmige Beschluß gefaßt worden, die Verhandlungen bis auf weiteres zu vertagen. Ich halte nunmehr den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme des Verfahrens als gekommen. Die Verhandlungen werden am Dienstag, dem 28. Februar 1928, vormittags 11 Uhr, im Reichsarbeitsministerium wieder aufgenommen.

Das Spiel in der sächsischen Hüttenindustrie.

Dresden, 23. Februar.

Bei den heute im sächsischen Arbeitsministerium fortgesetzten Verhandlungen in der sächsischen Hüttenindustrie wurden von Arbeitgeberseite neue Einigungsvorschläge gemacht. Die Arbeitnehmer werden sich bis zum kommenden Dienstag hierzu erklären.

Verhandlungen im böhmischen Bergbaustreit.

Prag, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Die heutigen Verhandlungen zur Beilegung des Streits im nordwestböhmischen Bergbau blieben ergebnislos. Erst heute abend wurde auf Drängen der Arbeitervertreter die eigentliche Lohnfrage in Verhandlung gezogen. In diesem Punkt standen die Verhandlungen aber dort, wo sie vorige Woche in Bräu abgebrochen wurden. Die Unternehmer kamen über ihr bisheriges Zugeständnis, das einer 3,7prozentigen Erhöhung gleichkommt, nicht hinaus, während die Arbeitervertreter auf einer 10prozentigen Erhöhung beharren. In dieser Situation wurden die Verhandlungen um 10 Uhr nachts auf morgen vertagt. Man erwartet, daß die Regierung eingreifen und selbst bestimmte Kompromißvorschläge machen wird.

Musikaufträge

Übersicht man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Dienstadt 827-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

Die Herrenschneider fordern Lohnerhöhung.

In der Branchenversammlung der Berliner Herrenschneider am Dienstag abend in den „Sophienkäfen“ berichtete der Branchenleiter Genosse Faustmann über die Lohnbewegung in der Hutmacherei. Der Reichslohntarif für die Herrenschneider ist zum 11. März gekündigt worden. Der Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes hat in seiner letzten Sitzung die Forderungen aufgestellt, die sich auch die anderen Tariforganisationen zu eigen gemacht haben. Gefordert wird für die Stadtgruppe I, worunter auch Berlin, eine Lohnerhöhung für die Stadtschneider von 1,05 M. auf 1,25 M. und für die Zeittlohnenschneider von 1,15 M. auf 1,38 M.

Für die übrigen Stadtgruppen bewegt sich die Lohnforderung ebenfalls zwischen 20 bis 25 Proz. Es wird weiter gefordert, daß die Lohnstaffeln in den einzelnen Orten nicht mehr 4 Pf., sondern nur noch 3 Pf. betragen sollen. Schließlich wird noch die Befestigung des tariflichen Schiedsgerichtsverfahrens verlangt, weil besonders in den kleineren Orten die Kosten dieses Verfahrens mit dem zur Verhandlung stehenden Objekt in gar keinem Einklang stehen. Durch die Schaffung der Arbeitsgerichte können die meisten Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag vor diesen Gerichten meist schneller und billiger erledigt werden als vor den Tarifschiedsgerichten.

Genosse Faustmann betonte zum Schluß, daß bis zum Ablauf des Tarifes eine rege Agitation, besonders auch unter den Heimarbeitern, getrieben werden müsse, da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Unternehmer zugeknöpfte Taschen zeigen und es infolgedessen zu einem Kampf kommen müsse. In der Diskussion fand die vom Verband beirat aufgestellte Forderung volle Zustimmung.

Im Anschluß daran wurden die Wahlen der Delegierten zur örtlichen Generalversammlung vorgenommen. Das Ergebnis wird erst gegen Ende der Woche festgestellt.

Verhandlungen in der schlesischen Landwirtschaft.

Am 23. Februar fanden erneut Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium wegen des Lohnstreits in der schlesischen Landwirtschaft statt. Die Organisationsvertreter protestierten entschieden gegen die Verbindlichkeitsklärung des vorliegenden Schiedsspruches. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers versuchte, durch Vermittlungsvorschläge eine Einigung herbeizuführen. Da die Vermittlungsvorschläge jedoch eine wesentliche Minderung nicht brachten, wurde die Verhandlung ergebnislos abgebrochen.

Der ausgefuchte Tarif.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns geschrieben:

In früheren Jahren war es üblich, daß der Arbeitgeberverband im Einzelhandel, soweit Erfrischungsräume, Kantinen in Frage kamen, für das dort beschäftigte gastwirtschaftliche Personal den Tarifvertrag für das Gastwirtsgewerbe anerkannte. Auch die Firma K. Wertheim hat gegenüber den Vertretern des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten bei Gelegenheit der Begutachtung von Konzeptionsanträgen für Erfrischungsräume versichert, daß sie die Tarifverträge anerkenne.

Neuerdings beliebt die Firma, sich die Tarifverträge auszusuchen, nach denen sie ihre Angestellten bezahlt, wobei immer für die Angestellten ungünstigste Tarif ausgefucht wird. Daraufhin hat sich der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten am 23. Dezember 1927 an die Firma gewandt und die Anerkennung des Tarifvertrages für das Gastwirtsgewerbe verlangt. Am 6. Januar wurde an die Erledigung der Sache erinnert, trotzdem ist bis jetzt noch keine Antwort eingelaufen, obwohl Rückporto beigelegt wurde. Nunmehr wird versucht der Versuch gemacht werden müssen, die Firma durch den Schlichtungsausschuß zur Anerkennung des Tarifvertrages für das Gastwirtsgewerbe zu veranlassen.

An die UFA-Betriebsräte Berlins!

Mit dem 1. Mai verlieren die vom Ortsrat Berlin des UFA-Bundes ausgestellten, mit dem Jahresstempel „27“ versehenen Betriebs- und Angestelltenausweise ihre Gültigkeit. Meldungen über die jetzt vorgenommenen Betriebsratswahlen müssen der Geschäftsstelle Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin S.O. 16, Engelwerfer 24/25 (Gewerkschaftshaus), Aufgang A, 4. Stock, zugestellt werden, damit noch vor dem 1. Mai die neuen Ausweise den neugewählten UFA-Betriebsräten durch die UFA-Gewerkschaften zugesandt werden können.

Auch Betriebsräte, deren Zusammenfassung die gleiche geblieben ist, müssen ihre Wahl wieder dem Ortsrat melden, einmal, um die neuen Ausweise zu erhalten, und zum anderen, damit dem Ortsrat der UFA-Bundes am Schlusse des Jahres ein Gesamtüberblick über das Ergebnis der Betriebsratswahlen in den Groß-Berliner Betrieben für die UFA-Berlin und in den Geschäftsstellen Berlin im Ortsrat und in den Geschäftsstellen der Berliner UFA-Gewerkschaften erhältlich.

Dieselben UFA-Betriebs- und Angestelltenratsmitglieder, deren Amtsperiode über den 1. Mai hinausreicht, also vielleicht bis zum März 1928 läuft, haben ihre Ausweise dem Bureau des Ortsrats zu übermitteln. Diese eingehenden Legitimationskarten werden neu abgefordert und sodann von der Geschäftsstelle des UFA-Bundes Berlin den Einfindern wieder übermittelt. Vom 1. Mai ab können als Legitimationen zum Eintritt in Versammlungen usw. nur die Ausweiskarten mit dem Jahresstempel „28“ benutzt werden. Die alten, ungültig gewordenen Karten werden bei Vorweis einbehalten.

Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß Material, das die Wahlvorschriften enthält, sowie Wahlaustragen, Wahltaglisten, Bekanntmachungen für die Wahlergebnisse umsonst beim Ortsrat zu haben sind.

Spezialflugblätter für einzelne Betriebe, in denen UFA-Betriebsräte gewählt werden sollen, sind unter Abgabe eines Manuskripts mindestens 14 Tage vor dem Wahltag bei einer Berliner UFA-Gewerkschaft anzufordern. Die Erledigung des Auftrages und die Zustellung der Flugblätter geschieht dann durch die Geschäftsstelle des UFA-Bundes Berlin.

Ein allgemeines Wahltagungsflugblatt, ähnlich denen der früheren Jahre, wird voraussichtlich Anfang März erscheinen und dann in der Geschäftsstelle des UFA-Bundes sowie bei allen Berliner Geschäftsstellen der UFA-Gewerkschaften umsonst abgegeben. Die UFA-Betriebs- und Angestelltenräte, die auf die Verteilung dieses Flugblattes in ihren Betrieben Wert legen, wollen sich zum angegebenen Zeitpunkt zum Empfang der benötigten Exemplare an die Berliner UFA-Gewerkschaft wenden, die in dem betreffenden Betriebe die meisten Mitglieder hat, damit eine mehrfache zwecklose Anforderung und Verteilung vermieden wird.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsrat Berlin, Hagenau.

SPD-Metallarbeiter.

Montag, 27. Februar, 19 Uhr, Parteiverammlung in den Müllerkäfen, Keller-Müller-Gasse. Es wird über Fragen zu besprechen sein, wie das Erhalten aller Genossen erreicht, Partei- und Verbandstätigkeit gefördert, der Parteivorstand.

Wichtig, Kimmert! Am Sonntag, 26. Februar, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Canal 3, allgemeine Versammlung sämtlicher der Arbeiterkameradschaft angehöriger Kimmert Groß-Berlins, Inauguration: Stellungnahme zu den diesjährigen Vorstandsarbeiten. Um recht zahlreichen Besuch bitten. Der Parteivorstand.

Freie Gewerkschaftsjahres Groß-Berlin, Deutscher, Freitag, 19. Uhr, tags bei Gruppen: Seidling, Gruppenrat Eintracht Wedding, Gerichtstr. 63/64, Vortrag: „Gewerkschaftsrecht und Wandern.“ - Seidling, Jugendheim Turiner Ecke Gertr. Vortrag: „Wir geben vor das Arbeitsrecht.“ - Hermannsplatz Jugendheim Gertr. 11, Ecke Lohsestraße, Richtstr. Vortrag: „Wirtspost.“ - Köpenick: Jugendheim Gertr. 10, Ecke Lohsestraße haben das Wort. - Reichs-Jugendbundes Jugendheim Oberbaumstr. 10, „Wirtspost.“ - Reichs-Jugendbundes Jugendheim Oberbaumstr. 10, „Wirtspost.“ - Reichs-Jugendbundes Jugendheim Oberbaumstr. 10, „Wirtspost.“ - Reichs-Jugendbundes Jugendheim Oberbaumstr. 10, „Wirtspost.“

Nach Ihrer Ferienreise geben Sie auf Ihre Verdauung acht.

Viele Leute leiden auf ihrer Reise an Verdauungsstörungen. Die Magenleiden werden oft nicht regelmäßig eingenommen, man ißt Speisen, die weniger bekömmlich sind, und die man zu Hause vermeidet, kurz die Lebensweise ist vollständig verändert. Die Folge davon ist, daß Sie oft ein Unbehagen im Magen verspüren; es sind nicht garb Schmerzen, dennoch ein Zeichen, das Sie nicht unbeachtet lassen sollten. Magenstörungen, genau wie irgendeine andere Störung, werden leichter bei sofortiger Befämpfung behoben. Wenn Sie deshalb beim ersten Zeichen 1/2 Koffeetasse Biserite Magnesia in etwas warmem Wasser nehmen, werden Sie sofortige Linderung verspüren und die Entwicklung zu einem Leiden verhüten. Die von Ihnen empfundenen Störungen rühren von überschüssiger Säure her, die durch den plötzlichen Wechsel in Ihren Speisen hervorgerufen wurde. Biserite Magnesia neutralisiert den überflüssigen Säure im Magen und ist ein zuverlässiges und unschädliches Mittel gegen Verdauungsstörungen. In jeder Apotheke erhältlich.

Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestehen Sie darauf, nur die echte Biserite Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.

Theater, Lichtspiele usw. Freitag, 24. 2. 26 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr Der Arzt wider Willen Samstag, 24. 2. 25 Städtische Oper Bismarckstr. Geschl. Vorstellung. Die Weber

Großes Schauspielhaus Ende 11 Uhr REGIE: CHARELL DOMPADOUR MASSARY Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

Deutsches Theater Norden 12.30 Abonnementstb. Norden 10.30-30. 9 1/2 U. Ende nach 10 Zwölftausend Kammerspiele Norden 12.30 9 1/2 U. Ende 10 Uhr Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

HARRY PIEL Panik Regie und Hauptdarsteller: HARRY PIEL Harry Piel-Film der Ufa Ufa-Palast am Zoo Ufa-Theater Turmstraße

Flucht von John Galsworthy tags: Vize Admiralty Komödienhaus Norden 8.15-10.40 Uhr Hokuspokos von Curt Götz

Walhalla-Th. Weinbergsweg 19/20 Täglich 8 1/2 Uhr. Das Absteigequartier Schwank in 3 Akten

Wintergarten Nur noch wenige Tage! Freddy Rich m. seinen 14 unerreicht. Künstlern hierzu das große Varieté-Programm.

Volksbühne Theater am Blasenplatz Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr Die Entdeckung des Antonio Carossa 8 Uhr Schleber des Ruhms

Komische Oper 8 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr James Klein's gewaltiges neues Revue-Stück: Zieh' dich aus! 200 Mitwirkende. Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

Die Komödie Bismarck 2414/7516 8 1/2 U. Ende 10 1/2 U. Marcel Fradeln (Der Eunuch) Berliner Theater Direktion Kuhnert

CASINO-THEATER 8 Uhr Lothring. Str. 37 Nur noch wenige Aufführungen! Die spanische Fliege. Ausgeschieden Gutschein 1-4 Pers. Paare nur 1,10 M., Seiser nur 1,40 M.

Residanz-Theater Tägl. 8 1/2 Uhr. Wiederkehren d. Rundfunktenors Franz Baumann in der Operette Frühling am Rhein Sonntag 3 1/2 Uhr die ganze Vorstellung zu halben Preisen

Metropol-Th. Heute 1 1/2 Uhr: Premiere Der Graf von Luxemburg

Thalia-Theater Dresdenstr. 72/73 8 U.: Das Kamel geht durch das Nadelohr

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Straße 6. Täglich 8 Uhr Elite-Sänger. Februar in großer Form

SCALA Notendamm 136a. Albertina Rasch-Girls im Rahmen des großen Varieté-Programms! Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen

Renaissance-Theater Steinplatz 901 8.10 Uhr: Coeur Bube. Reichshallen-Theater 8 Uhr, Sonntags nachm. 4 Uhr. Stettiner Sänger

Berliner Theater mit Max Pallenberg inst. Erwin Piscator. Der Herr von... Pliscatorbühne

Th. im Admiralspalast Tägl. 8 1/2 Uhr. HALLER-REVUE Wann und wo?

2 Sonntag Vorstell. 3 Uhr. 5 1/2 Uhr. tags. 6 Uhr. Sonntag 10 Uhr. tags. 10 Uhr.

Kleines Theater Täglich 8 1/2 Uhr. Erika Gäßner in Greichen

NEUE WELT Arnold Schön. Hasenauer Str. 11. Täglich. Großes Bockbierfest in den bayr. Alpen

Haben Tiere Rechtsbewußtsein?

Von Dr. Gg. Victor Mendel.

In unzähligen Gesetzbüchern hat das größte Raubtier „Mensch“ festgelegt, was es für Recht und Moral anzusehen beliebt. Indem es sich vom primitiven „Recht des Stärkeren“ zur höchst komplizierten „Jurisprudenz“ höherentwickelte, glaubte es sich tumhoch in seiner Ethik über die geistig und vor allem moralisch minderwertige Tierwelt emporgeschwungen zu haben. Selbst wenn wir uns nun aber abgewöhnen haben, die Seele der Tiere mit menschlichen Augen zu schauen, so müssen wir doch konstatieren, daß auch das Tier bereits fast alle die Delikte kennt, die Menschengesetz in wohlbedachte Paragrafen rubriziert hat.

Besonders ausgeprägt ist vor allem der Rechtsbegriff des Eigentums, selbst bei Herden- und in Staatsgemeinschaften lebenden Tieren. Sozialismus ist deshalb auch keineswegs Rückentwicklung zur tierischen Primitivität, sondern ethisches Ziel, das allerhöchste „menschliche“ Moral zur Voraussetzung macht. Bei den Bienen z. B. deren einzelnes Individuum sich bekanntlich rücksichtslos für das Wohl seines Volkes aufopfert, kennt man doch bereits sehr gut den Begriff des Diebstahls an anderen Bienenvölkern und seiner Rechtswidrigkeit. Wenn durch widrige Umstände Not an Vorräten in einem Stock ausgebrochen ist, so gehen seine Bewohner auf Raub an Honig in den benachbarten Stöcken aus. Die Nächstenliebe geht dort aber keineswegs so weit, um die hungernden Brüder vom eigenen Reichthum zu unterstützen, sondern man fällt vielmehr die anders riechenden „Ausländer“ mit einer But als Räuber an, daß sie wortwörtlich „Haare lassen müssen“. In kurzer Zeit erkennt schon der Armer solche „Räuber“ an ihrer Glatze, die sich über den ganzen, sonst so dicht besetzten Körper fortzieht.

Wenn also schon so altruistische Staatentiere den Eigentumsbegriff gründlich kennen, so wird man sich vorstellen können, wie ihn nun andere, etwa gar Raubtiere, pflegen. Der Hund, der knurrend den Knochen gegen sein eigenes geliebtes Herrchen verteidigt, ist bekannt genug. Man beobachtet aber auch einmal eine Scene, wie sie sich alle Augenblicke abspielt, ohne doch in ihrer tieferen Bedeutung Beachtung zu finden: Steht da irgendein winziger kleiner Rospincher an seinem Freßnapf. Ein Riese von Bernhardiner kommt hinzu, um, hungrig, wie er ist, auch an dem lederen Mahl teilzunehmen. Da aber kommt er schlecht an. Kläffend verteidigt der schwache Zwerg sein Eigentum, und der Große zieht mit allen Zeichen eines schlechten Gewissens deutlich beschämt ab!

Ganz ebenso behauptet der Schwächere sein Recht in unzähligen anderen Fällen. Der Besitz einer Wohnung ist sehr häufig lediglich durch ein solches Rechtsbewußtsein gesichert, und das nicht etwa nur bei unter menschlichem Denksinn stehenden Haustieren, sondern auch bei fast allen freilebenden Wesen. So zieht sich z. B. der große Star vor dem kleinen Rothschwänzchen zurück, wenn er merkt, daß die beanspruchte Nisthöhle bereits im rechtmäßigen Besitz des Schwächlings ist.

Wer die Tiere beobachtet, die unrechtmäßig sich den Besitz anderer aneignen wollen, wird stets deutliche Anzeichen schlechten Gewissens bei ihnen konstatieren dürfen. Schlechtes Gewissen mag es z. B. sein, was manchen Nord in der Tierwelt verhindert. Denn wie wäre es sonst zu erklären, daß etwa der Fuchs zurückweicht vor der Henne, die ihre Küchlein verteidigt, obwohl er doch mit dieser Henne selbst gefährlich fertig werden könnte? Selbst diesen Raubtieren muß im tiefsten Innern ein Gefühl für die Heiligkeit der Mutterliebe innewohnen, daß sie Gewalttat vor den Augen der Mutter als etwas so Unrechtes ansehen, um auf Stillehung des eigenen Hungers Verzicht zu leisten.

Der Nord an Artgenossen nun gar — mit Ausnahme von ritterlichen Duellen im Kampf um das ewig Weibliche — wird fast bei allen Tieren höherer Art aus schärfster Verurteilung und sogar bestraft. Abzusehen von Wölfen, die in Rudeln leben und gerade deshalb zu unangenehmer Jahreszeit manchmal wirklich katastrophale Hungersnöte durchzumachen haben, kommt Verpöndelmord oder gar Kannibalismus kaum jemals vor. Wenn Muttertiere ihre Jungen aufzuziehen, so nur deshalb, weil sie genau fühlen, daß die mütterliche Nahrung verfliehet und die Kleinen eines qualvollen Todes sterben müßten. Es ist also eher mütterliches Mitleid, als der von den Menschen fast stets angenommene Kannibalismus, der zu solchen „Ameisenmorden“ führt. Trotzdem zeigen Hündinnen noch solchen Tötungs aus Not fast stets ein gedrücktes Wesen: wobei es allerdings fraglich bleibt, ob Trauer um die Jungen oder schlechtes Gewissen die eigentliche Ursache bilden.

Allerdings, es gibt auch bewußte Morde an Stammesgenossen, die sehr nach häßlicher Grausamkeit aussehen. Dazu gehört der Massenmord an den Drohnen der Bienen in der „Drohnen Schlacht“, der jedoch aus Gründen der bei den Insekten ja alles beherrschenden Staatstheorie geschieht, um das Volk vor unnützlich und deshalb gefährlich werdenden Fressern und anspruchsvollen Niststörern zu schützen. Meistens sah ich, wie ein ganzer Schwarm von Sperlingen plötzlich nach einer Art von „Beratung“ auf einen still und „mildere“ abseits stehenden Artgenossen herab mit Schnäbeln und Klauen herfielen, daß der Kernste zerbrach und blutend für tot liegen blieb. Dermal gelang es mir, einen solchen „Hingerichteten“ nachträglich zu sezieren. Und da stellte sich heraus, daß zweimal der Betreffende an einer „Spirilliose“ litt, einer ansteckenden Krankheit, die, im Erreger, unserer Epphitis verwandt ist, während im dritten Falle eine gleichfalls ansteckende Amöbenruhr vorlag. Also eine Erektion aus sanitätspolizeilichen Gründen!

Rechtlich ist auch der Ehebruch den Tieren nicht unbekannt. Er kommt selbst dort überaus häufig vor, wo nach den Naturgeschichtsbüchern die Einzelhe geradezu musterhaft herrschen soll. Als ein solches Muster werden beispielsweise immer die Tauben hingestellt. Aber gerade bei ihnen habe ich fast regelmäßig auch ganz lustige Seitengespräche konstatieren können. Sobald zufällig nur je ein männlicher und ein weiblicher Partner aus zweien solcher Bände fürs Leben gleichzeitig fortgeschoben waren, machten sich die frühlichen „Hinterlebenen“ durchaus kein Gewissen daraus, ihre ohnungslosen Ehehäupter recht ausgiebig zu betrügen! Trotzdem aber lebte in ihrem inneren Rechtsbewußtsein sehr genau die Einsicht für die Schädlichkeit ihres Tuns. Sobald nämlich die bessere oder schlechtere Hälfte zurückgekehrt war, so konnten sich die Verbrecher gar nicht genug tun in heuchlerischen Beweisen ihrer innigen Liebe... oder Neue!

Wo nun gar menschliche Erziehung durch jahrtausendelange Beeinflussung die Tierseele gewandelt hat, bekommt das Rechtsbewußtsein der Tiere fast menschliche Züge. Hunde wissen ganz genau, was ihnen gehört. Mein Pudel z. B. würde niemals eine Schüssel mit Aufschnitt anrühren, selbst wenn sie vorzüglich ganz niedrig, nahe dem Fußboden hingestellt würde. Sie gehört eben Frauen; wohl schon, weil alles so schön geordnet darauf liegt. Wir

Brückenbauerlatein.

Von Erich Grisar.

Also das war so um die Jahrhundertwende herum, erzählte Blautopp und hob das frischgefüllte Glas, das er mit einem Zuge leerte. Wir bauten damals eine große Brücke über den Rongo. Ein verdammtes Klima da unten, kann ich euch sagen. Aber es wurde Geld verdient und dann, wenn du jung bist, willst du die Welt sehen. Sonst wär ich nicht mitgefahren.

Als wir die Brücke so weit hatten, daß wir sie neten konnten, sagt der dicke Spedmann zu mir, ... ihr kennt doch den dicken Spedmann von der Union? Mit dem war ich unten. Also er sagt, so jetzt haben wir gewonnen.

Gewonnen? denke ich und lade ihn von oben bis unten an. Warm kriegen wir die Riete ja wohl, sagte ich denn und vorhalten will ich sie wohl auch, aber wie wollen wir die Köpfe drauf kriegen? Du kannst doch nicht den Döpper halten und zuschlagen zugleich. Ihr müßt nämlich wissen, daß unsere ganzen Zuschläger und Schloffer frant im Zeit logen. Wer die Malaria nicht hatte, lag mit faustgroßen Böhern im Kopf lang. Die Urwaldböffen schmeißen da unten nämlich den ganzen Tag mit Kokosnüssen um sich. Und wo so'n Bieft hinfällt, da kannst du es spüren. Aber gerade das war unsere Rettung.

Also mach keine langen Menkten, sagte Spedmann zu mir und drückte mir eine Schnappdötte auf den Kopf. So ne Art Stahlhelmerer jagt müßt ihr wissen. Dann steckten wir die Riete in den Sand, um sie zu wärmen. So heiß war es da unten. Als sie weißwarm waren, wurden sie eingesiebt. Und so habt ihr noch keinen Rieten gesehen. Ich hatte mir den dicksten Döbbo zum Vorhalten geholt. Spedmann hielt die Döbberzange. Ich hatte das Riet kaum richtig sitzen und er hatte die Döpperzange noch nicht ganz in der Hand, da flogen auch schon die dicken Kokosnüsse von den Bäumen. Ein Wiaß, daß wir uns die Schnappdötte auf den Kopf gesetzt hatten, sonst säße ich jetzt nicht hier unter euch. Ja, ja, ja ging das. So schnell kann kein Mann die Fahne*) schwingen. Eins zwei drei, hotten wir die schönsten Köpfe auf unseren Rieten sitzen. Und was soll ich noch lange erzählen. Uns machte die Sache Spaß. In der halben Zeit, als du sonst mit drei Kolonnen brauchst, haben wir damals die Brücke genietet. Na, und ihr könnt euch denken, was wir für Geld verdient haben dabei. Aber da unten kriegt du auch Durst und wie wir nach Hause kamen, waren wir so arm wie vorher.

Wenn das alles ist, wart Paul Grobtoen, der dicke Kesselschmied dazwischen, so'n kleine Brückenmontage am Rongo, die kannst du für Klönne jeden Tag machen. Da will ich euch mal ein Ding erzählen, das ich mitgemacht habe. Ihr wißt doch noch, wie damals der Äquator plätzte. Klönne kriegte den Auftrag, ihn wieder zu

*) Vorhammer.

neten. Ich mußte natürlich mit, wie immer, wenn was besonderes los war. Na, mir war's recht. Aber nun stellt euch vor, die Baustelle lag mitten im Urwald und wir durften auch nicht das kleinste Feuer anmachen, sonst wär der ganze Salat abgedrann. Wie sollten wir nun unsere Pinne warm kriegen. In'n Sand stecken wie am Rongo, denkt ihr. Aber, die Pinne, die wir da brauchten, waren zu dick dazu.

Wie habt ihr denn gemacht, fragten die Tischgenossen aufgeregt. Paul ließ sie noch ein wenig zappeln, dann fuhr er fort: So haben wirs gemacht. Wir schickten ein Telegramm nach Klönne und ließen uns die Pinne in Deutschland im Hochofen wärmen. Sobald sie weißwarm waren, wurden sie in 'Watte' gepackt und mit dem Orientexpres runter geschickt. Wir, die Riete ausgeladen, in die Taschen gesteckt und dann von jeder Seite drei Lokomotiven davor gejagt, das war nur eins. In Zeit von Russkommanants hatten wir unsere Riete drein sitzen und die ersten hundert Jahre plätzte der Äquator nicht wieder. Das sage ich euch. Prost!

Sozial Geschichten haben wir nicht gemacht, meßelte sich nun Eskimo, der seinen Namen von einer Montage in Spitzbergen mitgebracht hatte, zum Wort. Wie wir damals die Brücke über'n Nordpol bauten, durften wir nur einen Hundeschlitten voll Material mitnehmen. Na, was packst du da schon drauf? Einen Stieg über'n Bach und für 'ne Woche Brot. Aber keine Brücke. Aber mein Monsieur, das war ein ganz schlauer. Der packte einen Rinimag auf und was zu futtern und sonst nichts.

Der hatte wohl Angst, daß die Erdböcke warm lief, warfen die anderen dazwischen.

Daselbe dachte ich damals auch. Aber mein Monteur war nicht so dumm wie ihr denkt. Kaum daß wir da waren und uns die Gegend so richtig befaßt hatten, sagte er zu mir, so, nun wollen wir anfangen. Ich lade ihn an. Genau so'n Gesicht wie du, Karl, muß ich damals gemacht haben, da nimmst er den Rinimag vom Schlitten, stößt ihn auf und spricht los. Ich denke, mir sollen die Finger ab, so kalt war es da oben. Aber des war gerade das Richtige. Wie nämlich das Wasser so schön im Bogen spritzte, war es auch schon zu Eis gefroren und der erste Bogen stand.

So, nun daselbe nochmal, sagte der Alte und er spritzte die den zweiten Bogen hin. So schön kannst du ihn nicht mit dem Zirkel ziehen. Beim drittenmal spritzt er die Querverbände rein und beim viertenmal die Vertikalen. Einmal mit dem Rinimag hin und hergeschwenkt und die Brücke hatte den schönsten Belag.

Den selben Tag noch packten wir unsere Schlitten und fuhren um. Und wenn inzwischen kein Taumetter gekommen ist, könnt ihr heute noch über unsere Brücke gehen, wenn ihr mal in die Gegend kommt.

haben ihm das keineswegs extra beigebracht, sondern sein Rechtsbewußtsein sagt es ihm.

Allem, was rennt und fliegt, jagt er mordlustig nach. Aber „Wusch“, das frei in der Wohnung herumlaufende Eichhörnchen, ist ihm unantastbar, weil es herrschen gehört. Um jedoch der Versuchung erfolgreich widerstehen zu können, wendet er ostentativ den Kopf vor dem verdächtigenden Tierchen, damit er es gar nicht erst sieht. Natürlich schlägt er aus diesem tiefen Eigentumsgefühl heraus nun sanftlich auch alles, was er als seinen unreinen Besitz betrachtet. Wehe selbst mir, wenn ich ihm etwa seinen Gummiball fortnehmen wollte! Er weiß genau, was Recht und Unrecht ist; ganz ohne juristisches Studium und ohne Paragrafen. Und bei fast allen höheren Tieren ist es nicht anders. Denn auch sie haben eben ein Rechtsbewußtsein — feiner vielleicht, als wir verbildeten Menschen!

Hochzeit im Spahennest.

In den letzten Winterwochen, lange bevor in den anderen Bogen der Liebestrieb erwacht, feiert der Sperling Hochzeit. Seine Zukünftige hat er sich durch die Ausführung eines ganz bescheidenen Balzplanes erobert, der eigentlich nur in einem herumstolzierten Zustand, bei dem er bisweilen ein wenig mit den Flügeln klug. Außerdem kommt es bei den werdenden Sperlingen aber auch zu heiligen Debatten und Kämpfen mit den Nebenbuhlern, an denen sich übrigens, ganz im Gegensatz zu den anderen Vögeln, auch die Weibchen beteiligen, indem sie unter lautem Geheul mit starkem Flügelgeschlagen mithelfen, die unerwünschten Freier zu vertreiben, gelegentlich aber dennoch einem der Vertriebenen folgen und den Sieger im Stich lassen. Sicher ist das Sperlingsmännchen seiner Erwählten erst dann, wenn sie beim Bau des Nestes mittut und damit zeigt, daß sie das Nest mit ihm teilen will. Der Restbau des Sperlings ist allerdings keine Kunstleistung. Als Höhlen- u. d. Hausbrüter, der er von Natur aus ist, hat er es auch nicht nötig, ein Nest zu bauen, das ihn vor Wind und Wetter schützt, und so unordentlich er im Verhältnis zu anderen Vögeln man sein Nest baut, so wenig genau nimmt das Weibchen es auch mit der Zahl der Eier, die es legt; sie schwankt zwischen vier und sieben, während sonst die Eierzahl bei den Vögeln so ziemlich konstant bleibt. Während das Sperlingsweibchen brütet, bemüht sich das Männchen sogar, eine Art Gesang hervorzubringen: wenigstens schreit es nicht so gellend wie sonst, sondern versucht einen etwas leiseren Schlag, ähnlich dem des Finken zu singen. In dieser trübsen Zeit im Spahennest sind die Männchen auch wieder besonders kampftüchtig und lassen keinen anderen Sperling auch nur in die Nähe des Nestes, in dem das Weibchen auf den Eiern sitzt.

Wertwürdigerweise hat man vor einigen Jahren die Beobachtung gemacht, daß der Hausperling, der sich derart dem Menschen angepaßt hat, daß er vom Körnerfresser zum Allesfresser, und vom Höhlenbrüter zum Hausbrüter wurde, manchmal auch Freiheitsgelüste zeigt. In Pomern und im südlichen Schweden begannen Hausperlinge aus einmal große Baumneser anzulegen und somit außerhalb des schützenden Hofes zu nisten. Da in diesem Fall nicht der geringste Zwang vorlag und die Vögel freiwillig die alte Brutgemohnheit aufgegeben hatten, kann man das Baumbrüten tatsächlich als eine Art Freiheitsdrang betrachten, der die Vögel zu Freiwillern werden ließ. Auf Helgoland wie auch auf anderen Nordsee-Inseln hat sich der Hausperling sogar in einen Zugvogel verwandelt, allerdings aus Zwang, da ihn die Drehmaschinen, bei deren Arbeit nichts für ihn oblie, einer wichtigen Nahrungsquelle

beraubten. Schon im Herbst zieht der größte Teil der auf diesen Inseln brütenden Sperlinge fort — nur etwa 20 bis 30 Stück bleiben — und kehrt dann erst im Frühjahr wieder; ihr Winteraufenthalt ist völlig unbekannt.

Das Rätsel der etruskischen Sprache.

Wie bereits kurz gemeldet wurde, ist es dem Professor an der Universität Bologna, Trombetti, gelungen, ein Kapitel der Sprachgeschichte, das seit langem zu den dunkelsten gehört, aufzuhellen, indem er die etruskischen Inschriften entzifferte. Der Gelehrte hat nun einem Berichterstatter des „Corriere della Sera“ höhere Mitteilungen über seine aufsehenerregende Entdeckung gemacht. Er beschäftigt sich seit dem Jahre 1891 mit dem Rätsel der etruskischen Sprache, hat aber zunächst immer nach der Methode der vergleichenden Sprachwissenschaft gearbeitet, durch die es ihm gelang, die Verwandtschaft des Etruskischen mit den alten kleinasiatischen Sprachen nachzuweisen. Dann aber hat er sich mehr der Entzifferung dieser merkwürdigen Sprache mit Hilfe des Etruskischen selbst zugewandt, und es ist ihm gelungen, verschiedene Texte zu übersehen und zu erklären. Er hat darüber ein 300 Seiten starkes Werk verfaßt, das Ende April erscheinen wird; es enthält eine Grammatik des Etruskischen, ein Wörterbuch, einzelne Texte mit genauen Erklärungen und Uebersetzungsproben. Trombetti glaubt nicht, daß er bereits vollständig das Geheimnis der Sprache der alten Bewohner Italiens gelüftet hat, aber er sieht in seinen Forschungen den Anfang zu einer energiegelbigen Lösung und glaubt, daß andere Gelehrte nunmehr zum Ziele gelangen können. Nach seiner Meinung darf man sich auf diesem Gebiet nicht darauf beschränken, die etruskischen Worte durch ihre Verwandtschaft mit den Worten anderer Sprachen zu erklären, sondern muß auch alle Möglichkeiten benutzen, die die etruskischen Inschriften selbst zum Verständnis ihres Inhalts darbieten. Er hat seine Ergebnisse mit Hilfe beider Methoden erreicht. Nähere Angaben wird er in einem Vortrag machen, den er auf dem Internationalen Sprachenkongress halten wird, der vom 10. bis 14. April im Haag stattfindet.

Amanullah oder Aman Allah? Den Namen des Königs von Afghanistan kann man in den Zeitungen in den verschiedensten Formen lesen. Am besten ist es (so auch im „Vorwärts“) Amanullah zu schreiben. Ganz falsch sind Formen wie Aman Allah; denn ein Wort „Allah“ gibt es nicht. In wissenschaftlichen Werken schreibt man solche Namen meist so: Amanullah. Das Ganze ist nämlich eine Genetivzusammenziehung, wobei das erste Wort ohne Artikel und ohne das „n“ der im klassischen Arabisch üblichen Romantivendung „un“ erscheint und nach der „u“-Endung das „a“ des zum folgenden Wort gehörigen Artikels „al“ abfällt, also wird z. B. amanullah zu amanullah (Treue Gottes, d. h. Treue zu Gott). Das Wort Allah erscheint stets mit Artikel, vergleiche das bekannte Glaubensbekenntnis: la ilahun illallah / wa muhammadun rasulu'illah (Üblicher heißt in der Form der Umgangssprache: la ilaha illallah / wa muhammad rasulallah) „nicht ein Gott (ilaha) außer dem Gott (allah) / und Muhammad der Prophet Gottes“. Auch die Schreibungen im „Juden“, wie z. B. Abd ul Hamid („Knecht [oder Anbeter] des Hohen“, d. h. des Hohen Gottes) sind noch abgesehen unrichtig. In der Umgangssprache ist die Endung „un“ abgehoben, demnach heißt das „a“ (oder „e“) des folgenden Artikels „al“ (oder „el“) erhalten; Schreibungen wie Abd el Kader („Knecht [oder Anbeter] des Kächtigen“), Abd el Krim („Knecht [oder Anbeter] des Gütigen“, d. h. gütigen Gottes) sind also richtig. Vergleiche noch den bekannten Vornamen Abdullah (klassisches Arabisch) neben Abdallah (Umgangssprache), beides bedeutet „Knecht [oder Anbeter] Gottes“.

Erich Pagel

Billige Lebensmittel

Leipziger Str. / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Str. / Brunnenstr. / Kottbuser Damm / Andreasstr. / Chausseestr.

In unseren Häusern
Leipziger Str., Alexanderplatz (Bridgeschoss)
bis einschl. Sonnabend, den 25. Februar, sehenswerte
AUSSTELLUNG
seiner moderner
Parfümerien u. Bijouterien

Frisches Fleisch

Pa. Schweinebauch ohne Beilage, Pfund 78 Pf.
Pa. Schweine-Schulterblatt Pfund 82 Pf.
Pa. Schweinekamm und -Schulter ohne Schwarte, ohne Beilage, Pfund 98 Pf.
Pa. Schweinekotelett Pfund 1,12
Pa. Pökelkamm mild Pfund 98 Pf.
Pa. Kassler mild gesalzen Pfund 98 Pf.
Pa. Eisbein mit Spitzbein, mild Pfund 64 Pf.
Pa. Linsen Pfund 68 Pf.
Pa. Rückenleib bratfertig Pfund 74 Pf.
Kalbshamm ohne Beilage Pfund 74 Pf.
Kalbsnierebraten Pfund 82 Pf.
Kalbskeule bis 9 Pf. schwer u. Blatt mit 90 Pf.
Pa. Kalbschmitzel Pfund 2,20
Hammelvorderfleisch Pfund 90 Pf.
Pa. Schmorfleisch Keule, o. K., mit 1,16
Pa. Rouladen Pfund 1,28
Pa. Schabefleisch Pfund 1,18
Pa. Gebäcktes Pfund 70 Pf.
Hinderbacken Pfund 40 Pf.
Pa. Talg selbstanzulassen Pfund 58 Pf.

Konsumwaren

Spinat 46 Pf.
Kohlrabi in Schalen 48 Pf.
Schnillbohnen I 68 Pf.
Stangenbohnen 88 Pf.
Gemüse-Erbsen 66 Pf.
Junge Erbsen 76 Pf.
Junge Erbsen mittelgroß 92 Pf.
Junge Erbsen sehr fein 1,25
Jg. Erbsen mit Karotten 1,25
Pfefferlinge 92 Pf.
Sellerie 98 Pf.
Rote Rüben 48 Pf.
Apfelmus 58 Pf.
Kürbis 78 Pf.
Stachelbeeren 98 Pf.
Birnen halbe Frucht 1,10
Kirschen süß, mit Stein 1,10
Ananas 1,20
Mirabeln 1,25
Erdbeeren 1,50

Geflügel und Wild

Gefrorene Gänse Pfund von 58 Pf.
Suppenhühner gefroren Pfund 1,30
Hasen getreift and ausgewaschen Pfund 88 Pf.

Käse

Frühstückskäse Stück 9 Pf.
Romalour Stück 15 Pf.
Camembert mit Schnittlauch 15 Pf.
Brie Käse Pfund 50 Pf.
Schweizerkäse Pfund 95 Pf.
Tilsiter vollfett Pfund 96 Pf.
Münsterkäse Pfund 1,00
ital. Cremekäse Pfund 1,20

Salze

Margarine Pfund 50, 55, 62 Pf.
Kokosfett 1-Pfd.-Fakel 62 Pf.
Bratenschmalz Pfund 76 Pf.
Griebenschmalz Pfund 76 Pf.
Rohschmalz Pfund 76 Pf.
Molkereibutter Pfund 1,86
Tafelbutter Pfund 1,94
Schwed. Butter Pfund 2,20

Kolonialwaren

Eiermakkaroni Pfund 44 Pf.
Eierschnittnudeln Pfund 44 Pf.
Bierdennudeln Pfund 44 Pf.
Brudreis Pfund 19 Pf.
Palma-Reis Pfund 28 Pf.
Linzen Pfund 28, 20 Pf.
Weisse Bohnen Pfund 20 Pf.
Hajerflocken Pfund 26 Pf.
Weizengriess Pfund 26 Pf.
Bosn. Pflaumen Pfund 28 Pf.
Kalt. Pflaumen Pfund 38 Pf.
Mischobst 8 Frucht, Pfund 48 Pf.
Kakao 1-Pfund-Paket 90 Pf.

Wurstwaren

Speckwurst Pfund 1,00
Sülzwurst Pfund 1,00
Schinkenecken Pfund 1,00
Hessischer Leberwurst Pfund 1,00
Große Mettwurst Pfund 1,10
Jagdwurst Pfund 1,20
Knoblauchwurst Pfund 1,20
Speck magerer Pfund 1,20
Fleischwurst Pfund 1,20
Braunschweiger Pfund 1,30
ff. Leberwurst Pfund 1,40
Hildesheimer Art Pfund 1,40
Schinkenspeck Pfund 1,45
Schinkenspeck Pfund 1,55
Bierwurst Pfund 1,50
Teewurst Pfund 1,60
Zervelat u. Salami Pfund 1,65
Mauschinken Pfund 1,80

Fische u. Räucherwaren

*Grüne Heringe 5 Pfund 45 Pf.
*Seelachs o. Kopf, im Ganzen, Pfund 30 Pf.
*Kablau o. Kopf, im Ganzen, Pfund 32 Pf.
*Rotbars Pfund 32 Pf.
*Kablaufilet Pfund 58 Pf.
*Leb. Hechte Pfund von 85 Pf. an
Räucherheringe Stück 15 Pf.
Makrelbücklinge Pfund 24 Pf.
Engl. Bücklinge Pfund 40 Pf.
Sprotten Klasse brutto ca. 1 Pf. 42 Pf.
Flundern große Pfund 60 Pf.
Stückenlachs Pfund 2,30

Gefrierfleisch

Pa. Schmorfleisch Keule, o. K., mit 96 Pf.
Pa. Gulasch ohne Knochen Pfund 68 Pf.
Pa. Suppenfleisch Pfund von 52 Pf. an
Pa. Hammelvorderfleisch Pfund 70 Pf.
Pa. Rinderlinge frisch Pfund 38 Pf.
Pa. Kuheuter frisch Pfund 26 Pf.
Pa. Schweineköpfe mit Backs, Pfund 44 Pf.

Obstweine

Johannisbeerwein rot u. schwarz 85 Pf.
Heidelbeerwein vollsüß 8,50 Pf.
Stachelbeerwein 7,50 Pf.
Vider süßer Apfelwein 5,00 Pf.
Borsdorfer Apfelwein 5,00 Pf.

Obst

Fssüpfel 2 Pfund 45 Pf.
Amerik. Äpfel Pfund 42 Pf.
Musüpfel 5 Pfund 78 Pf.
Apfelsinen 4 Pfund 90 Pf.
Banane Pfund 50 Pf.
Hallowe Datteln Pfund 48 Pf.

Chin. Tee

Bowlen- und Tischweine
Vorzüchlicher Bowlenwein 10 Pf.
Tarragon rot, Mosiague-Rotwein 10 Pf.
1926er Essheimer angesehm. Tischw. 1,25 12,00
1926er Lichtbraunmilch vorzügl. Qual. 1,75 16,50
Sonnenblumen vorzügl. Rotwein 1,60 15,00
Zur 10 Pf. Bowlenwein 13,50
Bowlen 1 Pf. Fruchtbaumw. ohne Flasch.
1 Dose Ananas (Schelb.) ohne Flasch.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sonntag, den 26. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, in den Räumen des Söden, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Branchenversammlung der Eisen-, Revolverdreher und Drehmaschinen sowie Rundschleifer
Tagungsordnung: 1. Vortrag über: Die neuesten und wissenschaftlichen Rechenverfahren. 2. Branchenangelegenheiten.

Mittelsabend im Söden.
Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht.

Montag, den 27. Februar, nachm. 3 Uhr, in Söden, Söden, Söden

Arbeitslosenversammlung der Metallarbeiter u. Götterknechte
Tagungsordnung: 1. Die gegenwärtige Situation bei unseren arbeitlosen Kollegen. 2. Stellungnahme zum Sozialversicherungswesen. 3. Bericht über den Fortschritt der Arbeit.

gesunden Schlaf

und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie nur durch das echte

Baldravin
Patentherstellung unter Nr. 342688. Er enthält essig. Extraktstoffe d. Baldrian-Wurzel in kräftigen Süßweine gelöst. Alle Nachahmungen, die als abgemischt angeboten werden, weisen man unbedingt zurück.

Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Hersteller: Otto Stumpf & Co., Chemnitz.

Nehmt zum Scheuern



ATA

das unvergleichliche Putz- u. Scheuermittel!

Verkäufe
Bekleidungsstücke, Wasche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jacketts, Anzüge, Smokingen, Paletots, Gummimäntel, Hosen, etc. (siehe Liste) verkauft. Preis sehr billig. Keine Kommodore.

Bei Kauf von 100,- bis 200,- Reichmarken 10% Rabatt.

Bei Kauf von 500,- bis 1000,- Reichmarken 15% Rabatt.

Bei Kauf von 1000,- Reichmarken 20% Rabatt.

Bei Kauf von 2000,- Reichmarken 25% Rabatt.

Bei Kauf von 3000,- Reichmarken 30% Rabatt.

Bei Kauf von 4000,- Reichmarken 35% Rabatt.

Bei Kauf von 5000,- Reichmarken 40% Rabatt.

Bei Kauf von 6000,- Reichmarken 45% Rabatt.

Bei Kauf von 7000,- Reichmarken 50% Rabatt.

Bei Kauf von 8000,- Reichmarken 55% Rabatt.

Bei Kauf von 9000,- Reichmarken 60% Rabatt.

Bei Kauf von 10000,- Reichmarken 65% Rabatt.

Bei Kauf von 11000,- Reichmarken 70% Rabatt.

Bei Kauf von 12000,- Reichmarken 75% Rabatt.

Bei Kauf von 13000,- Reichmarken 80% Rabatt.

Bei Kauf von 14000,- Reichmarken 85% Rabatt.

Bei Kauf von 15000,- Reichmarken 90% Rabatt.

Bei Kauf von 16000,- Reichmarken 95% Rabatt.

Bei Kauf von 17000,- Reichmarken 100% Rabatt.

Bei Kauf von 18000,- Reichmarken 105% Rabatt.

Bei Kauf von 19000,- Reichmarken 110% Rabatt.

Bei Kauf von 20000,- Reichmarken 115% Rabatt.

Bei Kauf von 21000,- Reichmarken 120% Rabatt.

Bei Kauf von 22000,- Reichmarken 125% Rabatt.

Bei Kauf von 23000,- Reichmarken 130% Rabatt.

Bei Kauf von 24000,- Reichmarken 135% Rabatt.

Bei Kauf von 25000,- Reichmarken 140% Rabatt.

Bei Kauf von 26000,- Reichmarken 145% Rabatt.

Bei Kauf von 27000,- Reichmarken 150% Rabatt.

Bei Kauf von 28000,- Reichmarken 155% Rabatt.

Bei Kauf von 29000,- Reichmarken 160% Rabatt.

Bei Kauf von 30000,- Reichmarken 165% Rabatt.

Bei Kauf von 31000,- Reichmarken 170% Rabatt.

Bei Kauf von 32000,- Reichmarken 175% Rabatt.

Bei Kauf von 33000,- Reichmarken 180% Rabatt.

Bei Kauf von 34000,- Reichmarken 185% Rabatt.

Bei Kauf von 35000,- Reichmarken 190% Rabatt.

Bei Kauf von 36000,- Reichmarken 195% Rabatt.

Bei Kauf von 37000,- Reichmarken 200% Rabatt.

Bei Kauf von 38000,- Reichmarken 205% Rabatt.

Bei Kauf von 39000,- Reichmarken 210% Rabatt.

Bei Kauf von 40000,- Reichmarken 215% Rabatt.

Bei Kauf von 41000,- Reichmarken 220% Rabatt.

Bei Kauf von 42000,- Reichmarken 225% Rabatt.

Bei Kauf von 43000,- Reichmarken 230% Rabatt.

Bei Kauf von 44000,- Reichmarken 235% Rabatt.

Bei Kauf von 45000,- Reichmarken 240% Rabatt.

Bei Kauf von 46000,- Reichmarken 245% Rabatt.

Bei Kauf von 47000,- Reichmarken 250% Rabatt.

Bei Kauf von 48000,- Reichmarken 255% Rabatt.

Bei Kauf von 49000,- Reichmarken 260% Rabatt.

Bei Kauf von 50000,- Reichmarken 265% Rabatt.

Bei Kauf von 51000,- Reichmarken 270% Rabatt.

Bei Kauf von 52000,- Reichmarken 275% Rabatt.

Bei Kauf von 53000,- Reichmarken 280% Rabatt.

Bei Kauf von 54000,- Reichmarken 285% Rabatt.

Bei Kauf von 55000,- Reichmarken 290% Rabatt.

Bei Kauf von 56000,- Reichmarken 295% Rabatt.

Bei Kauf von 57000,- Reichmarken 300% Rabatt.

Bei Kauf von 58000,- Reichmarken 305% Rabatt.

Bei Kauf von 59000,- Reichmarken 310% Rabatt.

Bei Kauf von 60000,- Reichmarken 315% Rabatt.

Bei Kauf von 61000,- Reichmarken 320% Rabatt.

Bei Kauf von 62000,- Reichmarken 325% Rabatt.

Bei Kauf von 63000,- Reichmarken 330% Rabatt.

Bei Kauf von 64000,- Reichmarken 335% Rabatt.

Bei Kauf von 65000,- Reichmarken 340% Rabatt.

Bei Kauf von 66000,- Reichmarken 345% Rabatt.

Bei Kauf von 67000,- Reichmarken 350% Rabatt.

Bei Kauf von 68000,- Reichmarken 355% Rabatt.

Bei Kauf von 69000,- Reichmarken 360% Rabatt.

Bei Kauf von 70000,- Reichmarken 365% Rabatt.

Bei Kauf von 71000,- Reichmarken 370% Rabatt.

Bei Kauf von 72000,- Reichmarken 375% Rabatt.

Bei Kauf von 73000,- Reichmarken 380% Rabatt.

Bei Kauf von 74000,- Reichmarken 385% Rabatt.

Bei Kauf von 75000,- Reichmarken 390% Rabatt.

Bei Kauf von 76000,- Reichmarken 395% Rabatt.

Bei Kauf von 77000,- Reichmarken 400% Rabatt.

Bei Kauf von 78000,- Reichmarken 405% Rabatt.

Bei Kauf von 79000,- Reichmarken 410% Rabatt.

Bei Kauf von 80000,- Reichmarken 415% Rabatt.

Bei Kauf von 81000,- Reichmarken 420% Rabatt.

Bei Kauf von 82000,- Reichmarken 425% Rabatt.

Bei Kauf von 83000,- Reichmarken 430% Rabatt.

Bei Kauf von 84000,- Reichmarken 435% Rabatt.

Bei Kauf von 85000,- Reichmarken 440% Rabatt.

Bei Kauf von 86000,- Reichmarken 445% Rabatt.

Bei Kauf von 87000,- Reichmarken 450% Rabatt.

Bei Kauf von 88000,- Reichmarken 455% Rabatt.

Bei Kauf von 89000,- Reichmarken 460% Rabatt.

Bei Kauf von 90000,- Reichmarken 465% Rabatt.

Bei Kauf von 91000,- Reichmarken 470% Rabatt.

Bei Kauf von 92000,- Reichmarken 475% Rabatt.

Bei Kauf von 93000,- Reichmarken 480% Rabatt.

Bei Kauf von 94000,- Reichmarken 485% Rabatt.

Bei Kauf von 95000,- Reichmarken 490% Rabatt.

Bei Kauf von 96000,- Reichmarken 495% Rabatt.

Bei Kauf von 97000,- Reichmarken 500% Rabatt.

Bei Kauf von 98000,- Reichmarken 505% Rabatt.

Bei Kauf von 99000,- Reichmarken 510% Rabatt.

Bei Kauf von 100000,- Reichmarken 515% Rabatt.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf.

Annahme, welche für die nächste Nummer bestimmt ist, muss bis zum 1. Februar 1928 bei uns einreichen. Die Anzeigen werden in der nächsten Nummer veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der nächsten Nummer veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der nächsten Nummer veröffentlicht.

Musikinstrumente

Blasinstrumente, Klaviere, etc.

Fahrräder

Neue Modelle, etc.

Kaufgesuche

Gesucht, etc.

Unterricht

Lehrer, etc.

Verschiedenes

Werbung, etc.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote, etc.

Stellenangebote

Arbeitskräfte, etc.

Kräftiges Mädchen

Suche, etc.

Wäsche

Wäsche, etc.

Möbel

Möbel, etc.

Eisen- u. Holzhäuser

Wochenrat - Prospekt gratis!

Wald- u. Wasserröhren - Nachweis.

13. Siebungstag 22. Februar 1928

14. Siebungstag 23. Februar 1928

15. Siebungstag 24. Februar 1928

16. Siebungstag 25. Februar 1928

17. Siebungstag 26. Februar 1928

18. Siebungstag 27. Februar 1928

19. Siebungstag 28. Februar 1928

20. Siebungstag 29. Februar 1928

21. Siebungstag 30. Februar 1928

22. Siebungstag 1. März 1928

23. Siebungstag 2. März 1928

24. Siebungstag 3. März 1928

25. Siebungstag 4. März 1928

26. Siebungstag 5. März 1928

27. Siebungstag 6. März 1928

28. Siebungstag 7. März 1928

29. Siebungstag 8. März 1928

30. Siebungstag 9. März 1928

31. Siebungstag 10. März 1928

32. Siebungstag 11. März 1928

33. Siebungstag 12. März 1928

34. Siebungstag 13. März 1928

35. Siebungstag 14. März 1928

36. Siebungstag 15. März 1928

37. Siebungstag 16. März 1928

38. Siebungstag 17. März 1928

39. Siebungstag 18. März 1928

40. Siebungstag 19. März 1928

41. Siebungstag 20. März 1928

42. Siebungstag 21. März 1928

43. Siebungstag 22. März 1928

44. Siebungstag 23. März 1928

45. Siebungstag 24. März 1928

46. Siebungstag 25. März 1928

47. Siebungstag 26. März 1928

48. Siebungstag 27. März 1928

49. Siebungstag 28. März 1928

50. Siebungstag 29. März 1928

51. Siebungstag 30. März 1928

52. Siebungstag 31. März 1928

53. Siebungstag 1. April 1928

54. Siebungstag 2. April 1928

55. Siebungstag 3. April 1928

56. Siebungstag 4. April 1928

57. Siebungstag 5. April 1928

58. Siebungstag 6. April 1928

59. Siebungstag 7. April 1928

60. Siebungstag 8. April 1928

61. Siebungstag 9. April 1928

62. Siebungstag 10. April 1928

63. Siebungstag 11. April 1928

64. Siebungstag 12. April 1928

65. Siebungstag 13. April 1928

66. Siebungstag 14. April 1928

67. Siebungstag 15. April 1928

68. Siebungstag 16. April 1928

69. Siebungstag 17. April 1928

70. Siebungstag 18. April 1928

71. Siebungstag 19. April 1928

72. Siebungstag 20. April 1928

73. Siebungstag 21. April 1928

74. Siebungstag 22. April 1928

75. Siebungstag 23. April 1928

76. Siebungstag 24. April 1928

77. Siebungstag 25. April 1928

78. Siebungstag 26. April 1928

79. Siebungstag 27. April 1928

80. Siebungstag 28. April 1928

81. Siebungstag 29. April 1928

82. Siebungstag 30. April 1928

83. Siebungstag 1. Mai 1928

84. Siebungstag 2. Mai 1928

85. Siebungstag 3. Mai 1928

86. Siebungstag 4. Mai 1928

87. Siebungstag 5. Mai 1928

88. Siebungstag 6. Mai 1928

89. Siebungstag 7. Mai 1928

90. Siebungstag 8. Mai 1928

91. Siebungstag 9. Mai 1928

92. Siebungstag 10. Mai 1928

93. Siebungstag 11. Mai 1928

94. Siebungstag 12. Mai 1928

95. Siebungstag 13. Mai 1928

96. Siebungstag 14. Mai 1928

97. Siebungstag 15. Mai 1928

98. Siebungstag 16. Mai 1928

99. Siebungstag 17. Mai 1928

100. Siebungstag 18. Mai 1928

101. Siebungstag 19. Mai 1928

102. Siebungstag 20. Mai 1928

103. Siebungstag 21. Mai 1928

104. Siebungstag 22. Mai 1928

105. Siebungstag 23. Mai 1928

106. Siebungstag 24. Mai 1928

107. Siebungstag 25. Mai 1928

108. Siebungstag 26. Mai 1928

109. Siebungstag 27. Mai 1928

110. Siebungstag 28. Mai 1928

111. Siebungstag 29. Mai 1928

112. Siebungstag 30. Mai 1928

113. Siebungstag 31. Mai 1928

114. Siebungstag 1. Juni 1928

115. Siebungstag 2. Juni 1928

116. Siebungstag 3. Juni 1928

117. Siebungstag 4. Juni 1928

118. Siebungstag 5. Juni 1928

119. Siebungstag 6. Juni 1928

120. Siebungstag 7. Juni 1928

121. Siebungstag 8. Juni 1928

122. Siebungstag 9. Juni 1928

123. Siebungstag 10. Juni 1928

124. Siebungstag 11. Juni 1928

125. Siebungstag 12. Juni 1928

126. Siebungstag 13. Juni 1928

127. Siebungstag 14. Juni 1928

128. Siebungstag 15. Juni 1928

129. Siebungstag 16. Juni 1928

130. Siebungstag 17. Juni 1928

131. Siebungstag 18. Juni 1928

132. Siebungstag 19. Juni 1928

133. Siebungstag 20. Juni 1928

134. Siebungstag 21. Juni 1928

135. Siebungstag 22. Juni 1928

136. Siebungstag 23. Juni 1928

137. Siebungstag 24. Juni 1928

138. Siebungstag 25. Juni 1928

139. Siebungstag 26. Juni 1928

140. Siebungstag 27. Juni 1928

141. Siebungstag 28. Juni 1928

142. Siebungstag 29. Juni 1928

143. Siebungstag 30. Juni 1928

144. Siebungstag 1. Juli 1928

145. Siebungstag 2. Juli 1928

146. Siebungstag 3. Juli 1928

147. Siebungstag 4. Juli 1928

148. Siebungstag 5. Juli 1928

149. Siebungstag 6. Juli 1928

150. Siebungstag 7. Juli 1928

151. Siebungstag 8. Juli 1928

152. Siebungstag 9. Juli 1928

153. Siebungstag 10. Juli 1928

154. Siebungstag 11. Juli 1928

155. Siebungstag 12. Juli 1928

156. Siebungstag 13. Juli 1928

157. Siebungstag 14. Juli 1928

158. Siebungstag 15. Juli 1928

159. Siebungstag 16. Juli 1928

160. Siebungstag 17. Juli 1928

161. Siebungstag 18. Juli 1928

162. Siebungstag 19. Juli 1928

163. Siebungstag 20. Juli 1928

164. Siebungstag 21. Juli 1928

165. Siebungstag 22. Juli 1928

166. Siebungstag 23. Juli 1928

167. Siebungstag 24. Juli 1928

168. Siebungstag 25. Juli 1928

169. Siebungstag 26. Juli 1928

170. Siebungstag 27. Juli 1928

171. Siebungstag 28. Juli 1928

172. Siebungstag 29. Juli 1928

173. Siebungstag 30. Juli 1928

174. Siebungstag 31. Juli 1928

175. Siebungstag 1. August 1928

176. Siebungstag 2. August 1928

177. Siebungstag 3. August 1928

178. Siebungstag 4. August 1928

179. Siebungstag 5. August 1928

180. Siebungstag 6. August 1928

181. Siebungstag 7. August 1928

182. Siebungstag 8. August 1928

183. Siebungstag 9. August 1928

184. Siebungstag 10. August 1928

185. Siebungstag 11. August 1928

186. Siebungstag 12. August 1928

187. Siebungstag 13. August 1928

188. Siebungstag 14. August 1928

189. Siebungstag 15. August 1928

190. Siebungstag 16. August 1928

191. Siebungstag 17. August 1928

192. Siebungstag 18. August 1928

193. Siebungstag 19. August 1928

194. Siebungstag 20. August 1928

195. Siebungstag 21. August 1928

196. Siebungstag 22. August 1928

197. Siebungstag 23. August 1928

198. Siebungstag 24. August 1928

199. Siebungstag 25. August 1928

200. Siebungstag 26. August 1928

201. Siebungstag 27. August 1928

202. Siebungstag 28. August 1928

203. Siebungstag 29. August 1928

204. Siebungstag 30. August 1928

205. Siebungstag 31. August 1928

206. Siebungstag 1. September 1928

207. Siebungstag 2. September 1928

208. Siebungstag 3. September 1928

209. Siebungstag 4. September 1928

210. Siebungstag 5. September 1928

211. Siebungstag 6. September 1928

212. Siebungstag 7. September 1928

213. Siebungstag 8. September 1928

214. Siebungstag 9. September 1928

215. Siebungstag 10. September 1928

216. Siebungstag 11. September 1928

217. Siebungstag 12. September 1928

218. Siebungstag 13. September 1928

219. Siebungstag 14. September 1928

220. Siebungstag 15. September 1928

221. Siebungstag 16. September 1928

222. Siebungstag 17. September 1928

223. Siebungstag 18. September 1928

224. Siebungstag 19. September 1928

225. Siebungstag 20. September 1928

226. Siebungstag 21. September 1928

227. Siebungstag 22. September 1928

228. Siebungstag 23. September 1928

229. Siebungstag 24. September 1928

230. Siebungstag 25. September 1928

231. Siebungstag 26. September 1928

232. Siebungstag 27. September 1928

233. Siebungstag 28. September 1928

234. Siebungstag 29. September 1928

235. Siebungstag 30. September 1928

236. Siebungstag 1. Oktober 1928

2

Ein Kommunalmuseum.

Statistik im Dienst der Aufklärung.

Der im öffentlichen kommunalen Leben Stehende muß sehr oft die Wahrnehmung machen, daß viele Menschen ihre eigene Stadt nicht kennen und sich von den Vorgängen auf den vielseitigen Gebieten kommunaler Tätigkeit keine rechte Vorstellung machen können. Dabei ist es gerade in einer Stadt wie Berlin mit seinen weit über 4 Millionen Bewohnern, mit seiner Flächengröße, mit seiner wachsenden Bedeutung als Reichshauptstadt und Wirtschaftszentrum unerlässlich, fortlaufend Aufschluß zu geben über alle gesellschaftlichen und ökonomischen Vorgänge und über die einzelnen Stadien seiner Entwicklung.

Allerdings haben wir in Berlin bereits die Möglichkeit, uns über die Entwicklung der Stadt zu unterrichten — durch die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Gewiß, es wird uns durch die Monatsberichte, durch die Jahrbücher und sonstige Erhebungen des Statistischen Amtes wertvoller Aufschluß gegeben über das kommunale Leben, aber — und das ist das Entscheidende — nur in Zahlen, in nackten, dürren Zahlen. Keine Zahlenstatistik ist trocken, langweilig und bietet in den meisten Fällen nur dem Statistiker, dem Fachmann etwas Bleibendes. Der Laie wird entweder verwirrt durch viele Zahlen, oder er geht am statistischen Zahlenmaterial achtlos vorüber. Und doch kann mit Hilfe der Statistik viel an Information, Belehrung und Klarstellung geschehen, wenn die Darstellung anschaulich, das heißt bildmäßig einprägsam ist. Die Weltstadt Berlin muß, ihrer wachsenden Bedeutung entsprechend, ihren eigenen Bürgern sowohl als auch allen sonst interessierten Kreisen des In- und Auslandes durch ein derartiges kommunales Museum Aufschluß geben über ihre Entwicklung, ihre Bedeutung und über ihr Tun auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, geistigen, sozialen und kulturellen Lebens. „Der Haushalt der Stadt Berlin“, in geplanter Weise gegliedert und bildstatistisch dargestellt. (Mit Wandtafeln, durch Photographien und anderes mehr.) Neben dieser lebendigen und erschöpfenden Information über alle Gebiete kommunaler Verwaltung, Fürsorge, Politik, Wirtschaft usw. wäre über die Berliner Industrie und Wirtschaft in allen ihren Gliederungen und Zweigen ebenfalls zu berichten. Damit soll der Ausgabenkreis keinesfalls erschöpft sein. Es werden sich gewiß noch andere mit unserem kommunalen Leben im Zusammenhang stehende Gebiete zur Darstellung eignen. Wichtig ist die Art der bildlichen Darstellung; da wird die Methode des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien von vielen Fachleuten als die eindrucksvollste bezeichnet. Es ist ratsam, in bezug auf anderweitige gute Beispiele über den Aufbau eines solchen Museums und die besten Darstellungsmöglichkeiten Umschau zu halten. Daneben ist eine Abteilung für Lichtbilder not-

wendig zwecks Wiedergabe städtischer Bauansichten, Parks, Sport- und Spielplätze, Straßenzüge, Industrieanlagen, Werke, Strohenbilder, Verkehr usw. und Belletrierung der Presse, Organisationen, Behörden und sonstiger interessierter Personen mit Bildmaterial (neben dem Text). Eine Filmabteilung anzugliedern, erscheint ebenfalls ratsam, besonders aus Gründen der Entwicklung und späterer vergleichsweise Darstellung sowie zum Zwecke der Popularisierung der Stadt Berlin und Förderung der Sympathie für dieselbe in den weitesten Kreisen der Bevölkerung. Die in Frage kommenden Räume müßten in einem möglichst repräsentativen Gebäude der Innenstadt untergebracht und zweckentsprechend hergerichtet und unterhalten werden, und jedem zugänglich sein. Die Unterhaltung bezieht sich auf das Museum selbst, da dasselbe fortlaufend erneuert bzw. ergänzt werden muß. Es soll ja Aktuelles veranschaulichen.

Allein schon durch die hier kurz skizzierten Gedankengänge erscheint die Errichtung eines bildstatistischen Museums für Berlin hinreichend begründet und nachgewiesen zu sein. Wir werden im Roten Hause die geeigneten Schritte unternehmen, um die ideellen und materiellen Grundlagen hierfür zu schaffen.

Richard Krille.

Baumschutz in Groß-Berlin.

Gemäß § 1 des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vom 29. Juli 1922 hat der Magistrat durch Beschluß vom 20. August 1924 bestimmt, daß die Baumbestände auf den dem Fiskus, der Stadt, den Kirchengemeinden oder privaten Besitzern gehörigen Grundstücken zu erhalten sind. Nach Durchführung der umfangreichen Vorarbeiten bringen nunmehr die Bezirksämter den Magistratsbeschluß durch Abholzungsverbote zur Ausführung. Durch diesen Beschluß soll die forstwirtschaftliche Nutzung der Baumbestände nicht eingeschränkt werden. Der Schutz erstreckt sich für Baugrundstücke nur soweit, als die Flächen nicht durch Neubauten in Anspruch genommen werden. Bei Friedhöfen bezieht sich der Schutz nur auf die Alleen und die der Öffentlichkeit zugänglichen, durch Wuchs oder Alter hervorragenden Bäume. Auf Ufergrundstücken sollen unter dem Schutz nur die Bäume, welche sich in einer Tiefe von 20 Metern, vom Ufer gerechnet, auf dem Grundstück befinden. Bei den auf dem Grundstück befindlichen Obstbäumen soll die gartenwirtschaftliche Ausnutzung nicht verhindert werden. Im Falle der unberechtigten Abholzung können Geldstrafen bis zur Höhe des doppelten Wertes der gewonnenen Erzeugnisse festgesetzt werden.

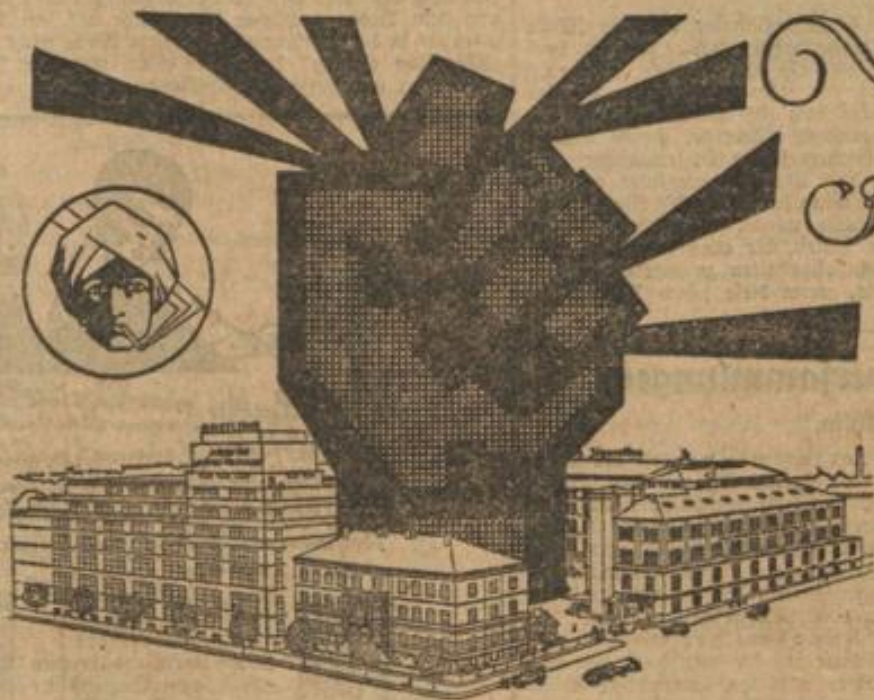
Und es ward Licht!

Die Straßenbeleuchtung der Reichshauptstadt.

Die Klagen über die Straßenbeleuchtung Berlins wollen nicht verstummen. Und es ist sicherlich richtig, daß in den meisten kleineren Straßen der Außenbezirke, ja, auch in so manchen verkehrswichtigen Straßen, die Beleuchtung noch durchaus nicht den Anforderungen entspricht, die vom Standpunkt der allgemeinen Sicherheit der Bevölkerung aus gestellt werden müssen. Hier bleibt noch viel zu tun übrig.

Es ist aber ein weitverbreiteter Irrtum, zu glauben, daß die Beleuchtung heute schlechter sei als vor dem Kriege, daß das neue Berlin nichts für die Aufhellung seiner Straßen getan habe. Gerade die berühmten „Ältesten Berliner“ stellen häufig diese Behauptung auf und singen dabei ein Loblied auf die gute alte Zeit. Wie sehr sie ihre Erinnerung trägt, mögen ein paar charakteristische Zahlen beweisen. Bei diesen Zahlen sind — um einen einwandfreien Vergleich zu ermöglichen — alle neu ausgebauten Straßen fortgelassen, es handelt sich also nur um die bessere oder schlechtere Beleuchtung der bereits vor dem Kriege erhaltenen Straßen. Die Vermehrung der Beleuchtung ist namentlich in den Außenbezirken sehr erheblich. So ist sie z. B. in Köpenick um 40 Proz. (bei Gas) und 15 Proz. (bei elektrischem Licht), in Neukölln um 45 Proz. bzw. 36 Proz., in Pankow um 67 Proz. bzw. 88 Proz., in Treptow sogar um 116 Proz. bzw. 85 Proz. verbessert worden.

Im allgemeinen darf also gefolgert werden, daß die früher finanzschwachen Außenbezirke auch auf diesem Gebiete wiederum größten Vorteil von der Einheitsgemeinde haben, indem ihre dürftige Beleuchtung mindestens um die Hälfte im Durchschnitt verbessert worden ist. Die westlichen Bezirke, die schon vor dem Kriege eine wesentlich bessere Straßenbeleuchtung aufwiesen, insbesondere Charlottenburg und Wilmersdorf, sind natürlich entsprechend weniger bedacht worden. In den Innenbezirken mit ihrer Kellera- und Laternenbeleuchtung ist allerdings heute die Straßenbeleuchtung noch immer geringer als in der Vorkriegszeit. Die hier ersparten Summen kommen den Wohnvierteln an der Peripherie dreifach und zehnfach zugute. Im ganzen ist für das kommende Jahr ein Mehrverbrauch an Gas von nicht weniger als 3,7 Millionen Kubikmeter und an Elektrizität von rund 1 Million Kilowattstunden gegenüber dem Vorjahre vorgesehen. Das bedeutet eine Mehrausgabe von etwa 600 000 Mark, eine Summe, die angesichts der Finanzlage der Stadt immerhin als recht beträchtlich bezeichnet werden muß. Als Kuriosum sei zum Schluß noch angeführt, daß es in Berlin-Mitte als einzigem Bezirk in entlichen Winkeln Alt-Berlins noch Petroleumlampen auf der Straße gibt. In kürzester Frist wird auch dieses letzte Stück „Romantik“ auf dem Gebiete der Straßenbeleuchtung verschwinden sein.



Konzentration

ist das Geheimnis jedes Erfolges, im geschäftlichen, wie im sozialen Leben. In der gewaltigen Ausdehnung unserer Betriebe, die in wenig Jahren sich zu ihrer imponierenden heutigen Höhe erheben durften, erblicken wir, ganz mit Recht, eine Bestätigung dieses, unseres Prinzips: Nur wenige Marken, aber diese in der höchsten denkbaren Güte herzustellen. Diese Konzentration ermöglicht es, bei unserer Produktion von nur 3 Sorten Qualitäten zu bereiten, wie sie gewöhnlich nur den nächsthöheren Preisstufen zu eigen sind.

Von diesen 3 Marken wird

Gronling = Auslese zu 5 S

für den täglichen Genuß besonders wegen ihrer Milde und ihres ausgezeichneten Aromas geschätzt.

Für besonders festliche Anlässe empfehlen wir Ihnen unsere „Turvel“ zu 6 Pfg.

Ein toller Mietwucher.

Hundert Prozent Verteuerung.

Die Mieterschutzgesetze sollen den Mieter vor ungerechter Ausbeutung durch den Vermieter schützen. Die bürgerlichen Parteien haben immer wieder, und zum Teil mit Erfolg, versucht, die Mieterschutzgesetze abzubauen. Wie wenig der Mieter heute in Wirklichkeit vor der Vermieterwillkür geschützt ist, zeigt das nachstehende Beispiel.

Während und kurz nach der Inflationszeit erbaute Generaldirektor Fritz Klein in Berlin-Wittenau, Koedenerallee, neun Doppelhäuser und achtzehn Zweifamilienhäuser mit 36 Wohnungen im Auftrag der preussischen Hauptverwaltung der Staatsschulden. Diese Häuser sollten Erftahbauten sein für die in Berlin in der Feilnerstraße gelegenen Häuser, die beim Neubau des Gebäudes für die Reichsschuldenverwaltung abgerissen wurden. Der Bau dieser Erftahwohnungen wurde der Firma „Werkgemeinschaft für Hoch-, Tief- und Betonbau Großer u. Klein“ übertragen. Die Wohnungen, die von dieser Gesellschaft in der Koedenerallee gebaut wurden, bestehen aus drei Stuben, Küche, Speisekammer, den üblichen Nebenräumen und Stallung. Beim Einzug mußten die Mieter feststellen, daß sogar die Beleuchtungskörper für Flurbeleuchtung und die Klingeleitung fehlten, so daß die Mieter diese auf eigene Kosten anbringen mußten. Die Gesamtwohnfläche beträgt nur 65 Quadratmeter. Im Verlauf von Streitigkeiten der Mieter mit dem Hauseigentümer wurde ein Sachverständiger der Industrie- und Handelskammer beauftragt, festzustellen, inwiefern die Ausführung des Baues mangelhaft war. Das Sachverständigengutachten hat eine Reihe Mängel festgestellt, u. a. daß die Tür vom größten Vorderzimmer nach der Loggia keine doppelte Abzweigung hat, so daß die Zimmer bei Winterkälte nur schwer und unbillig geheizt werden können. Der Mieter hat keine eigene Baderichtung; eine solche ist für die zwei im Hause wohnenden Familien in einem kleinen Stellerraum zur gemeinsamen Benutzung eingerichtet und zwar durch Aufstellung eines einfachen Badesens und einer gewöhnlichen Zinkwanne in den bescheidensten Abmessungen. Das Sachverständigengutachten stellt weiter fest, daß bei dem baulichen Zustand des Gebäudes nur mit einer mäßigen Lebensdauer zu rechnen ist. Das Dach ist z. B. nachzusehen und auszubessern. Der Bauherrmann erkennt ohne weiteres den sogenannten „Inflationsbau“.

Nicht genug damit, daß die Mieter dieser Häuser erhebliche Mehrausgaben durch stärkere Heizung haben, sollen sie jetzt eine Miete zahlen, die nahezu phantastisch hoch ist. Den Mietern wurde beim Einzug eröffnet, daß die neuen Wohnungen als gleichartige Altmwohnungen behandelt würden, also die gesetzliche Miete zu zahlen sei. Das Städtebauamt Berlin verfügte am 11. Februar 1924, daß für eine gleichartige Dreizimmerwohnung in der Gegend der Feilnerstraße 35 Mark Miete einschließlich aller Nebenausgaben angemessen sei. Auf Betreiben der Firma Großer u. Klein hat das Städtebauamt Berlin am 1. Oktober 1925 die Miete von 35 Mark auf 52,50 Mark erhöht. Gegen diese 50prozentige Erhöhung der Mieten erhoben die Mieter Einspruch. Der darauf vom Mietseingangsamt Berlin-Reinickendorf bestellte Sachverständige setzte für die strittigen Wohnungen eine Friedensmiete von 45 Mark monatlich fest. Diese Miete wurde von den Mietern zusätzlich der gesetzlichen prozentualen Aufschläge gezahlt. Die Firma Großer u. Klein war hiermit nicht einverstanden, kündigte zum 30. September 1926 allen Mietern und erhöhte vom 1. Oktober 1926 ab den Mietpreis auf 75 Mark und nachträglich im Prozeßwege sogar auf 95 Mark monatlich. Dieser Mietpreis soll rückwirkend vom 1. Oktober 1926 gelten. Die Mieter müßten, wollten sie auf diese Forderung des Vermieters eingehen, zunächst über 800 Mark für zu wenig gezahlte Mieten nachzahlen und sollen dann auch außer der 95 Mark betragenden Miete die ganzen Nebenkosten tragen.

Interessant ist, daß die Häuser, die zum großen Teil während der Inflationszeit gebaut worden sind, hypothekarisch gering belastet sind. Die preussische Hauptverwaltung der Staatsschulden hat zum Bau dieser Wohnungen 3 026 000 Mark Zuschüsse gegeben, die vom Vermieter im Betrage von 84 021,72 Rentenmark aufgewertet worden sind, also für zwei Wohnungen 445,65 Mark.

Die Mieter haben ihre Altmwohnungen aufgeben müssen und sollen jetzt eine Miete zahlen, die in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen steht und die auch keineswegs für die primitiven Wohnungen angemessen erscheint. Die Mieter fragen mit Recht, was die zuständigen Stellen unternehmen wollen, um die Mieter vor Mietwucher zu schützen.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk - Mitte.

Die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Mitte am 15. d. M. fand schon in Wahlstimmung statt, und so kam es, daß die SPD. bei der Bewilligung der Veteranenrente an die Teilnehmer der Kriege aus den Jahren 1864/66 und 1870/71 von 25 M. pro Jahr eine große Agitationsrede halten konnte. Diese brachte natürlich auch die anderen Parteien auf den Plan. Von unserem Fraktionsredner Genossen Brendel wurde darauf hingewiesen, daß wir trotzdem für die Vorlage stimmen werden, da die Kriegsteilnehmer meist Arbeiter gewesen wären. Auch die Mehrzahl der Kommunisten stimmte für diese Vorlage.

Die Streichung des Kapitels VII/5 wurde durch die Einlegung des Betrages für die Beibehaltung der Schuhmacherwerkstatt in der Kesselfrache, deren Schließung von den bürgerlichen Parteien beantragt war, nach langer Beratung gegen die bürgerlichen Stimmen aufgehoben.

6 Bezirk - Kreuzberg.

Die letzte Bezirksversammlung beschäftigte sich mit der Vorlage des Bezirksamts betreffend Straßenumbenennung. Wie wir bereits früher kurz berichteten, sollen auf Vorschlag der zuständigen Deputation ein Teil der Straßennamen, die doppelt in Groß-Berlin vorkommen, nach bekannten Vorkämpfern der Arbeiterbewegung benannt werden, so zum Beispiel die Grünauer Straße in Jubelstraße, die früheren Ufer beiderseits des zugeschütteten Sullensstädtischen Kanals in Legienpromenade, die Mariendorfer Straße in Ostsee-Bader-Straße, der Hofenstufenplatz in Richard-Fischer-Platz, die Lichterfelder Straße in Ignaz-Muer-Straße. Ein anderer Teil soll die Namen bekannter kommunaler Persönlichkeiten, Wissenschaftler usw. tragen, zum Beispiel Körte, Ernst Hädel, Reichs, Frenzel und andere. Die Deutschnationalen und Volksparteier bekämpften diese Renennung und bezeichneten sie als Beschädigung der Anwohner. Barrer Koch hatte sogar den Gesuch, die Benennung des Sedanfers nach dem berühmten Hofprediger Stöder vorzuschlagen, während der Volksparteier Dr. Falch in seiner bekannten Art nachzuweisen versuchte, daß die benannten Arbeiterführer nicht an die Bedeutung der Fürsten und ihrer Trabanten heranreichten. Wir seien auch zu arm, um die Kosten für eine solche Umbenennung aufzubringen. Der Kommunist Hädicker brachte es fertig zu behaupten, Regien habe nicht Arbeiterinteressen vertreten, sondern in seine eigene Tasche gearbeitet, als er nach dem Kriege den Verkauf deutscher Lokomotiven nach Rußland vermittelte. Während unsere Genossen Zöpfer und Kraas mit den Herren von rechts abredeten, widerlegte Genosse Pille, gestützt auf reichhaltiges Material, die Verleumdungen Hädickers. In dem Bestreben, die deutsche Wirtschaft im Interesse und ohne Schädigung für die Arbeiter nach dem Kriege wieder zu beleben, hat der VDB. durch eine besonders zu diesem Zwecke gegründete Gesellschaft Aufträge aus dem Auslande — besonders Rußland — zu vermitteln versucht. Die Verhandlungen wegen Lieferung von 1000 Güterzug-Lokomotiven, bei der jede Gewinnmöglichkeit für diese Gesellschaft ausgeschaltet wurde, hatten den Zweck, den Einfluß der Gewerkschaften zugunsten der Arbeiter zu stärken. Ein Beweis dafür ist so, daß sie sich in dem Moment zerfügten, als die Industriellen unter Führung von Krupp sich weigerten, die Vermittlung der betreffenden Gesellschaft anzunehmen. Darauf traten die Sowjetagenten unter Ausbeutung der Gewerkschaften direkt mit den Industriellen in Verbindung. Dies ist der wahre Sachverhalt. Die Vorlage wurde dann in erster Lesung angenommen, die zweite Lesung erfolgt in der nächsten Sitzung.

19. Bezirk - Pankow.

Die am 15. d. M. tagende Bezirksversammlung gab am Schluß einen frohlichen Ausblick zur kommenden Wahlbewegung. Nach einer Reihe von Antworten des Bezirksamtes auf Anfragen und An-

heute Freitag, den 24. Februar, 19 Uhr (7 Uhr abends), im gr. Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestraße 15:

Kommunale Konferenz

aller kommunalpolitisch tätigen Parteimitglieder. / Lichtbildvortrag über

„Die Entwicklung der Berliner städt. Elektrizitätswerte 1924-1927“

Vortragender: Genosse Dr. Ing. Wajerczyk

Einladungen hierzu sind ergangen. Das Kommunale Sekretariat

träge der Bezirksversammlung wurde über die von unserer Fraktion gestellten Anfragen über die wahren Gründe der Verlegung einer Trauerfeier auf einen städtischen Friedhof und über das eigenartige Verhalten des Pfarrers Marisch bei einer Trauerfeier eines Mitgliedes des Sängers „Zukunft“ verhandelt.

Die zweite Anfrage gab Gelegenheit, mit den Deutschnationalen abzurufen. Ueber die Unsicherheit im Bezirk hatte unsere Fraktion in einer Anfrage um Abhilfe ersucht. Es sollen Mittel für bessere Beleuchtung der gefährdeten Straßen angefordert werden und durch Verhandlung mit der Polizei besserer Schutz der Bevölkerung erreicht werden. Die Abholzung von 20 Bäumen am Pankeufer bei Blankenburg durch die Güter G. m. b. H. wurde von unserem Redner als Verschandelung des Landschaftsbildes getadelnd, das Bezirksamt will die Pankeufer unter Baumschutz stellen, der Antrag ist bei dem Magistrat bereits gestellt.

Als Schiedsmann für den Bezirk 1 ist für den Genossen Jättemer, der sein Amt niedertret, der Genosse Karl Raier, Priesnitzstraße 10, gewählt worden.

Bei der Behandlung zweier deutschnationaler Anträge führte Herr Schaumann aus, daß die Straßenbahnen unter Wilhelm dem Ausreicher viel besser funktioniert hätten als jetzt. Genosse Amberg konnte dem Redner seine Unwahrheiten sofort nachweisen, der Antrag selbst wurde angenommen. Bei dem zweiten Antrage, der die Ermäßigung der Gewerbesteuer verlangt, führte der gleiche Redner der Deutschnationalen aus, die Gewerbesteuer sei eingeführt, als noch die Handwerksburschen aus dem Ertrage unterstützt wurden, weil diese Unterstützung nicht mehr nötig sei, müsse die Steuer ganz fallen, das Dreifachemahrecht müsse wieder eingeführt werden, damit die wieder etwas zu sagen hätten, die alles bezahlten. Die Rede hätte verdient, stenographisch festgehalten zu werden, bessere Wahlpropaganda könnten wir uns, wenn diese jedem Wähler zu gestellt würde, nicht wünschen.

Kreisvertreterversammlungen.

Neuföhn.

In der Kreisvertreterversammlung, die am Montag im „Karlsgarten“ tagte, gab der Kreisvorsitzende Gen. Harnisch den Jahresbericht. Es ist, so führte der Redner aus, das erste Jahr nach der Umwälzung, in dem es keine politischen Wahlen gab. Diese Ruhe konnten wir ausnutzen, um die Organisation auszubauen. Wenn die erzielten Erfolge auch nicht überwältigend sind, so können wir unter den gegebenen Verhältnissen doch zufrieden sein. Wir konnten nahezu 1000 Mitglieder gewinnen. Besonders erfreulich ist die starke Zunahme der weiblichen Mitglieder. Nachdem der Redner auf die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des letzten Jahres und den kommenden Wahltampf hingewiesen hatte, forderte er die Genossen auf, alle Kräfte anzuspannen, um die Reaktion empfindlich zu schlagen. Der Jahresbericht, der vom Genossen Eichstädt gegeben wurde, zeigt infolge der Mitgliederzunahme eine gute Aufwärtsbewegung. Ueber die Arbeiten des Bildungsausschusses berichtete Stadtrat Genosse Schneider, über die Arbeiterwohlfahrt die Genossen Harnisch. In der Aussprache wünscht Genosse Gehrte einen Umbau der Organisation dahingehend, daß der

Schwerpunkt nicht in den Abteilungen und Kreisvertreterversammlungen, sondern in den Kreismitgliederversammlungen liegen muß, um die Mitglieder auch für Organisationsfragen zu interessieren und sie mitsprechen zu lassen. Gen. Harnisch ist für zugkräftigere Werbemittel in der Agitation. Andere Redner verlangen vom Bezirksvorstand bei größeren politischen Ereignissen öffentliche Versammlungen und Verbreitung von Flugblättern. Im Schlußwort betont Genosse Harnisch, daß in der Einteilung der Kreisorganisation keine Änderungen eintreten und bei weiterem Ansteigen der Mitgliederzahlen wieder eigene Sekretariate mit Untersekretären geschaffen werden müssen. In den Kreisvorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Genosse Harnisch, 2. Vorsitzender Genosse Keller, Schriftführer: die Genossen Arndt und Fehner, Kassierer: Eichstädt, Beisitzer: Waldheim, Brinkmann, Großmann, Günther und Genossin Siedel. Als Mitglied der Pressekommission wird wieder Genosse Waldheim vorgeschlagen. Der bisherige Bezirksvorstand soll wieder in Vorhats gebracht werden.

Tempelhof.

Am Donnerstag, dem 9. Februar, tagte im Mariendorfer Saal die Kreisdelegiertenversammlung des 13. Kreises Tempelhof. Nachdem die Berichte über die Arbeit des Vorstandes vom Genossen Hille, der Kassenführung vom Genossen Senger, des Bildungsausschusses vom Genossen Günther, der Pressekommission vom Genossen Wille, der Frauenleitung von der Genossin Albrecht, der Arbeiterwohlfahrt von den Genossen Rohregal und Morgenstern, und der Zeitungskommission vom Genossen Schlawe bereits auf der Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, dem 26. Januar, erstattet und besprochen worden waren, wurde der bisherige Kreisvorstand wiedergewählt, und zwar zum 1. Vorsitzenden Genosse K. Hille, zum 2. Vorsitzenden Genosse K. Rarquardt, zum Schriftführer Genosse O. Günther, und zum Kassierer Genosse A. Senger. Auch alle anderen Mitglieder des Kreisvorstandes wurden einstimmig gewählt oder bestätigt. Für die Pressekommission des „Vorwärts“ wird dem Bezirksparteitag in Berlin der Genosse O. Wille, Tempelhof, für den Bildungsausschuss der Genosse O. Günther, Mariendorf, vorgeschlagen.

Weiter wurden zur Weiterleitung an den Bezirksvorstand einstimmig angenommen ein Antrag, den Parteigenossen, die zugleich Mitglieder der SWA sind, eine Ermäßigung der Beiträge erteilt werden zu lassen, und ein weiterer Antrag, schon jetzt Agitationsnummern des „Vorwärts“ herauszugeben.

Die Märkische Scholle als Verpächter.

In Nr. 67 des „Vorwärts“ vom 9. Februar 1928 berichteten wir unter der Ueberschrift „Wieder ein Kleinrentnerprotest“ über eine Pächterversammlung, die am 6. Februar 1928 im Spindlerfeld im Erholungshaus stattgefunden hat. Diese Notiz enthielt Angriffe gegen die „Märkische Scholle“. Die „Märkische Scholle“ schreibt uns dazu: Die auf der Pächterversammlung gegen uns gerichteten Angriffe werden der Lage der „Märkischen Scholle“ als Zwischenglied zwischen der Regierung in Potsdam und den Unterpächtern nicht gerecht. Dies ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung: Die Regierung in Potsdam verlangt von der „Märkischen Scholle“ die Vorauszahlung einer Kaution in Höhe von 3000 Mark, die halbjährliche Vorauszahlung der Pacht in Höhe von zweimal 4334 M. = 8668 M. und das Recht der bedingungslosen halbjährlichen Kündigung. Das jährliche Risiko der „Märkischen Scholle“ beläuft sich auf etwa 12000 M. Außerdem kann die Regierung ihr den Generalpachtvertrag jederzeit ohne irgendwelchen Grund aufkündigen.

Die Unterpächter verlangen von der „Märkischen Scholle“, 1. daß sie auf Stellung irgendwelcher Kaution verzichtet, weder die Organisation der Unterpächter (Kleinrentnergenossenschaft Bendenfelde, Spreetalgenossenschaft) noch die Unterpächter sind der „Märkischen Scholle“ zu helfen; 2. einen untindbaren Unterpachtvertrag bis zum Ende des Jahres 1945.

Die Forderungen der Regierung und die Forderungen der Unterpächter, die sich in der „Märkischen Scholle“ kreuzen, sind unvereinbar. Der „Märkischen Scholle“ blieb nichts anderes übrig, als beim Fehlen jeglicher Sicherheiten bei den Unterpächtern und bei der ständig drohenden halbjährlichen Kündigung vorzuschlagen. Wenn den Unterpächtern verschiedenes an dem Pachtvertrage nicht gefiel, so war der Weg zu Unterhandlungen mit der „Märkischen Scholle“ für diese mit der Regierung gegeben. Statt diesen zu beschreiten, teilten die Pächterorganisationen kurzerhand mit, sie betrachten die Verhandlungen als gescheitert und riefen eine Protestversammlung ein. Sie verlegten also die Verhandlungen über einen Privatvertrag von dem Boden sachlicher Aussprache auf den Boden der Politik, offenbar in der Hoffnung, auf diesem Wege mehr auszurufen. Die „Märkische Scholle“ hat unterdessen mit der Regierung weiterverhandelt und bereits Konzeptionen erzielt.

Ich fahre ein Viererweil
 gegen den Wind
 Das rauche ich einmal zufällig
 Von Alpurza-Alpurnil, dann Marke
 und Trift. Ich bin im Bilde.
 Hoffentlich habe ich immer
 ein Paket, ich will
 Alpurza-Alpurnil
 (als meine Zigarette)
 Nur einige Schritte!
 Schon im nächsten ein
 schlägigen Geschäft
 bekommen Sie Bären-
 Marke oder Trift.

ALPURSA
 ALPURSA AG. BIESSENHOFEN, BAY. ALLGÄU

Ein Blick genügt!

MANOLI
Dandy
ZIGARETTEN

4 Pfg.